

Dr. Jens Baas, Vorstandsvorsitzender Techniker Krankenkasse, zur Digitalisierung in der Pflege

„...schon in der Konzeption der Angebote brauchen wir den Praxisbezug“

GKV-Spitzenverband richtet ‚Kompetenzzentrum Digitalisierung und Pflege‘ ein

Lauterbachs Aufholjagd im Schneckentempo:

Warum die Digitalisierung in der Pflege nicht vorankommt

Altenhilfebarometer 2023

Einrichtungen in privater Trägerschaft im Nachteil gegenüber anderen Einrichtungen



jede 3.

Mehr als **jede dritte**
Pflegeeinrichtung
in Deutschland
ist **Mitglied** im bpa

Editorial

Menschen aus Fleisch und Blut brauchen Helfer aus Bits und Bytes

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

erinnert sich noch jemand an die japanische Pflegerobbe? Vor einigen Jahren haben uns die „Experten“ erzählt, dass so die digitale Zukunft der Pflege aussieht – Ängste der Menschen vor herzloser Betreuung durch Technik inklusive.

Zeitgleich mussten wir erleben, dass schon die einfachsten Voraussetzungen zur Digitalisierung zentraler Arbeitsprozesse über ein Jahrzehnt lang nicht geschaffen wurden. Deutschland wollte es wieder gründlicher machen als alle anderen. Die Telematikinfrastruktur kam nicht an den Start und die Pflege durfte gar nicht erst mitmachen. Währenddessen erfreuten sich beispielsweise die Bürgerinnen und Bürger in Estland schon lange am gesicherten digitalen Zugriff auf ihre Gesundheitsdaten und an einer dadurch vereinfachten Zusammenarbeit aller Akteure im Gesundheitswesen. Wenn heute geflüchtete Menschen aus der Ukraine erstaunt darüber sind, dass sie bei einer deutschen Krankenkasse Papierformulare ausfüllen und Bilder zum Einscannen auf Zettel kleben müssen, dann sollte das auch dem letzten Bedenkenträger zu denken geben.

Wir kennen das. Digitale Buchführung oder Dokumentation, die wir dann ausdrucken müssen, weil etwas unterschrieben oder eben in Papierform an die Kostenträger gegeben werden muss. Immerhin kann sich das Gesundheitswesen damit rühmen, gemeinsam mit den Rechtsanwälten das Faxgerät lebendig gehalten zu haben.

Ironie beiseite, es nervt gewaltig, weil der Mangel an digitaler Infrastruktur unsere Arbeitsabläufe hemmt und den Alltag unserer Mitarbeitenden unattraktiver macht.

2023 und alles wird anders? Die Bundesregierung hat immerhin gleich mehrere Gesetzesvorhaben zur Digitalisierung auf den Weg gebracht, von denen auch die Pflege profitieren soll. Diese Entwicklungen sind der inhaltliche Schwerpunkt dieses bpa-Magazins und wir konnten dazu neben den Expertinnen und Experten aus unserem Verband namhafte Gastautoren gewinnen.

Diesmal muss es auch sitzen. Diesmal muss es wirklich gelingen, einen Digitalisierungsprozess anzustoßen, der die von



uns versorgten Menschen im Blick hat und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt. Gleichzeitig müssen die Potenziale der Digitalisierung genutzt werden, um möglichst viele praxisferne Arbeitsschritte in der Administration, Dokumentation und Kommunikation zu automatisieren sowie den Pflegekräften optimale Daten und Informationen für ihre Arbeit zu liefern.

Niemand muss Sorge haben, nur noch die Zuwendung einer Robbe zu spüren. Im Gegenteil: Wir stehen vor einem Zeitabschnitt, in dem Pflegenden noch knapper werden als jetzt und wir erleben heute schon, dass viele Menschen nicht mehr die Versorgung bekommen, die sie brauchen und wollen. Neben großen Bemühungen um bessere Ausbildungsstrukturen, eine Imagestärkung des Pflegeberufes sowie um eine beschleunigte und deutlich ausgeweitete Zuwanderung ist es die Digitalisierung, die zur Entlastung der vorhandenen Pflegekräfte beitragen kann. Wer weniger Häkchen setzen muss und digital Informationen mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Berufsgruppen teilen kann oder keinen Lifter holen muss, weil ihm schon das Bett das aktuelle Gewicht eines Bewohners mitteilt, hat eben mehr Zeit für menschliche Zuwendung und professionelle Versorgung.

Unsere Mitarbeitenden aus Fleisch und Blut sind so wertvoll, dass wir ihnen so viel Unterstützung aus Bits und Bytes bieten sollten wie möglich. Das ist der Kern und die Chance der Digitalisierung in der Pflege.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

Bernd Meurer
Präsident

Titelthema

„... schon in der Konzeption der Angebote brauchen wir den Praxisbezug. Hier gilt es, das Wissen von Pflegefachkräften zu nutzen oder auch Pflegende und Gepflegte einzubeziehen“
Interview mit Dr. Jens Baas, Vorstandsvorsitzender Techniker Krankenkasse, zur Digitalisierung in der Pflege 6

Lauterbachs Aufholjagd im Schneckentempo: Warum die Digitalisierung in der Pflege nicht vorankommt
Von Norbert Grote 8

Herausforderungen und Chancen auf dem Weg von der Erprobung in den Versorgungsalltag
Neue Finanzierungsvereinbarung zur Einbindung der Pflegeeinrichtungen in die Telematikinfrastruktur
Von Sven Wolfgram 11

Wissensbündelung und Transfer – GKV-Spitzenverband richtet das ‚Kompetenzzentrum Digitalisierung und Pflege‘ ein
Von Gernot Kiefer 13

Das sollten Sie wissen

„Personalmangel und Eigenanteile sind Kernprobleme in der Pflege“
In der ambulanten wie in der stationären Pflege gibt es zurzeit zwei Kernprobleme: den Pflegepersonalmangel und die Eigenanteile
Von Prof. Dr. Heinz Rothgang 15

Altenhilfebarometer 2023
Finanzielle Herausforderungen und Leistungsunterschiede: Einrichtungen in privater Trägerschaft im Nachteil gegenüber anderen Einrichtungen
Von Jan Grabow 16

Neue Personalkonzepte – zwischen Wunsch und Wirklichkeit
Von Pascal Tschörtner 19

Fachtagung Eingliederungshilfe: Den Blick nach vorn werfen
Von Pascal Tschörtner 20

Fakt ist: Es werden weniger! Nicht über Ausbildungszahlen diskutieren, sondern wirksam etwas tun
Von Norbert Grote 21

Aktuelles aus den Ländern

Landesgruppe Baden-Württemberg
TruDi kommt – Truck der Digitalisierung hat bei ambulanter Mitgliedseinrichtung in Böhmenkirch und Kuchen Station gemacht 23

Landesgruppe Baden-Württemberg
Überholspur für Pflegekräfte 24

Landesgruppe Bayern
Fachkräfteeinwanderung in die Langzeitpflege – Bayern setzt auf beschleunigte Verfahren und die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Ausland 25

Landesgruppe Bayern
Mitgliederversammlung und Fachtag – Verbesserungen bei der Gewinnung von ausländischen Pflegekräften als zentrales Thema 27

Landesgruppe Bayern
Wohnraum für Pflegekräfte und Fachkräfteeinwanderung 29

Landesgruppe Berlin
„Die Landesregierung muss bei der Pflege auf die Überholspur wechseln“ 30

Landesgruppe Berlin
Richtfest des Seniorenwohn- und Pflegequartiers „Katharinenhof in Pankow“ 31

Landesgruppe Brandenburg
30-jähriges Firmenjubiläum der Michael Bethke Unternehmensgruppe 32

Der bpa in den sozialen Medien:

schnell, direkt und immer auf dem neusten Stand.

Jetzt gleich abonnieren!

Links zu X (ehemals Twitter),

Facebook und

LinkedIn finden sie hier:

https://linktr.ee/der_bpa



Landesgruppe Bremen/Bremerhaven Nach der Wahl im Land Bremen: Die neuen Koalitionspartner sind die alten – steht die Pflege angemessen im Fokus? Interview mit Prof. Dr. Heinz Rothgang		Landesgruppe Sachsen Landesrechtlich geprüfte Pflegehelfer sind die Berufsgruppe der Stunde	53
Landesgruppe Hamburg Verabschiedung von Uwe Clasen	34	Landesgruppe Schleswig-Holstein Virtueller Fachtag zur Digitalisierung in der ambulanten Pflege	54
Landesgruppe Hessen Gelungene Auftaktveranstaltung der „AG Fachkräfte Eingliederungshilfe“	37	Landesgruppe Schleswig-Holstein Markt der Möglichkeiten – Demenz und Ernährung	55
Landesgruppe Hessen Landesvorsitzender Ralf Geisel auf Podium der Jahrestagung des MD Hessen	37	Landesgruppe Schleswig-Holstein Von der Ukraine ins Pflegeheim in Heide – Die Landeskoordinierungsstelle hilft	56
Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern Netzwerken ist entscheidend	38	bpa.portal	
Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern Eine besondere Schlossführung – Verabschiedung von Geschäftsführer Bernd Tews	39	Verdiente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter In den vergangenen Monaten konnten zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des bpa ihr Betriebsjubiläum feiern	57
Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern Erfolgreiche Anwerbung und Ausbildung vietnamesischer Auszubildender – gemeinsames Projekt wird fortgeführt	40	Ihre Ansprechpartner beim bpa Impressum	58 59
Landesgruppe Niedersachsen Landesgruppenversammlung in Hannover: Ricarda Hasch als Vorsitzende bestätigt	41		
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen Neue Tagespflege entsteht im Oberbergischen Kreis	42		
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen Bekanntes Format in neuem Gewand	44		
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen Seniorenzentrum Eichenhof feierte sein 10-Jähriges	45		
Landesgruppe Rheinland-Pfalz Endlich wieder in Präsenz – Mitgliederversammlung und Fachtag in Ingelheim	47		
Landesgruppe Sachsen Leinen los! Weitere 30 Jahre mit voller Kraft voraus!	47		
	49		

„... schon in der Konzeption der Angebote brauchen wir den Praxisbezug. Hier gilt es, das Wissen von Pflegefachkräften zu nutzen oder auch Pflegende und Gepflegte einzubeziehen“

Interview mit Dr. Jens Baas, Vorstandsvorsitzender Techniker Krankenkasse, zur Digitalisierung in der Pflege

Schon im Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG) spielte die Digitalisierung eine Rolle, jetzt legt die Bundesregierung mit gleich zwei Gesetzesvorhaben in diesem Bereich nach. Erleben wir jetzt endlich einen Schub für die Digitalisierung in der Pflege?

Eher ein Nachziehen als einen Schub. Was die Nutzung digitaler Chancen für die Gesundheit angeht, hinken wir in Deutschland anderen Ländern ja grundsätzlich hinterher. Das gilt insbesondere für die Digitalisierung der Pflege – die kommt in der Politik nach wie vor zu kurz. Dem PUEG als „Pflegereform light“ fehlen echte Fortschritte und neue digitale Angebote wie das ursprünglich vorgesehene Informationsportal zu Angeboten für Pflege- und Betreuungsleistungen.

Angesichts der steigenden Zahl pflegebedürftiger Menschen in Deutschland und dem Mangel an entsprechenden Pflegekräften ist jedoch jede (technische) Unterstützung gefragt. Das kann eine App sein, die Pflegende und Gepflegte besser vernetzt und das Organisieren, Dokumentieren und Abrechnen von Pflegeleistungen vereinfacht. Das kann aber auch eine orts- und zeitunabhängige Pflegeschulung sein oder ein Sturzsensoren für eine pflegebedürftige Person. Für all diese Anwendungen braucht es einen gesetzlichen Rahmen, der Platz für Innovationen lässt.

Dass die Pflege vielfach oft außen vor bleibt, zeigen auch die Entwürfe für die neuen Digitalgesetze. Sie sind auch für



Foto: Techniker Krankenkasse

Dr. Jens Baas, Vorstandsvorsitzender Techniker Krankenkasse

den Bereich der Pflege relevant. So werden im Gesundheitsdatennutzungsgesetz zwar Kranken- und Pflegekassen adressiert, Veränderungen bei der Datenzusammenführung und -nutzung jedoch zumeist nur für den gesetzlichen Rahmen der Krankenkassen vorgesehen.

Die Bundesregierung sieht beim Anschluss der Pflege an die Telematikinfrastruktur (TI) und bei der elektronischen Abrechnung „Fortschritte“ insbesondere durch das Digitale-Versorgung-Gesetz und das Patientendatenschutz-Gesetz (zum Hintergrund vgl. Bundestags-Drucksache 20/8036). Teilen Sie diese Bewertung?

Die Telematikinfrastruktur soll ja alle Akteure des Gesundheitssystems vernetzen und dadurch die Kommunikation verbessern – davon könnten Menschen in Pflegeeinrichtungen perspektivisch nur profitieren. Rückfragen oder offene Angelegenheiten ließen sich direkt digital klären und die Pflegefachkräfte hätten einen besseren Überblick über die gesundheitliche Situation der zu Pflegenden.

Mit dem Digitale-Versorgung-Gesetz und dem Patientendatenschutz-Gesetz wurden Regelungen zur Einbindung der Pflegeeinrichtungen an die TI formuliert. Der Austausch über das

KIM-System ist ein erster wichtiger Schritt in Richtung einer vollelektronischen Abrechnung, die Leistungserbringern in der Pflege Zeit und Aufwand ersparen kann. Gleichwohl wurde die Frist zur Anbindung der Pflege an die TI auf 2025 verschoben, ein echter Fortschritt lässt also bislang auf sich warten.

Die TK ist in vielen Bereichen Vorreiter und hat – teilweise auch mit dem bpa – viele digitale Themen vorgedacht. Was ist Ihr Antrieb dabei?

Unser Ziel ist es, sowohl die Gesundheit unserer Versicherten als auch die Rahmenbedingungen dafür in unserer Gesellschaft nachhaltig voranzubringen und zu verbessern. Manchmal sind es auch konkrete und aktuelle Herausforderungen, aus denen heraus Innovationen entstehen können. Ein Beispiel hierfür ist die Covid-19-Pandemie. Aus der Frage, wie wir als Kasse Pflegende und Pflegeeinrichtungen unterstützen können, wurde gemeinsam mit dem bpa ein unkomplizierter Abrechnungsprozess für die dringend benötigte Schutzausrüstung organisiert. Das Ergebnis, eine unbürokratische und schnelle Lösung, hat sich in der Praxis bewährt.

Wenn Sie auf Ihre Versicherten blicken: Wie kann es gelingen, digitale Angebote in der Pflege nicht nur für die „digital natives“ attraktiv zu machen, sondern auch beispielsweise für Pflegebedürftige und ihre oft ebenfalls schon älteren Angehörigen zu erschließen?

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen müssen einen erkennbaren Nutzen von digitalen Angeboten haben, und sie müssen diese Angebote auch anwenden können, Stichwort digitale Gesundheitskompetenz.

Und schon in der Konzeption der Angebote brauchen wir den Praxisbezug. Hier gilt es, das Wissen von Pflegefachkräften zu nutzen oder auch Pflegende

und Gepflegte einzubeziehen. Die TK hat damit bei der Entwicklung der App „TK-PflegeKompakt“ gute Erfahrungen gemacht. Wir haben pflegende Angehörige gefragt, was sie konkret brauchen. Im Ergebnis liefert die App die von ihnen nachgefragten Pflegeinformationen und begleitet Schritt für Schritt den Weg vom Antrag zum Leistungsbeginn. Der Antrag auf Pflegeleistungen kann direkt über die App gestellt werden und es gibt eine bundesweite Pflegekurssuche.

Die Digitalisierung erfordert zunächst auch hohe Investitionen auf Seiten der Träger. Wie kann dies angesichts der immensen wirtschaftlichen Drucksituation gelingen, in der sich die Einrichtungen derzeit befinden?

Viele Pflegebedürftige sind finanziell bereits an der Belastungsgrenze – und können es nicht stemmen, wenn Träger den Kostendruck durch Investitionen an sie weitergeben. Beim Thema Investitionskosten müssen die Bundesländer stärker in die Pflicht genommen werden. Hier bestehen aktuell große Unterschiede, wie stark die einzelnen Länder sich engagieren.

Der aktuelle Personalmangel zeigt ja auf dramatische Weise, worauf wir uns auch in Zukunft einstellen müssen: Die personellen Ressourcen werden auch langfristig begrenzt sein, bei einem deutlich steigenden Bedarf durch mehr Pflegebedürftige. Welchen Beitrag kann die Digitalisierung bei der Absicherung der Versorgungsbedarfe leisten?

Eine App kann keine Stützstrümpfe anziehen, eine neue Software keine Hausbesuche machen. Was digitale Produkte aber durchaus können, ist Pflegekräften und Angehörigen bei der Organisation des Pflegealltags zu helfen. Je mehr Aufgaben ihnen technisch abgenommen werden können und je weniger Zeit für Papierkram draufgeht, desto mehr Zeit bleibt für den menschlichen Kontakt.

Schon heute leben einige Pflegedienste diesen digitalen Pflegealltag. Von der Dienst- und Tourenplanung über die interne Kommunikation bis hin zur Pflegedokumentation läuft dort fast alles digital. Das ist effizient, entlastet die Angestellten spürbar und wird gerne angenommen. Fällt mal jemand aus, sind alle Informationen transparent und klar dokumentiert.

Zudem darf man nicht vergessen, dass der überwiegende Teil der Pflegebedürftigen in Deutschland zuhause und von Angehörigen gepflegt wird. Smart-Home-Lösungen wie Sturzsensoren und Hausnotrufe ermöglichen hier eine längere Selbstständigkeit – auch das schon die personellen Ressourcen in der Pflegebranche.

Zum Schluss der Blick nach vorne: Die Digitalisierung gehört zu den Megathemen – nicht nur im Gesundheitswesen. Welche weitreichenden Entwicklungen werden Pflegeeinrichtungen in den nächsten Jahren erleben? Worauf sollten sich die bpa-Mitgliedsunternehmen einstellen?

Schon heute erledigen wir viele Dinge selbstverständlich auf digitalem Weg, bei denen es uns noch vor wenigen Jahren unvorstellbar erschien. Ich bin optimistisch, dass diese Entwicklung weitergeht und hoffe auf politische Rahmenbedingungen, die diesen Innovationsgeist zulassen und fördern. Angesichts der demografischen Entwicklung und aktueller Arbeitsmarktprognozen werden die personellen Herausforderungen in der Pflege weiter steigen, darauf müssen wir uns einstellen. Wir können aber auf viele digitale Unterstützungsangebote hoffen, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Wie alles Neue erfordern sie aufgeschlossene Nutzerinnen und Nutzer, denn nur was ausprobiert wird, kann sich auch bewähren oder verbessert werden.

Lauterbachs Aufholjagd im Schneckentempo: Warum die Digitalisierung in der Pflege nicht vorankommt

Von Norbert Grote, bpa-Hauptgeschäftsführer



Foto: Meike Kenn

Norbert Grote, bpa-Hauptgeschäftsführer

Digitale Pflegedokumentationen, Teamkommunikation im Messenger, Personalgewinnung über Social Media – die Pflegeeinrichtungen in privater Trägerschaft nutzen im Alltag vielfältige digitale Strukturen. Und trotzdem kommt der ganz große Wurf der digitalen Vernetzung, insbesondere mit anderen Akteuren des Gesundheitswesens wie Ärzten, Krankenhäusern, Apotheken und Kostenträgern, seit Jahren nicht spürbar voran. Auch die aktuellen gesetzgeberischen Bemühungen der Bundesregierung sind nicht der erhoffte „Gamechanger“.

Sie sind eher das nächste Kapitel einer langen Serie der langsamen Fortschritte. Nachdem der Gesetzgeber lange Zeit einen großen Bogen um die Digitalisierung des Gesundheitswesens und vor allem die des Pflegesektors gemacht hatte, wurden im Jahr 2019 mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz (PpSG) die ersten Pflöcke eingeschlagen. Vordergründiges Ziel war die Entlastung des Pflegepersonals durch eine digitale Unterstützung des Pflegeprozesses und somit auch eine Verbesserung der Pflegequalität. Dazu wurden IT-Investitionen, digitale Maßnahmen zur Verbesserung des Qualitätsmanagements, zu Aus- und Fortbildungen des Pflegepersonals sowie telemedizinische Anwendungen mit dem Ziel

der besseren Kommunikation vor allem zwischen ärztlichen Leistungserbringern und den Pflegeeinrichtungen gefördert. Doch es blieb im Wesentlichen bei Modellprojekten und In-sellösungen.

Daran änderte auch das nahezu zeitgleich in Kraft getretene Digitale-Versorgungsgesetz (DVG) wenig, das die freiwillige Anbindung der Pflege an die Telematikinfrastruktur (TI) ermöglichte. Um die langfristig verpflichtende Anbindung zu erproben und hieraus wichtige Schlüsse zu ziehen, wurde das Modellprogramm „Einbindung der Pflege an die TI“ (siehe auch Artikel auf Seite 11 ff.) entwickelt und mit zehn Millionen Euro gefördert.

Im Jahr danach regelte das Patientendatenschutz-Gesetz (PDSG) unter anderem die datenschutzrechtlichen Anforderungen an den Austausch von patientenrelevanten Daten mit Blick auf die Einführung von eRezept und elektronischer Patientenakte (ePA). Und schließlich – auf den vorherigen Gesetzen aufbauend – konkretisierte das Digitale-Versorgungs- und Pflege-Modernisierungs-Gesetz (DVPMG) die Anwendungen innerhalb der Telematik sowie die verschiedenen Zugriffsverfahren und führte Digitale Pflegeanwendungen (DiPA) ein.

Lauterbach startet „Aufholjagd“ – und kommt wieder nur langsam voran

Mit Blick auf die immer noch schleppende Digitalisierung hat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach eine „Aufholjagd“ angekündigt. In der Tat wurden mit dem Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG), dem Digital-Gesetz (DigiG) sowie dem Gesundheitsdatennutzungsgesetz (GDNG) gleich drei Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht – und das zum Teil sogar mit einer Einstufung als besonders eilbedürftiges Gesetzesvorhaben.

Insbesondere auf dem DigiG ruhen Hoffnungen. Berechtig? Der Referentenentwurf gibt dazu wenig Anlass, vor allem nicht für die Pflegeeinrichtungen. Denn schon im Titel des Gesetzentwurfs wird deutlich, dass die Perspektive der Pflege wieder einmal nicht ausreichend berücksichtigt wurde.

Eine zentrale Änderung ist die geplante Ausweitung der Nutzung der elektronischen Patientenakte (ePA), die durch die sogenannte Opt-out-Regelung zum Regelfall wird. Die aktuell noch erforderliche Einwilligung der Versicherten und das äußerst komplizierte Antrags- und Registrierungsverfahren führen derzeit dazu, dass die ePA praktisch nicht zur Anwendung kommt. Gegenwärtig nutzt nur ein Prozent der gesetzlich Versicherten eine ePA, der Blick ins Ausland zeigt aber, dass die Opt-out-Regelung zu einer drastischen Steigerung der Nutzung führen wird.

Dass die ePA immer verwendet werden soll, solange die Versicherten nicht widersprechen, ist daher ein wichtiger Schritt zur Beschleunigung der Digitalisierung in der Pflege. Und dennoch ist die Perspektive auch in diesem Gesetz falsch, weil die Regelungen fast immer für eine ärztliche Leistungserbringung gegenüber jungen und überwiegend gesunden Versicherten gedacht sind. Der Fokus auf eine enge Zusammenarbeit von Pflegebedürftigen und Pflegeeinrichtungen und die Bedürfnisse von älteren Menschen, zum Beispiel bei Barrierefreiheit und Nutzerfreundlichkeit, fehlt. Dies wäre aber wichtig, um eine möglichst hohe Akzeptanz und einen positiven Beitrag zur pflegerischen Versorgung zu erreichen. So ist zu befürchten, dass sich die digitale Lösung bei älteren und pflegebedürftigen Menschen auch weiterhin nicht durchsetzt.

Konkrete Beispiele sind die Ausgestaltung von Zugriffsrechten auf die ePA und die Regelungen zur Übermittlung von Daten in die ePA. Die Situation in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen bleibt zum Teil vollkommen unberücksichtigt, so dass eine Umsetzung in der Praxis kaum möglich erscheint. Derzeit herrscht zudem ein Wirrwarr an Fristen: Im Rahmen des PUEG wurde für alle Pflegeeinrichtungen verpflichtend festgelegt, dass bis zum 1. Juli 2025 alle Voraussetzungen zu erfüllen sind, um den Zugriff auf die ePA und den Anschluss an die Telematikinfrastruktur nach § 306 SGB V

umzusetzen. Deshalb hat sich der bpa in vielen Gesprächen aktiv für eine Anpassung der Fristen für die Erbringer von Leistungen der häuslichen Krankenpflege sowie der außerklinischen Intensivpflege eingesetzt, die letztlich mit in den vom Kabinett beschlossenen Gesetzentwurf aufgenommen wurde. Denn nur wenn die technischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen sind, können Pflegeeinrichtungen die ihnen auferlegten Verpflichtungen umsetzen. Das gilt sowohl für ambulante und stationäre Einrichtungen, die Leistungen nach dem SGB XI erbringen, als auch für Pflegedienste, die Leistungen nach dem SGB V erbringen, so dass hier ein Gleichklang hergestellt werden muss.

Wenig Vorstellung vom Alltag in Pflegeeinrichtungen herrschte offensichtlich auch bei der Gestaltung der Verknüpfung einer Authentifizierung von Leistungserbringerinstitutionen mit dem Vorhandensein eines elektronischen Heilberufsausweises vor. Diese Vorgabe ist nicht mit der Organisation einer Pflegeeinrichtung vereinbar, deshalb muss diese Abhängigkeit voneinander gelöst werden, damit der Anschluss der Pflegeeinrichtungen an die Telematikinfrastruktur gelingen kann.

Woran hakt es also? Pflegebedürftige sind oftmals nicht (oder nicht mehr) in der Lage, komplexe digitale Vorgänge zu nutzen. Ein Beispiel: Für die Nutzung des elektronischen Rezepts benötigt die Nutzerin oder der Nutzer eine App auf dem Smartphone. Schon die anfängliche Authentifizierung ist sehr komplex und von vielen Pflegebedürftigen kaum zu stemmen. Alternativ kann die elektronische Gesundheitskarte (eGK) in einer Apotheke vorgezeigt und so das Rezept eingelöst werden. Sowohl für den ambulanten als auch den stationären Pflegesektor ist dies kein praktikabler Weg. Bleibt die Option, dass die Arztpraxis ein eRezept ausdruckt, an die Pflegeeinrichtung faxt und die Medikamentenbestellung wie gewohnt organisiert wird. Damit aber wird die Idee der Digitalisierung ad absurdum geführt. Auf entsprechendes Unverständnis stößt dies auch bei den Praxen und führt bereits heute zu Frustration bei Pflegeeinrichtungen und Ärzten.

Beispiel 2: Auch die ePA kann grundsätzlich durch die Verfügbarkeit relevanter medizinischer Daten und die verbesserte Kommunikation der Beteiligten zusätzlichen Nutzen für die Pflegebedürftigen bringen. Allerdings steckt der Teufel hier nicht nur im Detail, sondern auch in ganz grundsätzlichen Fragestellungen und Abläufen: Für die Nutzung der ePA kann bzw. muss (so klar ist das im Gesetzestext leider nicht definiert) der Pflegebedürftige Zugriffsrechte verwalten und Zugriffe erteilen. Der Gesetzgeber spricht davon, dass dies über geeignete Endgeräte oder „sonstige Möglichkeiten“ erfolgen soll. Ersteres geht an der Lebensrealität vor allem älterer Pflegebedürftiger vorbei, letzteres lässt viele Fragen offen. Schwammig sind auch die Regelungen zum Zugriff der Pflegekräfte auf die ePA. So können Inhaber eines eHBA zwar weitere Pflegekräfte laut Gesetzestext autorisieren, so dass diese mit Hilfe der eGK des

Versicherten auf die ePA zugreifen können. Wie diese Autorisierung jedoch konkret aussehen soll und was passiert, wenn der Inhaber des eHBA aufgrund von Krankheit ausfällt, ist nicht geklärt. Im Referentenentwurf zum DigiG ist zudem die Rede davon, dass der Versicherte die Pflegeeinrichtung auffordern kann, pflegerelevante Informationen in die ePA aufzunehmen. Eine Definition pflegerelevanter Informationen bleibt aus. Es bleibt der Eindruck des Unausgereiften.

Beispiel 3: Auch die Ausweitung von Videosprechstunden kann durchaus Sinn ergeben. In Pilotprojekten konnte gezeigt werden, dass unnötige Hospitalisierungen vermieden werden konnten, die immer eine starke Belastung für den Pflegebedürftigen bedeuten. Auch konnte rechtzeitiger ärztlicher Rat eingeholt werden, mit dem Ergebnis einer besseren Versorgung. Während jedoch der Arzt für diese Leistung eine entsprechende Vergütung erhält, geht die Pflege hier meist leer aus, obwohl eine pflegefachliche Unterstützung der Telekonsultation unerlässlich ist. Hoffnung machen erste Selektivverträge der AOK Nordost sowie der AOK Rheinland-Hamburg, die für Pflegeheime eine Finanzierung vorsehen. Dies muss aber flächendeckend für alle Einrichtungen etabliert werden.

Neben diesen Unklarheiten in den Prozessen zeigt sich zusätzlich, dass die technischen Komponenten zum jetzigen Zeitpunkt noch an Kinderkrankheiten leiden. Nur wenn die Technik einwandfrei funktioniert, nutzerfreundlich ist und zu einer deutlichen Entlastung führt, schafft dies die notwendige Akzeptanz für eine erfolgreiche Umsetzung.

Digitale Pflegeanwendungen – bisher nur eine Wunschvorstellung

Mit dem DVPMG wurden die digitalen Pflegeanwendungen (DiPA) eingeführt. Allerdings sind bis zum heutigen Tage noch keine DiPA gelistet oder im Prüfverfahren, obwohl eine Lis-tung beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) bereits seit rund einem halben Jahr möglich ist. Aus der Digitalbranche ist die Klage zu hören, dass das Zulassungsverfahren im Gegensatz zu dem Verfahren der digitalen Gesundheitsanwendungen (DiGA) zu komplex und teuer ist, weil beispielsweise der Nutzen in Studien bereits vorher belegt sein muss. Darüber hinaus ist die Refinanzierung auf 50 Euro pro Versicherten gedeckelt. Dies alles führt immer noch zu einer Zurückhaltung von Herstellern und Investoren.

Finanzierung weiterer digitaler Lösungen im Pflegebereich

Um die Versorgung der steigenden Zahl von Pflegebedürftigen zu sichern, werden angesichts des eklatanten Personal-mangels neben der Zuwanderung und einer Ausweitung der Ausbildung auch digitale Unterstützungsmöglichkeiten für die Pflege benötigt. Diese können schon heute dazu beitragen, die

Pflegequalität zu verbessern, beispielsweise mit digitaler Sturzerkennung und der Entwicklung entsprechender pflegerischer Gegenmaßnahmen. Intelligente Frühwarnsysteme erkennen, basierend auf der Auswertung von Vitalparametern, eine sich anbahnende Verschlechterung des Gesundheitszustands und teilen dies dem Pflegepersonal mit. Lösungen aus dem Bereich der Sensorik werden ermöglichen, dass Pflegekräfte die ihnen anvertrauten Pflegebedürftigen digital im Auge behalten und rechtzeitig intervenieren können.

Aber all diese Möglichkeiten werden bisher im Alltag kaum genutzt, weil die Finanzierungsfrage nicht langfristig und nachhaltig gelöst ist. Während verschiedene Anwendungen in Modellprogrammen und Projekten temporär finanziert werden, findet gegenwärtig noch keine wirkliche Verständigung über die Verstetigung der Finanzierung statt – auch nicht auf politischer Ebene.

Doch noch eine Aufholjagd? Der Blick nach vorne

Prozessuale und technische Herausforderungen bei der Anbindung der Pflege an die Telematik müssen gelöst und die künftigen Anwendungen mehr aus der Perspektive der Pflege gedacht werden. Ihre Verbände müssen bei der Planung von Gesetzesentwürfen sowie in Arbeitskreisen und Gremien der Gematik gehört werden.

Die Potenziale sind da: Eine zunehmende Digitalisierung der Pflege wird auch das Berufsbild verändern und weiter gesellschaftlich aufwerten. Neue Kompetenzen werden gebraucht, medizinische Aspekte rücken durch telemedizinische Anwendungen und Sensorik noch mehr in den Mittelpunkt. Diese Entwicklung muss also auch in der Pflegeausbildung berücksichtigt werden. Durch die Verschlinkung von administrativen Prozessen bleibt mehr Zeit für die menschliche Interaktion und die Unterstützung in der pflegerischen Versorgung führt zu mehr Sicherheit und Autonomie von Pflegebedürftigen.

An einer Digitalisierung der Versorgungsprozesse führt also kein Weg vorbei. Nur mit ihrer Hilfe können die bereits bestehenden und die noch auf die deutsche Gesellschaft zukommenden Herausforderungen bewältigt werden.

Zur Umsetzung bedarf es neben regulatorischen Maßnahmen aber zwingend der strukturellen Unterstützung der Pflegeeinrichtungen. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen geeignet und die Finanzierung langfristig gesichert ist. Diese Strukturen müssen an der Basis, bei den Pflegediensten, Tagespflegen und in den Pflegeheimen vor Ort ankommen. Dafür müssen den Pflegeeinrichtungen entsprechende Finanzmittel zum strukturellen Ausbau und zur Absicherung von Digitalisierungsprozessen zur Verfügung stehen.

Herausforderungen und Chancen auf dem Weg von der Erprobung in den Versorgungsalltag

Neue Finanzierungsvereinbarung zur Einbindung der Pflegeeinrichtungen in die Telematikinfrastruktur

Von Sven Wolfgram

Die Historie zu Möglichkeiten der Digitalisierung im Gesundheitswesen hat bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote in seinem Leitartikel anschaulich dargestellt. Mit der Verabschiedung des Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetzes (PUEG) am 26. Mai 2023 wurde auch die verpflichtende Anbindung der Pflegeeinrichtungen an die Telematikinfrastruktur (TI) beschlossen. Als Reaktion auf die noch schleppende Umsetzung und Nutzung der Anwendungen wie dem eRezept oder der elektronischen Patientenakte (ePA), hat die Bundesregierung nun ihren Kabinettsentwurf für ein neues Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung im Gesundheitswesen (DigiG) nachgelegt. Insbesondere die Opt-out-Regelung bezüglich der elektronischen Patientenakte, wonach Versicherte ihrer Nutzung der ePA aktiv widersprechen müssten, um diese nicht zu erhalten, wird für die Nutzung der ePA ein immenser Katalysator sein. Regelungen zur Datennutzung und -einstellung haben dabei auch konkreten Einfluss auf die Pflegeeinrichtungen und deren Beschäftigte.

Verschiedene digitale Anwendungen werden künftig die heutigen papierbasierten Abläufe ersetzen und Verfahren effizienter gestalten. Für ambulante Pflegedienste soll ab Mitte des nächsten Jahres auch die elektronische Abrechnung über die TI ermöglicht werden. Die vollständig papierlose Abrechnung ist seit vielen Jahren eine Forderung des bpa. Die notwendigen Vereinbarungen mit dem GKV-Spitzenverband sind getroffen, die Veröffentlichung zur technischen Umsetzung steht unmittelbar bevor. Der verpflichtende Anschluss an die TI gewinnt mit dieser Anwendung zusätzlich an Attraktivität.

Vor diesem Hintergrund wurden bereits ausgiebige Verhandlungen mit dem GKV-Spitzenverband über eine neue Finanzierungsvereinbarung zur pauschalen Kostenerstattung der notwendigen Komponenten und Anwendungen zur Einbindung der Pflege an die TI geführt. Letzte Abstimmungen zum Vereinbarungstext finalisieren derzeit die im Grundsatz getroffene Einigung. In den Verhandlungen zur Finanzierungsvereinbarung, die wiederum auf den Bundesmantelverträgen und damit den Regelungen für vertragsärztliche Leistungserbringer fußt, hat der bpa erfolgreich eine Anpassung der Finanzierungsregelungen an die Besonderheiten der Pflege auch vor dem Hintergrund der vorab genannten gesetzlichen Änderungen eingefordert.



Foto: Meike Kenn

Sven Wolfgram, bpa-Geschäftsführer, Geschäftsbereichsleiter ambulante Versorgung

Damit soll jeder Pflegeeinrichtung der Anschluss an die TI und der Betrieb der jeweiligen Anwendungen, wie zum Beispiel die Nutzung von KIM-Postfächern (Kommunikation im Medizinwesen) ermöglicht werden. Refinanziert werden die notwendige Hardware wie E-Health-Kartenterminals und Konnektoren sowie die zur Authentifizierung der Pflegeeinrichtung sowie einzelner Pflegefachkräfte notwendigen Einrichtungsausweise (SMC-B) bzw. elektronischen Heilberufsausweise (eHBA).

Neben der reinen Ausstattung ist der technische Support genauso elementar wie die Schulungsangebote für diejenigen Mitarbeitenden, welche die Anwendungen innerhalb der TI nutzen werden. Zahlreiche Dienstleistungsunternehmen bieten dafür verschiedene technische Möglichkeiten, die derzeit auch dynamisch weiterentwickelt werden. Für unsere Mitglieder werden wir leistungsfähige Dienstleister identifizieren und Unterstützungsangebote bereitstellen.

Die bisherige gesetzliche Regelung für den Einsatz des elektronischen eHBA zum Schreiben in die Patientenakten ist eher für den Betrieb einer Arztpraxis gedacht, indem der Betrieb von der Anwesenheit des Arztes abhängt. In Pflegeeinrichtungen ist dies vor dem Hintergrund von Mitarbeiterfluktuationen

on und einem 24/7-Betrieb wenig zielführend. Jede Pflegekraft muss zum Beispiel zu jeder Zeit in der Lage sein, einen Pflegeüberleitbogen in die ePA einzustellen und das unabhängig von einer möglichen vorab erfolgten Autorisierung. Mit dem Roll-out der elektronischen Patientenakte müssen die Pflegeeinrichtungen auch entsprechend ausgestattet und refinanziert werden. Eine Regelung diesbezüglich konnten wir in die Vereinbarung einbringen.

Darüber hinaus forderte der bpa in Zusammenarbeit mit den weiteren Pflegeverbänden, dass die TI-Pauschale lediglich konkret benannte Anwendungen abdeckt. So wie es zu neuen verpflichtenden Anwendungen in der TI kommt, muss auch die TI-Pauschale überprüft werden. Alles andere würde einem Blankoscheck gleichgekommen, der ein nicht hinnehmbares wirtschaftliches Risiko für die Pflegeeinrichtungen bedeuten würde.

Nachdem die Finanzierungsvereinbarung geschlossen ist, liegt es auch an den Softwareunternehmen, Schnittstellen zu den jeweiligen Anwendungen herzustellen. Während die meisten Anbieter bereits eine Möglichkeit zur Nutzung von KIM anbieten, fehlen zum Beispiel noch entsprechende Anwendungen zur Nutzung der ePA. Hier werden wir gemeinsam darauf achten, dass eine softwareseitig fehlende Verfügbarkeit für Anwendungen nicht zu Lasten der Pflegeeinrichtungen geht.

PIO-Überleitbogen

Vorstehend benannte Pflegeinformationsobjekte (PIO), wie der digitale Überleitbogen, sollen unterschiedlichen Akteuren in der Pflege zukünftig zur Verfügung stehen und in den alltäglichen Kommunikationsprozessen Zeitersparnisse ermöglichen, die Dokumentation insbesondere bei der Datenerfassung vereinfachen und gleichzeitig die Datensicherheit erhöhen.

Die Erprobung wird im Rahmen des Modellvorhabens nach § 125 SGB XI Typ B in dem vom GKV-Spitzenverband geförderten Projekt ITiV erfolgen. Ziel dabei ist die Implementierung der Pflege in einem regionalen Versorgungsnetzwerk mit ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen des bpa-Mitglieds Pflegewerk, Medizinischen Versorgungszentren (MVZ), Haus- und Facharztpraxen sowie Kliniken. Dadurch sollen die Pflegekräfte zukünftig weiter entlastet und die Versorgungsqualität und -kontinuität der Pflegebedürftigen verbessert werden. Die Erprobung soll Erkenntnisse der technischen Umsetzbarkeit des PIO-Überleitbogens und die Identifizierung von weiteren Optimierungspotenzialen in der intersektoralen Kommunikation erschließen.

Wichtig wird es sein, zusammen mit den Kliniken Transfererfahrungen für den zukünftigen Versorgungsalltag zu sichern.

Der PIO-Überleitbogen dient dabei nicht nur als Kommunikationsinstrument zwischen Krankenhaus und Pflegeeinrichtung, sondern unterstützt die Versorgungskontinuität auch bei weiteren intrasektoralen Überleitungen z. B. vom ambulanten Pflegedienst in das Pflegeheim.

Dieses Vorhaben begrüßt der bpa ausdrücklich, fordert zugleich aber eine weitere, darauf aufbauende intersektorale Erprobung des PIO-Überleitbogens in der Fläche. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Anwendung ausreichend getestet und mit Blick auf die Anwenderzentriertheit sowie Nutzerfreundlichkeit optimiert wird. Nur wenn die Anwendung einen echten Mehrwert und nicht -aufwand darstellt, wird die zur erfolgreichen Umsetzung benötigte Akzeptanz erreicht. Begrüßt wird daher der durch die Gematik wissenschaftlich begleitete Start der Modellregionen für digitale Gesundheit Hamburg und Franken. Hier bietet sich eine weitere sinnvolle Möglichkeit zur Erprobung digitaler Pflegedokumente.

Der bpa wird die Erprobung und Evaluation der Projektergebnisse eng und fortlaufend begleiten und seine Mitglieder dazu regelmäßig informieren.

Modellprogramm Telepflege gemäß § 125a SGB XI: Chancen technischer Lösungen nutzen

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen und der damit einhergehenden erhöhten Nachfrage nach Pflegeleistungen bei sich gleichzeitig verschärfendem Pflegepersonal-mangel stellt sich die Frage, wie die pflegerische Versorgung in Zukunft sichergestellt werden kann. Neben Präventionsangeboten, vereinfachter Fachkräftezuwanderung und der Förderung der inländischen Ausbildungszahlen stellt der Einsatz digitaler Lösungen einen wichtigen Baustein dar.

Technische Unterstützungsmöglichkeiten wie die Telepflege haben das Potenzial, Pflegekräfte zu entlasten, die Pflegekompetenz pflegender Angehöriger zu erhöhen und die Kommunikation der am Pflegeprozess Beteiligten untereinander effizienter zu gestalten.

Während in den USA, Kanada oder Australien sogenannte Tele-Nurses bereits einen wertvollen Beitrag in der pflegerischen Versorgung leisten, hinkt Deutschland beim Thema Telepflege noch hinterher. Diesen Aufholbedarf hat der Gesetzgeber erkannt und im Digitale-Versorgung-und-Pflegemodernisierungsgesetz (DVG) den GKV-Spitzenverband beauftragt, ein Modellprogramm zur wissenschaftlichen Erprobung der Telepflege nach § 125a SGB XI durchzuführen. Im Fokus des mit 10 Millionen Euro geförderten Programms steht die wissenschaftliche Evaluierung des konkreten Nutzens von Anwendungen in bereits bekannten Anwendungsfeldern der Telepflege als auch die Identifikation potenziell neuer Ein-

satzbereiche. Erprobt werden sollen die Möglichkeiten der Telepflege insbesondere:

- zum Austausch und zur Zusammenarbeit zwischen Arzt und Pflege, zur Visite oder Optimierung der Zusammenarbeit zwischen den Berufsgruppen oder Institutionen
- zur Optimierung des pflegerischen Alltags, z. B. Möglichkeiten zur Rücksprache mit der PDL sowie technische Lösung zur Verbesserung der organisatorischen Abstimmungen und Abläufe
- als Instrument zur Anleitung und Edukation von Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen, z. B. im Rahmen der Beratungen nach § 37 Abs. 3 SGB XI oder § 45 SGB XI
- zur Unterstützung und Anleitung von Pflegekräften durch speziell geschulte Fachkräfte oder Ärzte, z. B. im Bereich spezialisierte Wundversorgung, Diabetes, allgemeine ambulante Palliativversorgung

Die Auswahl der Projektteilnehmer erfolgt im Anschluss an die Bewerbungsfrist zum 31. August 2023. Die Testphase soll Anfang 2024 starten.

Trotz des erheblich bürokratischen Antragsverfahrens besteht seitens der bpa-Mitglieder Interesse an der Erprobung. Viele Einrichtungen haben sich vor dem Hintergrund der Co-

rona-Pandemie und der angespannten Personallage bereits im Vorfeld Gedanken über telepflegerische Anwendungen gemacht, auch um das Berufsbild Pflege für ihre Mitarbeitenden attraktiver zu gestalten. Dementsprechend sind zahlreiche Bewerbungen beim GKV-Spitzenverband eingegangen.

Bereits im Modellprogramm nach § 125 SGB XI zur Erprobung der Einbindung der Pflegeeinrichtungen in die Telemedizininfrastruktur haben die bpa-Mitglieder mit einem professionellen Projektmanagement und viel Engagement überzeugt und leisten einen wichtigen Beitrag zur Etablierung der neuen digitalen Strukturen.

Die Chancen, die der Gesetzgeber mit dem Modellprogramm nach § 125a SGB XI geschaffen hat, gilt es zu nutzen. Hierzu sind die privaten Pflegeeinrichtungen entsprechend ihres bedeutenden Marktanteils in die Erprobung einzubeziehen und neue Ansätze der digital unterstützten Kommunikation zu erproben, um langfristige Lösungen zur Unterstützung und Entlastung der Pflege zu schaffen. Der bpa wird die Zuschlagserteilung aufmerksam verfolgen und die bpa-Mitglieder bei der Umsetzung der Modellprojekte begleiten. Die Ausschreibung der wissenschaftlichen Evaluation durch den GKV-Spitzenverband erfolgt, wenn die Fördervergabe abgeschlossen ist.

Wissensbündelung und Transfer – GKV-Spitzenverband richtet das ‚Kompetenzzentrum Digitalisierung und Pflege‘ ein

Von Gernot Kiefer, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender des GKV-Spitzenverbandes

In die Digitalisierung der Pflege in Deutschland werden große Hoffnungen für eine weitere Verbesserung der Versorgung und der Arbeitsbedingungen in der Pflegepraxis gesetzt. Digitalisierung verspricht zumindest für einige der Herausforderungen Lösungsansätze zu bieten, mit denen sich die Pflege gegenwärtig konfrontiert sieht.

Die Möglichkeiten, die Digitalisierung für eine bessere Versorgung in der ambulanten und stationären Langzeitpflege sinnvoll einzusetzen, werden aber noch nicht annähernd ausgeschöpft. Das liegt vermutlich zum einen an der

Unübersichtlichkeit eines Marktes in „Goldgräberstimmung“ und zum anderen vielfach an Berührungängsten und Vorbehalten bei Pflegenden und Pflegebedürftigen.

Wir sehen, dass vielfältige digitale Lösungen und Technologien bereits in der medizinisch-pflegerischen Versorgung eingesetzt werden oder zumindest theoretisch zur Verfügung stehen. Beispiele sind digitale Pflegedokumentations- und Pflegeplanungssysteme, Assistenztechnologien und in ersten zaghafte Ansätzen Telepflege, mobile Apps für die Pflege bzw. digitale Pflegean-

wendungen (DiPA) – sowie perspektivisch auch Robotik in der Pflege.

Allerdings gibt es auf unterschiedlichen Ebenen Hindernisse für einen Transfer der Digitalisierung in die Pflegepraxis. Dazu gehören unter anderem eine unübersichtliche Marktsituation, eine zum Teil mangelhafte IT-Infrastruktur (oder sogar -Anbindung) in den Einrichtungen und Diensten, fehlende Standards der Interoperabilität zwischen verschiedenen Systemen auf Herstellerseite, fehlende Nutznachweise, aber auch Datenschutzbedenken bei Pflegebedürftigen und ihren An- und Zugehörigen.

gen sowie mangelnde Akzeptanz und Schulung von Mitarbeitenden im Umgang mit digitalen Technologien.

Angesichts dieser Gemengelage richtet der GKV-Spitzenverband aktuell vor dem Hintergrund des Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetzes (PUEG), das zum 1. Juli 2023 in Kraft getreten ist, ein Kompetenzzentrum Digitalisierung und Pflege ein. Schon jetzt ist das Thema Digitalisierung im Gefüge der vom GKV-Spitzenverband geförderten oder verantworteten Programme und Projekte fest verankert: Ein zentraler Baustein dieses Gefüges ist die Einbindung der Pflegeeinrichtungen in die Telematikinfrastruktur (TI). In dem entsprechenden Modellprogramm wird der digitale sektorenübergreifende Informationsaustausch über die TI in der ambulanten und stationären Versorgung pflegebedürftiger Menschen erprobt und es werden Grundlagen der notwendigen Standards für einen bundesweiten Rollout erarbeitet.

Im neuen Modellprogramm Telepflege sollen demgegenüber telepflegerische Anwendungsfelder wissenschaftlich gestützt erprobt und evaluiert werden, um sowohl Pflegebedürftige und deren An- und Zugehörige als auch das Pflegepersonal in der Versorgung pflegebedürftiger Menschen zu entlasten und zu unterstützen. Darüber hinaus haben über den Förderschwerpunkt Digitalisierung im Modellprogramm zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zahlreiche kleinere und größere Projekte Erkenntnisse zu digitalen Unterstützungsmöglichkeiten beigetragen. Und auch die Erfahrungen und Ergebnisse aus den Modellprogrammen zur Personalbemessung und zu innovativen Versorgungsansätzen in der Pflege können zukünftig in die Arbeit des Kompetenzzentrums mit einbezogen werden.

Übergeordnete Ziel- und Aufgabenstellung des Kompetenzzentrums Digitalisierung und Pflege ist es, fortlaufend Transparenz in einem dynamischen



Foto: GKV-Spitzenverband/Kuettler

Gernot Kiefer, Stellv. Vorsitzender des Vorstandes des GKV-Spitzenverbandes

Marktgeschehen und einer noch unübersichtlichen Wissenslandschaft herzustellen. Damit Pflegebedürftige von dem Einsatz sinnvoller digitaler Technologien und Lösungen profitieren können, muss zudem der Transfer der Digitalisierung in der Pflege nutzenzentriert vorangetrieben werden.

Das Kompetenzzentrum wird zukünftig eine zentrale Informationsstelle für Pflegeeinrichtungen, Pflegekräfte und andere Leistungserbringende, aber auch für Pflegekassen und Pflegeberaterinnen und Pflegeberater bei der Bewertung, Auswahl, Einführung und Nutzung digitaler Technologien in der Pflege. Darüber hinaus geht es darum, das Wissen und die Kompetenzen der Pflegebedürftigen und deren An- und Zugehörigen im Umgang mit digitalen Technologien zu stärken.

Das Kompetenzzentrum wird zudem den Austausch und die Vernetzung von Akteuren aus Pflege, IT-Branche, Forschung und anderen relevanten Bereichen fördern. Es organisiert Veranstaltungen, Workshops und Konferenzen, um den Wissenstransfer und die Zusammenarbeit zu fördern. Das Kompetenzzentrum soll zudem als Impulsgeber für die Entwicklung neuer digitaler Lösun-

gen in der Pflege fungieren und setzt sich nicht zuletzt für die Qualitätssicherung bei der Nutzung digitaler Technologien in der Pflege ein. Es entwickelt Qualitätsstandards und -kriterien und unterstützt bei der Evaluation und Nutzenbewertung von digitalen Lösungen. Diese Ziele und Aufgaben können und sollen je nach Bedarf und Entwicklung im Bereich der Digitalisierung in der Pflege angepasst und erweitert werden.

Ein Beirat wird die Arbeit des Kompetenzzentrums begleiten. Qualität, Wirksamkeit und Kosten der Arbeit des Kompetenzzentrums werden außerdem regelmäßig durch unabhängige Sachverständige evaluiert.

Die Digitalisierung in der Pflege bietet vielversprechende Ansätze für eine nachhaltige Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung. Mit dem Kompetenzzentrum wird der GKV-Spitzenverband einen weiteren Beitrag dazu leisten, dass diese Entwicklung gelingen kann. Wir wollen zur Klarheit und Struktur der Möglichkeiten von Digitalisierung in der Pflege beitragen und dafür Sorge tragen, dass gute und sinnvolle digitale Anwendungen leichter im Sinne der Pflegebedürftigen in die Praxis Eingang finden.

„Personalmangel und Eigenanteile sind Kernprobleme in der Pflege“

In der ambulanten wie in der stationären Pflege gibt es zurzeit zwei Kernprobleme: den Pflegepersonalmangel und die Eigenanteile

Prof. Dr. Heinz Rothgang zur Pflege in Deutschland

Aufgrund des Personalmangels stehen Heimplätze leer, was die Versorgungssicherheit gefährdet, und auch in der ambulanten Pflege kann die Nachfrage schon lange nicht mehr vollumfänglich befriedigt werden. Notwendig ist daher eine Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufes, durch weitere Lohnsteigerungen, vor allem aber durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere verlässliche Schichtpläne und mehr Kolleginnen und Kollegen in einer Schicht.

Hier bietet das neue Personalbemessungsverfahren eine große Chance: Obwohl die seit dem 1. Juli dieses Jahres geltenden Personalobergrenzen des neu gefassten § 113c SGB XI die tatsächlichen Personalmehrbedarfe nur zu 40 Prozent abbilden, liegen die neuen Obergrenzen in vielen Bundesländern deutlich oberhalb des Status quo und erlauben Einrichtungen damit einen merklichen Personalaufwuchs. Wie im Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG) festgelegt, wird Ende 2025 zudem ein weiterer Umsetzungsschritt zur vollständigen Einführung des Personalbemessungsverfahrens geprüft.

Zwar sind zusätzliche Pflegefachkräfte derzeit auf dem Markt kaum verfügbar, die neuen Obergrenzen bieten aber vor allem Spielraum für die Refinanzierung zusätzlicher Assistenzkräfte mit mindestens einjähriger Ausbildung nach Landesrecht. Hier ist der Arbeitsmarkt weniger eng und diese sind nicht nur deutlich schneller auszubilden. Für diese Personalkategorie gibt es große noch ungenutzte Potenziale, insbesondere bei denjenigen, die die dreijährige generalistische Ausbildung nicht zu Ende bringen können und für die ein Weg in eine Pflegeassistententätigkeit gebahnt werden muss, und bei den langjährig in der Pflege tätigen Pflegehilfskräften, die mit verkürzter berufsbegleitender Ausbildung und einer Anerkennungsprüfung weiterqualifiziert werden können.

Zudem gibt es hochgerechnet 300.000 ausgebildete Pflegekräfte, die nicht mehr in der Pflege arbeiten, sich gemäß einer Studie der Arbeitnehmerkammern in Bremen und im Saarland aber eine Rückkehr in den Beruf vorstellen könnten, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Nur eine so erzielte bessere Personalausstattung kann sicherstellen, dass die in der Frage angesprochene notwendige Zeit für die Belange des täglichen Pflegealltags vorhanden ist.



Foto: Heinz Rothgang

Prof. Dr. Heinz Rothgang, Abteilungsleiter Gesundheit, Pflege und Alterssicherung am Socium Forschungszentrum der Universität Bremen

Mehr Personal und bessere Bezahlung des Personals führt im Pflegeheim aber zu steigenden Pflegesätzen und entsprechend steigenden Eigenanteilen. Bundesweit sind diese Eigenanteile allein vom 1. Juli 2022 bis zum 1. Juli 2023 um rund 350 Euro pro Monat gestiegen, auf jetzt 2.548 Euro im ersten Jahr im Heim. Ein Grund hierfür war die Einführung des sogenannten Tariftreuegrundsatzes im September 2022, der zu deutlichen Lohnsteigerungen für Pflegekräfte geführt hat.

Aber auch für das nächste und übernächste Jahr sind ähnliche Steigerungen zu erwarten, unter anderem, weil sowohl bei den Pflegefachkräften als auch bei den Pflegehilfskräften bestimmte Personalmengen, die bislang extern finanziert wurden, bei den nächsten Pflegesatzverhandlungen pflegesatzwirksam werden, da die externe Förderung ausläuft.

Zudem werden Pflegeheime sukzessive von den neuen Obergrenzen des § 113c SGB XI Gebrauch machen, die sich 2025 weiter erhöhen dürften. Die Leistungsanpassungen im PUEG sind vollkommen unzureichend, um dies zu kompensieren. Werden die Anhebungen der Leistungssätze zum 1. Januar 2024 und zum 1. Januar 2025 sowie die Erhöhung der Leistungszuschläge zu den Eigenanteilen zusammengerechnet, ergibt sich eine durchschnittliche Entlastung von monatlich

rund 150 Euro. Dieser Betrag ist nicht einmal ausreichend, um die zu erwartende Eigenanteilssteigerung der nächsten zwölf Monate auszugleichen.

Da die nächste Anpassung aber erst 2028 vorgesehen ist, werden die Eigenanteile bis dahin weiter steigen und die Pflegebedürftigen noch weiter finanziell überfordern. Um dies zu verhindern, ist eine absolute Deckelung der Eigenanteile notwendig, wie sie im Konzept des Sockel-Spitze-Tauschs vorgeschlagen wurde. Steigende Eigenanteile belasten nicht nur die Pflegebedürftigen, sie erschweren auch die notwendigen Verbesserungen der Personalausstattung, da deren finanzielle Folgen dann leicht als untragbar angesehen werden können.

Auch im ambulanten Bereich sind die Leistungsanpassungen unzureichend. Die kumulierte Inflation von 2017 bis Ende 2023 wird sich auf rund 23 Prozent belaufen. Dem steht im gleichen Zeitraum eine Anpassung des Pflegegelds von fünf Prozent gegenüber. Die Sachleistungen wurden bereits 2022 um fünf Prozent angehoben, aber auch bei ihnen ist die Anpassung damit insgesamt nicht einmal halb so hoch wie die Inflationsrate.

Die aktuellen Leistungsanpassungen führen damit zu einer massiven realen Absenkung der Leistungen der Pflegeversicherung. Pflegebedürftige reagieren darauf, indem weniger Pflegeeinsätze nachgefragt werden, was negative Effekte auf die Pflegequalität hat und die Gefahr einer Überforderung pflegender Angehöriger weiter erhöht. Auch hier ist der Gesetzgeber gefragt, angemessene Leistungsanpassungen vorzunehmen.

Kompetenzorientierter Personaleinsatz ohne digitale Unterstützung nicht möglich

Die Digitalisierung beinhaltet auch in der Pflege große Entlastungspotenziale. Gerade ein kompetenzorientierter Personaleinsatz ist ohne digitale Unterstützung gar nicht möglich. Diese Verknüpfung erproben wir im Projekt „Pflege 2030“ in München. Aber auch im Projekt TCALL (Transfercluster akademischer Lehrpflegeeinrichtungen) in Bremen stehen mit dem kompetenzorientierten Personaleinsatz, digitalen Pflegeinnovationen, der Schaffung einer dezentralen Lerninfrastruktur und der Etablierung evidenzbasierter Pflege im Prinzip die gleichen Themen im Vordergrund. Durch die Projektförderung ist hierbei jeweils mehr möglich als im „normalen“ Alltag. Die Ergebnisse werden wir aber so aufbereiten, dass alle Pflegeeinrichtungen davon profitieren können.

Bei der Digitalisierung zeigt sich bereits jetzt, dass Pflegeeinrichtungen Mittel zum Unterhalt digitaler Pflegeinnovationen benötigen. Die bisheriger öffentliche Projektförderung, die in der Regel nur die Anschaffung neuer Technologien ermöglicht, reicht hier nicht aus. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass die Politik Einrichtungen ein Budget zur Verfügung stellt, mit dem diese digitale Technologien anschaffen, aber auch unterhalten können.

Wir verweisen auch auf das Interview mit Prof. Rothgang auf Seite 34 ff. in dieser Ausgabe.

Altenhilfebarometer 2023

Finanzielle Herausforderungen und Leistungsunterschiede: Einrichtungen in privater Trägerschaft im Nachteil gegenüber anderen Einrichtungen

Von Jan Grabow, Geschäftsführender Partner, Curacon GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

In einer umfangreichen Befragung hat die Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft Curacon GmbH zum vierten Mal die Stimmung in der Altenhilfe gemessen. Die Ergebnisse der Studie „Altenhilfebarometer 2023“ sind ernüchternd, denn die Sorgen in der Branche sind groß. Insbesondere die Einrichtungen in privater Trägerschaft leiden unter den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Mehr als die Hälfte (52 %) der über 480 befragten Einrichtungen stehen in privater Trägerschaft. Im Vergleich zeigt sich, dass die privaten Einrichtungen deutlich unzufriedener sind als Einrichtungen aus anderen Trägerschaften. Auf einer Skala von -100 (sehr unzufrieden) bis +100 (sehr zufrieden) geben

die Privaten im Durchschnitt einen Wert von -69 an. Andere Trägerschaften sind mit der aktuellen Lage ebenfalls unzufrieden, allerdings liegt der Wert im Durchschnitt bei -52 und ist damit etwas besser als bei den Privaten.

Schwierige Zeiten für Einrichtungen privater Trägerschaften

Im Trägervergleich zeigt sich, dass insbesondere die Einrichtungen in privater Trägerschaft in finanzielle Notlagen geraten. So geben 78,2 % der Einrichtungen in privater Trägerschaft an, dass das Jahresergebnis 2022 schlechter ausgefallen ist als geplant. Bei den Einrichtungen in anderer Trägerschaft sind es 60,3 %. Noch größer ist die Diskrepanz bei der Liquidität. Hier berichten dreiviertel der privaten Einrichtungen

gen von einem schlechteren Ist-Ergebnis. Bei den anderen Einrichtungen sind es 51,7 % und damit 25 Prozentpunkte unter dem Wert der privaten Einrichtungen (vgl. Abb. 1).

Personalmangel und Tariftreuegesetz ursächlich für wirtschaftliche Schief lagen

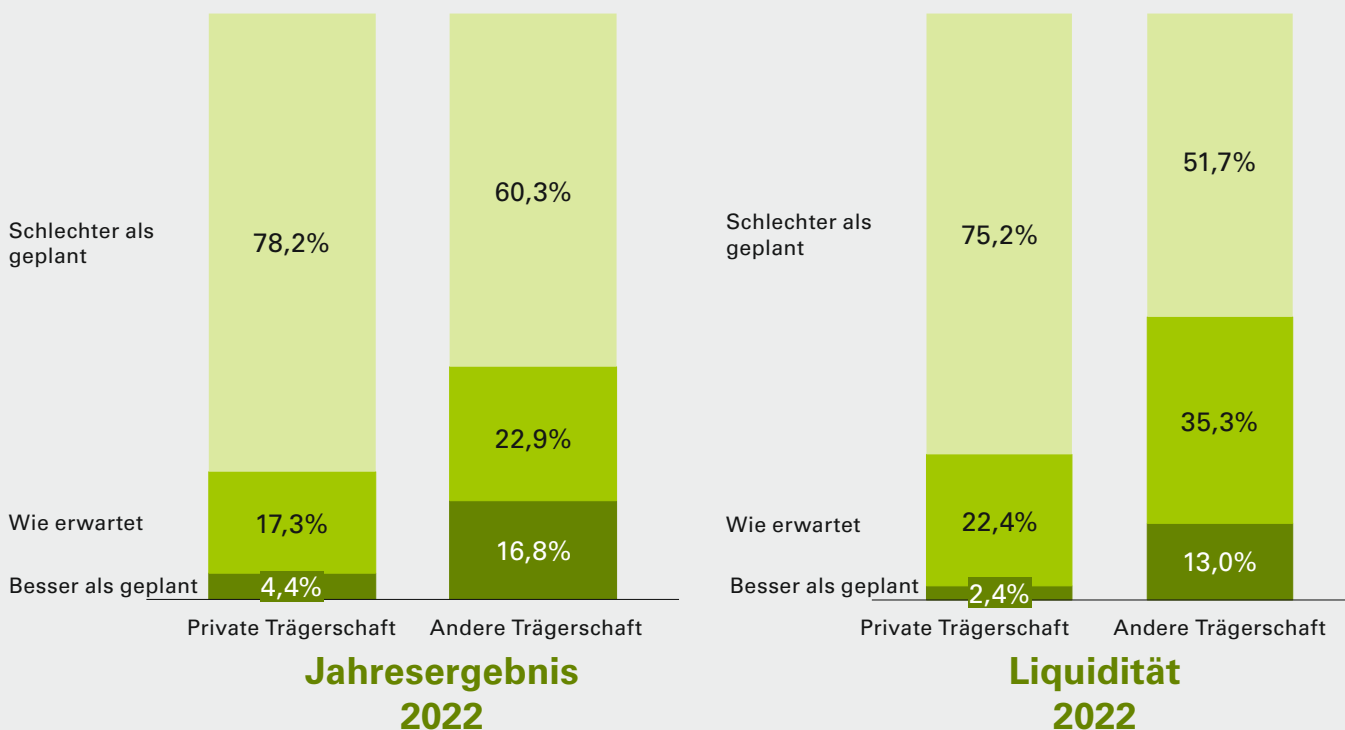
Die Ergebnisse des Altenhilfebarometers bestätigen, dass die Einrichtungen in privater Trägerschaft (53 %) das Thema Personal als ähnlich große Herausforderung ansehen wie Einrichtungen in anderer Trägerschaft (47 %). Mögliche Gründe für die besorgniserregende wirtschaftliche Situation könnten somit die aufgrund des Personalmangels teure Inanspruchnahme von Fremdpersonal oder eine geringere Auslastung sein. Die Auslastung war im Jahr 2022 nach dem Curacon-Datenpool bei den freigemeinnützigen Trägern mit durchschnittlich 96,5 % erheblich höher als im privaten Trägersbereich, wo die Auslastung nicht selten unter 90 % gesunken ist. Sinkende Auslastungen bei gleichzeitig hohen Mietsteigerungen, wenn Wertsicherungsklauseln an die Preisentwicklung gekoppelt sind, belasten erheblich die Ertragslage.

Weiterhin ist sicherlich auch die Verpflichtung „durch die Hintertür“ im Rahmen des Tariftreuegesetzes seit dem 1. September 2022 ein ausschlaggebender Faktor, der dazu führt, dass „Tariflöhne“ gezahlt werden müssen, um den Erhalt von Versorgungsverträgen zu sichern. Für die privaten Träger bedeutete dies einen Kostenanstieg von durchschnittlich 45 % seit Juni 2022, während gemeinnützige und öffentlich rechtliche Träger einen Anstieg von 12 % zu verzeichnen hatten.* Diese steigenden Personalkosten der Pflegeheime können jedoch häufig nicht zeitlich synchron bzw. in voller Höhe über die Pflegesätze abgebildet werden.

Somit ergeben sich für die Pflegebedürftigen früher oder später (deutlich) höhere Kostenbelastungen in den privaten Einrichtungen, was zusätzlich zu einer sinkenden Angebotslage führen kann. Zwar lagen die Einrichtungseinheitlichen Eigenanteile (EEE) der Einrichtungen in privater Trägerschaft im April 2023 im Durchschnitt noch unter denen der Einrichtungen in anderer Trägerschaft, es ist aber durchaus denkbar, dass sich dies demnächst umkehrt.*

Jahresergebnis und Liquidität 2022 im Vergleich (Private vs. Andere) (Angaben in %).

Wie haben sich das Jahresergebnis und die Liquidität entwickelt?



Energie und Bürokratie: Herausforderungen und Einsparpotenziale in der Pflegebranche

Neben dem Thema Personal und Refinanzierung sehen die Einrichtungen insbesondere auch das Thema Energie als größte Herausforderung. Gleichzeitig sehen die Einrichtungen in diesem Bereich aber noch Einsparmöglichkeiten, beispielsweise durch die Reduzierung des Energieverbrauchs oder durch ein funktionierendes Energiemanagement. Darüber hinaus berichten die Einrichtungen, dass die Bürokratie die Einrichtungen oft vor unlösbare Aufgaben stellt. Unterschiedliche Regulierungen auf Bundes- und Länderebene, Dokumentationspflichten sowie die komplexen Abrechnungen von Leistungen mit den Pflegekassen führen dazu, dass private Pflegeeinrichtungen zusätzliche Ressourcen und Zeit für Verwaltungsarbeiten aufwenden müssen. Dies wirkt sich auf die Effizienz, die Qualität der Pflege und letztendlich auch auf die finanzielle Lage der Einrichtungen aus. Eine Optimierung wäre hier durch einen steigenden Digitalisierungsgrad in den Einrichtungen möglich. Aber auch hier stellt sich die Frage: Wie soll ein Ausbau der Digitalisierung refinanziert werden?

Handlungsbedarf besteht auf der Mikro- und der Makroebene

Es zeigt sich demnach, dass auf Seiten der Einrichtungen Handlungsbedarf besteht, die Kostensteigerungen, insbesondere durch die gestiegenen Personalkosten, in den Pflegesatzverhandlungen unter Berücksichtigung eines angemessenen Zuschlags für das Unternehmerrisiko zu refinanzieren. Weitergehende Spielräume zur Kostenoptimierung sind jedoch beschränkt, zumal effizientes Verhalten bei einer kostenbasierten Vergütungssystematik nicht belohnt wird. Aber auch der Gesetzgeber ist gefordert, schnellstmöglich die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass unternehmerisches Handeln auch für Einrichtungen in privater Trägerschaft weiterhin möglich ist. Des Weiteren ist in den Blick zu nehmen, wie im Sinne der Generationengerechtigkeit zunehmende Lasten des Sozialversicherungssystems so verteilt werden, dass eine finanzielle Überforderung sowohl der Pflegebedürftigen als auch der Solidargemeinschaft vermieden werden kann.



Foto: Curacon GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Jan Grabow, Geschäftsführender Partner, Curacon GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Studienergebnisse im Detail

Alle Ergebnisse der Studie sind im Detail in der Studienschrift nachzulesen. Sie kann als Print- oder PDF-Version **kostenlos** unter: <https://www.curacon.de/studien> bestellt werden.



Neue Personalkonzepte – zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Von Pascal Tschörtner

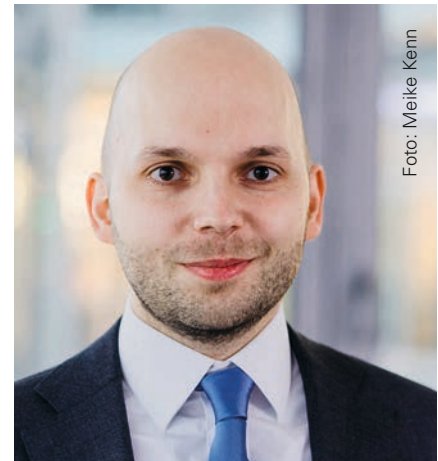
Viele Pflegeheime beschäftigen sich derzeit mit den Chancen und Herausforderungen des neuen Personalbemessungsinstruments (PeBeM). Ein kompetenzbasierter Personaleinsatz soll umgesetzt werden, ohne das Funktionieren des Dienstplans zu gefährden. Erschwert wird die Umsetzung durch das zum Teil noch immer nicht angepasste Ordnungsrecht der Länder und die fehlenden Ausbildungsstrukturen insbesondere bei den mindestens einjährig qualifizierten Pflegeassistentenkräften. Zu den organisatorischen Anforderungen gesellen sich viele weitere Aspekte des Personaleinsatzes: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Senkung von Ausfallquoten durch Prävention und Dienstplansicherheit, die vereinzelt Erprobungen von 4-Tage- oder 35-Stunden-Wochen als neuer Vollzeitarbeit und die veränderte Sicht auf die Arbeit insbesondere jüngerer Beschäftigter beschäftigen jede Leitungskraft. „New Work“ bedeutet aber nicht automatisch das Ende alter Probleme. Vielmehr muss betrachtet werden, wie veränderte Arbeitsprozesse den Pflegeberuf attraktiver machen können, ohne Versorgungsangebote rationieren zu müssen. Zielkonflikte sind dabei vorprogrammiert.

Der Gesetzgeber hat nicht zuletzt auf Druck des bpa mit der jüngsten Pflegereform den Auftrag an die Selbstverwaltung zur Vereinbarung von Personalausfallkonzepten, insbesondere Springerdiensten, gegeben. Diese sollen in den Rahmenverträgen verankert werden. Auch heute schon können sie von jedem Pflegeheim umgesetzt werden, welches bereits die neue gesetzliche maximale Personalausstattung vorhält. Der bpa hat dies als positiven Beitrag zur Personalsicherung begrüßt. Nicht nur können Springerkonzepte dazu beitragen, das

Ausfallmanagement zu stärken, sondern auch die Notwendigkeit von Leiharbeit nachhaltig reduzieren. Aber sind Springer dabei die einzige Lösung? Nein, denn sie ersetzen weder gute Arbeitsbedingungen noch verlässliche Dienstpläne. Sie können aber ein zentrales Element sein, um solche Erfolgsfaktoren zu erreichen.

Gleichwohl ist es angesichts des leer gefegten Arbeitsmarktes offensichtlich, dass eine parallele erhebliche Mehrpersonalisierung für die Umsetzung von PeBeM und der Einführung von Springerdiensten unmöglich ist. Es können nicht flächendeckend in jedem Pflegeheim diverse zusätzliche Stellen besetzt werden, ohne dass dieses Personal an anderer Stelle, insbesondere bei den ambulanten Pflegediensten, fehlt. Die bessere Versorgung in einem Setting darf jedoch nie zu Lasten eines anderen Bereiches gehen. Es braucht daher Gestaltungsmöglichkeiten, die über das bloße Schaffen immer neuer Vakanz hinausgehen.

Entsprechend des Schwerpunktthemas dieser Ausgabe des bpa-Magazins, der Digitalisierung in den Pflegeeinrichtungen, hat die derzeit vieldiskutierte Plattform ChatGPT – ein Chatbot, der mit künstlicher Intelligenz komplexe Sachverhalte darstellen kann – eine Aufstellung verschiedener Möglichkeiten von Springerkonzepten vorgenommen, die als Ausgangspunkt dienen können. Es nannte dabei zehn Kategorien. Diese reichen vom internen Springer-Team über Kooperationen mit anderen Einrichtungen (trägerübergreifend rechtlich derzeit noch herausfordernd) bis hin zum stundenweisen Aktivieren von im Ruhestand befindlichen Pflegekräften. Die Kombination verschiedener Wege wird notwendig sein. Anders als



Pascal Tschörtner,
bpa-Geschäftsführer – Geschäftsbe-
reichsleiter stationäre Versorgung

sich dies teils politisch vorgestellt wird, ist es aber in aller Regel eben nicht möglich, jeden Teilzeitbeschäftigten unproblematisch davon zu überzeugen, ein paar Stunden pro Woche flexibel mehr zu arbeiten.

Dass Chatbots trotz künstlicher Intelligenz noch nicht rundum überzeugende Ergebnisse liefern, offenbart sich darin, dass auch auf das Einbeziehen von Praktikanten, Angehörigen oder Ehrenamtlern abgestellt oder das Nutzen von Freiberuflern empfohlen wird. Wer letztere Wege geht, wird jedoch sowohl mit den leistungs- und ordnungsrechtlichen Anforderungen in Konflikt geraten als auch mit der Rentenversicherung wegen der Beschäftigung von Scheinselbstständigen.

Neben diesen einrichtungsinternen Organisationsfragen muss aber insbesondere bei der Refinanzierung neu gedacht werden. Warum sollten PeBeM und Springer beispielsweise nur nacheinander ermöglicht werden, also erst al-

le Stellen nach Rothgang besetzen und danach die Arbeitsbedingungen verbessern? Viel sinnvoller wäre doch, beides kombinieren zu können, ohne doppelt Personal einstellen zu müssen. Die Absenkung vereinbarter Nettoarbeitszeiten und Nutzung freiwerdender Kapazitäten für das Ausfallmanagement scheinen ein denkbarer Weg. Ob dies die Ideallösung ist, bleibt momentan noch unklar. Die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen müssen ihre Erprobung aber ermöglichen.

Wie können also die vollstationäre Personalbemessung, die Einführung von Springerdiensten und moderne Arbeitskonzepte so umgesetzt werden, dass aus dem Wunsch auch tatsächlich Wirklichkeit wird? Es braucht mehr Flexibilität, mehr Experimentiermöglichkeiten und mehr unternehmerische Freiheit. Nur so können Lösungen gefunden werden, die praxistauglich sind, das Bestandspersonal entlasten und gleichzeitig Versorgungssicherheit gewährleisten.

Fachtagung Eingliederungshilfe: Den Blick nach vorn werfen

Von Pascal Tschörtner

Krisen bestimmen derzeit die Aufmerksamkeit aller. Personalmangel, überbordende Bürokratie und ungenügende Finanzierung führen bereits zu einer Reduzierung der Versorgungskapazitäten. So haben laut einer Befragung der Bank für Sozialwirtschaft bereits mehr als zwei Drittel der Unternehmen der Eingliederungshilfe ihre Angebote reduziert (vgl. bpa-Magazin 2/2023, Seiten 21 ff.). Während diese Rahmenbedingungen die politischen Debatten und das unternehmerische Handeln prägen, soll im Fokus der diesjährigen bpa-Fachtagung für Angebote der Eingliederungshilfe vom 30. November bis 1. Dezember 2023 in Berlin jedoch nicht das Resignieren, sondern der entschlossene Blick nach vorn stehen.

Gerade die privaten Anbieter erkennen Möglichkeiten, wo andere bloß Risiken sehen. Dieses Handeln wollen wir mit spannenden Vorträgen und Debatten unterstützen. Dabei soll es nicht nur einen Ausblick auf neue Entwicklungen und Konzepte geben, sondern auch konkrete Erkenntnisse für die eigene Arbeit und das eigene Unternehmen. Die Inhalte unserer Tagung richten sich an alle Versorgungsangebote, vom Assistenzdienst über ambulant betreutes Wohnen und tagesstrukturierende Angebote bis hin zur besonderen Wohnform. Im

Koalitionsvertrag der Bundesregierung wurde vereinbart, das Bundesteilhabegesetz auf allen staatlichen Ebenen und von allen Leistungserbringern zügig umzusetzen, Übergangslösungen zu beenden und bürokratische Hemmnisse abzubauen. Wie dies besser als bisher gelingen kann und vor allem wie die Eingliederungshilfe der Zukunft aus politischer Sicht aussehen soll, werden wir mit den teilhabepolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen diskutieren. Wir freuen uns, dass hierzu Mehmet Takis Ali (SPD), Wilfried Oellers (CDU/CSU) sowie Jens Beeck (FDP) zugesagt haben.

Debatten über die künftige Ausgestaltung der Eingliederungshilfe lassen sich nicht ohne die Kostenträger führen. Mit Dirk Lewandrowski können wir den Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe (BA-GüS) auf unserer Fachtagung begrüßen. Er wird mit uns die Vorstellungen der BA-GüS zu den künftigen Aufgaben und Anforderungen teilen und debattieren.

Neben diesen politischen und Grundsatzfragen sollen auch konkrete Handlungs- und Praxisempfehlungen nicht zu kurz kommen. Welche aktuellen Möglichkeiten es im Bereich der Vergütungsverhandlungen gibt, wird uns Christiane Hasenberg, Partnerin bei der Beratungsgesellschaft Curacon, aufzeigen – von aktuellen Schiedsstellenentscheidungen bis hin zu individuellen Maßnahmen, die jedes Unternehmen für sich umsetzen kann.

Die Herausforderung der Personalsicherung wird selbstverständlich auch eine bedeutende Rolle spielen. Hierzu gehört nicht zuletzt der Blick, wie durch Nachhaltigkeit die eigene Attraktivität als Arbeitgeber gesteigert werden kann. Darüber hinaus sollen auch Best-Practice-Beispiele veranschaulichen, welche konkreten Schritte im Personalbereich nun ergriffen werden können.

Mit diesen und weiteren Themen ist für ein abwechslungsreiches Programm gesorgt.

Ihre personalisierte Einladung mit einem Link zur Anmeldeseite haben Sie bereits per E-Mail erhalten. Sollten Sie noch keine Einladung erhalten haben, können Sie sich gerne formlos an uns wenden (arnhold@bpa.de).

Fakt ist: Es werden weniger!

Nicht über Ausbildungszahlen diskutieren, sondern wirksam etwas tun

Von Norbert Grote

Es kam, wie erwartet. Nicht nur, dass die Zahlen der Auszubildenden in der Pflege drastisch gesunken sind. Sondern auch, dass interessengelenkt dieser Rückgang erst beschwiegen, dann bestritten und dann durch Scheindiskussionen über freie Ausbildungsplätze aus der Wahrnehmung gedrängt wurde.

Deshalb noch einmal zu den reinen Fakten: Die Zahl der Auszubildenden in der Pflege ist innerhalb eines Jahres um sieben Prozent gesunken. Unterstellt man wachsende Kapazitäten in den Kliniken dürfte der Rückgang in der Langzeitpflege noch deutlicher ausfallen.

Unser Präsident Bernd Meurer nannte diese Zahlen richtigerweise ein Drama für Pflegeeinrichtungen, vor allem aber für Pflegebedürftige, deren Versorgung immer weniger gesichert ist.

Die Gründe für diese dramatische Entwicklung liegen auf der Hand: Die Langzeitpflege ist die Verliererin der Generallistik, während die Akutversorger damals mit einem besseren Lehrer-Schüler-Verhältnis und einer leistungsfähigeren Finanzierung in die neue Konkurrenzsituation gestartet sind. Die Pflegeeinrichtungen leiden seitdem unter hohen bürokratischen Hürden und massiven Schwierigkeiten bei der Suche nach Partnern für die notwendigen Kooperationen zur Absicherung der Pflichteinsätze in den unterschiedlichen Versorgungsbereichen – rund 1.000 auszubildende Krankenhäuser können nicht mit etwa 30.000 auszubildenden Pflegeeinrichtungen kooperieren.

Es ist aber nicht damit getan, auf vermeintlich überzählige Schulplätze zu verweisen und damit zu suggerieren, die Strukturen seien ausreichend und



Foto: Meike Kern

Norbert Grote, bpa-Hauptgeschäftsführer

die Nachfrage einfach zu gering. Man muss schon genauer hinsehen: Wenn Schulplätze leer bleiben, gibt es dort, wo sie angeboten werden, eventuell tatsächlich keine Nachfrage. Wer aber die Forschungsergebnisse des Deutschen Instituts für angewandte Pflegewissenschaften kennt, der weiß, dass am Pflegeberuf interessierte Personen im Umkreis von etwa 25 km suchen und in der Regel sehr ortsverbunden sind. Ausbildungsangebote und Schulplätze müssen also flächendeckend zur Verfügung stehen, damit Ausbildungsinteressierte wohnortnah Möglichkeiten finden. Neue Schulstandorte sind in den vergangenen Jahren allerdings kaum entstanden, weil das Pflegeberufegesetz den notwendigen Infrastrukturausbau eher behindert als befeuert. Zudem bleiben Plätze in den Pflegeschulen oftmals frei, weil Pflegepädagoginnen und -pädagogen fehlen.

Wenn heute beispielsweise ambulante Pflegedienste um 12 Prozent weniger ausbilden als noch im Vorjahr und damit zum Hauptverlierer des Pflegeberufgesetzes werden, dann sollte dies die politisch Verantwortlichen beschäftigen.

Ansatzpunkte für dringend notwendige Veränderungen gibt es:

- Eine Verbesserung der Kenntnisse der Agentur für Arbeit, im Rahmen der Ausbildungs- und Berufsberatung, über die Ausbildung zum Pflegefachmann und zur Pflegefachfrau und insbesondere auch die Pflegeassistentenausbildung (QN3)
- Eine bessere Aufklärung und Information über die Möglichkeiten der Pflegeassistentenausbildung als niederschweligen Einstieg in die Langzeitpflege

- Die Anpassung des Lehrer-Schüler-Verhältnisses auf 1:25 zur Schaffung eines klaren Rahmens und einer umfassenden Planungsperspektive (mindestens bis zum Jahr 2029)
- Die vollständige Finanzierung der Investitionskosten für Pflegeschulen in freier Trägerschaft in allen Bundesländern
- Ein Abbau der unverhältnismäßig aufwändigen notwendigen Kooperationen im Rahmen der Ausbildung und eine Verpflichtung der Krankenhäuser, Kooperationen auch mit nicht verbundenen Pflegeeinrichtungen einzugehen, um die notwendigen Vertiefungseinsätze zu gewährleisten
- Die Schaffung einer rechtlichen Grundlage zur vollständigen Digitalisierung der Qualifikation bzw. Weiterbildung zur Praxisanleitung in Videoprä-

senzlehre, weil personelle Kapazitäten für eine Freistellung zur Teilnahme vor Ort immer knapper werden

- Eine systematische Erfassung des Bestands und des schon heute absehbaren Bedarfs an Pflegepädagogen in allen Bundesländern
- Die Errichtung neuer und die Erweiterung bestehender Studienangebote, inkl. berufsbegleitender Möglichkeiten sowie Programme für Quereinsteiger mit Praxiserfahrungen oder Absolventen mit Studienabschlüssen aus dem Pflege-, Medizin- und Gesundheitsbereich – also eine Einbeziehung der Bezugswissenschaften statt der heutigen Engführung des Pflegeberufgesetzes auf die Pflegepädagogik

Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen können ihre Ausbildungs-

plätze inzwischen deutlich schlechter belegen, als die Krankenhäuser – eine bedenkliche Situation, nachdem die Einrichtungen der Langzeitpflege noch vor wenigen Jahren mit dem Altenpflegeberuf der Treiber des Ausbaus der Ausbildungskapazitäten waren. Es zeigt sich zunehmend, dass es nicht mehr gelingt, entsprechend große Bewerberpotenziale wie in der Vergangenheit zu heben, da eben keine auf die Langzeitpflege zugeschnittene Ausbildung mehr existiert und entsprechende Alternativen fehlen. Dass sich Ausbildungsinteressierte offensichtlich von den Berufen der Langzeitpflege abwenden, ist – um es erneut zu betonen – dramatisch. Politikerinnen und Politiker, die ihre Aufgabe ernst nehmen, müssen das erkennen und endlich handeln!

Anzeige

100

Jahre

Gemeinsam
sozial wirksam

**Bank
für Sozialwirtschaft**

1923 von der Freien Wohlfahrtspflege gegründet, blicken wir 2023 als führende Fachbank für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft optimistisch auf das nächste Jahrhundert. Mit innovativen Dienstleistungen und bedarfsgerechten Angeboten werden wir auch in Zukunft gemeinsam mit Ihnen nachhaltig sozialen Nutzen stiften. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

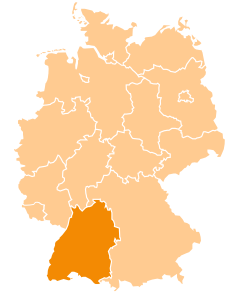
Unsere Gründungsgesellschafter aus der Freien Wohlfahrtspflege

www.gemeinsam-sozial-wirksam.de

www.sozialbank.de

Landesgruppe Baden-Württemberg

TruDi kommt – Truck der Digitalisierung hat bei ambulanter Mitgliedseinrichtung in Böhmenkirch und Kuchen Station gemacht



Bei einem Workshop der „Mobile Hilfe GmbH“, bpa-Mitglied in Kuchen, hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, sich im Truck der Digitalisierung (TruDi) über neue Entwicklungen und digitale Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren und diese auch konkret auszuprobieren.

TruDi ist Teil des Projekts „pulsnetz.de – Mensch und Technik im Gemeinwesen“, das sich zum Ziel gesetzt hat, Digitalisierung im Gesundheits- und Sozialwesen voranzubringen. Die Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste sollen durch Beratungen befähigt werden, eigene Digitalisierungsvorgaben zu konzipieren und umzusetzen. TruDi soll Mitarbeitende und Führungskräfte unterstützen, digitale Kompetenzen aufzubauen. Dazu können viele verschiedene digitale und technische Anwendungsmöglichkeiten vor Ort in dem Truck ausprobiert werden.

Die Teilnehmenden der Mobile Hilfe waren erstaunt, wie viele Neuerungen es gibt und so wurde intensiv über die Einsatzmöglichkeiten, insbesondere aber auch über die Entlastungspotenziale, die solche Anwendungen mit sich bringen können, diskutiert. „Bei der Tourenplanung bringt mir das schon enorm viel Zeitersparnis“, sagte Marco Bausch, stellv. Pflegedienstleitung der Mobile Hilfe GmbH, der eine KI-basierte Anwendung zur Tourenplanung ausprobierte. „Das Programm ist viel schneller als ich und hat den besseren Rund-um-Blick, da es wirklich alles bei der Berechnung berücksichtigt“.

Einig waren sich alle Akteure, dass eine Digitalisierung der Pflege erst dann richtig erfolgreich sein wird, wenn auch die Kranken- und Pflegekassen selbst digital besser aufgestellt sind. „Was bringt uns die ganze Digitalisierung, wenn wir am Ende für die Krankenkassen alles in Papierform ausdrucken müssen“, so Günter Berier, einer der beiden Geschäftsführer der Mobile Hilfe GmbH für Häusliche Kranken-, Alten- und Behindertenbetreuung. Auch die Schnittstellen zwischen den einzelnen Programmen und Anwendungen müssen sich deutlich verbessern, um alle Vorteile der Digitalisierung nutzen zu können. Viele kleinere Single-Use-Lösungen ohne Anbindung an die bestehenden Prozesse, Arbeitsabläufe und EDV-Programme werden vermutlich keine Akzeptanz in der Pflege finden. pdb



Fotos: Pia Donnert-Brehm

Im Truck der Digitalisierung gab es jede Menge zu entdecken.



Marco Bausch, stellvertretende Pflegedienstleitung bei der Mobile Hilfe in Kuchen, probierte verschiedene digitale Anwendungen aus.

Günter Berier, Geschäftsführer der Mobile Hilfe und Mitglied des bpa-Landesvorstands, testet eine VR-Brille (VR = virtual reality/ virtuelle Realität).



Landesgruppe Baden-Württemberg

Überholspur für Pflegekräfte

Erfolgreiche Fachtagung zum Thema Personal



Prof. Michael Isfort mit Ausführungen zu seiner Studie „Monitoring Pflegepersonal BW“

Wie kann es den Pflegediensten und -einrichtungen in Baden-Württemberg gelingen, ausreichend motiviertes und qualifiziertes Personal zu finden, um den sich deutlich abzeichnenden Versorgungsengpässen zu begegnen? „Personal“ war das große Thema der Fachtagung, zu der die bpa-Landesgruppe Baden-Württemberg Ende Juni nach Leinfelden-Echterdingen eingeladen hatte.

Der bpa-Landesgruppenvorsitzende Rainer Wiesner begrüßte deutlich über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Filderhalle, die sich alle sichtlich über den Austausch in Präsenz sowie das Wiedersehen mit Kolleginnen und Kollegen freuten. Wiesner stellte die derzeitig äußerst schwierige Situation der Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste dar und betonte den Ernst der Lage: „Die Träger sind mit bürokratischen Anforderungen überlastet und werden bei Refinanzierungen häufig allein gelassen – wenn wir so weiter machen wie bisher, werden wir das System gegen die Wand fahren.“ „Eine ehrliche Bestandsaufnahme“ – mit diesen Worten begann Prof. Michael Is-

fort von der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen seinen Vortrag. Er präsentierte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die zentralen Ergebnisse des „Monitoring Pflegepersonal Baden-Württemberg 2022“ – eine groß angelegte Studie über die Versorgungs- und Beschäftigungssituation in der Pflege in Baden-Württemberg. Die Studie zeigte zum Teil erhebliche regionale Unterschiede innerhalb Baden-Württembergs und verdeutlichte die Notwendigkeit einer detaillierten Betrachtung auf Kreisebene. Prof. Isfort warnte vor negativen Narrativen und warb für eine positivere Sichtweise: „Es gab während der Corona-Pandemie kein verstärktes Ausscheiden aus dem Pflegeberuf. Pflegekräfte sind berufstreu, sie sind sektorentreu und sie sind ortstreu – wir müssen das auch positiv hervorheben.“

Dr. Tobias Schneider, Abteilungsleiter im Sozialministerium, betonte in seinem Beitrag die Bedeutung der Ausbildung. Er stellte die aktuellen Pläne des Landes zur weiteren Umsetzung der generalistischen Ausbildung sowie zur Neuordnung der Pflegehilfesausbildung vor. „Wir möchten die Rahmenbedingungen der Pflegeausbildung so flexibel wie möglich gestalten. Die Teilzeitausbildung und der integrierte Spracherwerb für Auszubildende aus dem Ausland seien der Landesregierung dabei besondere Anliegen, so Dr. Schneider. Er dankte allen Ausbildungsbetrieben für ihr Engagement und versprach, ihre Belange zu berücksichtigen.

Einen wichtigen Baustein bei der Personalgewinnung stellen Pflegekräfte aus dem Ausland dar. Robert Mittelstädt, Anwalt und Anerkennungsexperte für Pflegeberufe, schilderte die Möglichkeiten zur Rekrutierung sehr praxisnah und

ging auch auf das inzwischen vom Bundestag verabschiedete Fachkräfteeinwanderungsgesetz ein.

Die (gewonnenen) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch im Unternehmen zu halten – mit diesem Aspekt befasste sich die stellvertretende bpa-Landesvorsitzende Nicole Schliz in ihrem Beitrag. Unter dem Stichwort „Positive Leadership“ zeigte sie die Bedeutung der Personalführung und die Chancen für die Inhaber und Führungskräfte auf. „Machen wir den Unterschied und schaffen Gründe, dass Menschen gerne bei uns arbeiten“, empfahl die Pflegedienstinhaberin und warb für eine Haltung, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermutigt und zu eigenem Handeln ermächtigt.



Fotos: Sven Schumacher

Die bpa-Mitarbeiterinnen Katia Di Natale und Pia Donnert-Brehm hatten alles vorbereitet und freuten sich auf die Gäste

bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote bewertete in seinem Vortrag die auf Bundesebene beschlossene Pflegereform (PUEG) als völlig unzureichend: „Ein Fassadenanstrich, während das Gebäude Pflegeversicherung wackelt“. Grote präsentierte verschiedene Stellschrauben für eine Verbesserung der pflegerischen Infrastruktur und erklärte die Forderungen und Positionen des bpa. Für

die ambulante Versorgung verdeutlichte er die Zusammenhänge zwischen den zugelassenen Pflegediensten und den pflegenden Angehörigen. Er appellierte an die Politik, die professionellen Strukturen und Angebote zu stärken – auch um die pflegenden Angehörigen nicht weiter zu belasten. „Wenn die pflegenden Angehörigen wegbrechen, ist das sozialpolitisch, gesellschaftspolitisch und volkswirtschaftlich eine Katastrophe für Deutschland“, so Grote.

Norbert Grote ging auch auf die Umsetzung des neuen Personalbemessungssystems in der vollstationären Pflege ein. Kritisch bewertete er die zwischenzeitlichen Pläne der Landesregierung, die wissenschaftlich definierte Höchstgrenze für Fachkräfte in § 113c SGB XI als ordnungsrechtliche Mindestgrenze in der Landespersonalverordnung festzuschreiben.

Dieser Regelungsansatz hätte direkte Auswirkungen auf die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung im Land gehabt, betonte Grote und verwies auf eine Umfrage des bpa und der anderen Leistungserbringerverbände, wonach rund ein Drittel der Pflegeheime in Baden-Württemberg die geplanten Personalvorgaben nicht erfüllen könnten. Ein spürbarer Abbau von Pflegeplätzen und



Fotos: Sven Schumacher

Podiumsdiskussion mit (von links): bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote, Prof. Andreas Büscher, Moderator Christian Stadali, stellv. Landesvorsitzende Nicole Schliz, Prof. Michael Isfort und Dr. Tobias Schneider, Abteilungsleiter im Sozialministerium

damit eine Rationierung der Versorgung wären die Folgen gewesen, warnte der bpa-Hauptgeschäftsführer. Nach massivem Druck auch durch den bpa ist das Land von diesen Plänen inzwischen abgerückt.

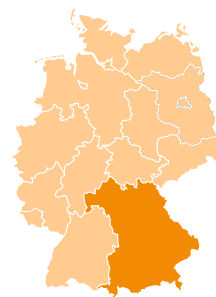
„Personalbemessung oder Personalgewinnung in der ambulanten Pflege?“ – mit dieser Frage beschäftigte sich Prof. Andreas Büscher von der Hochschule Osnabrück. Im Unterschied zum vollstationären Bereich gibt es für die ambulante Pflege auch in der internationalen Pflegewissenschaft kein Personalbemessungsverfahren. Prof. Büscher gab einen

umfassenden Einblick in seine aktuellen Forschungen und empfahl den Partnern der Selbstverwaltung, die leistungsrechtlichen Rahmenbedingungen immer wieder zu evaluieren.

Eine Podiumsdiskussion mit der Referentin und den Referenten bildete den Schlusspunkt der von Christian Stadali moderierten Veranstaltung. Rainer Wiesner sowie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer zogen ein positives Fazit: „Eine gelungene Veranstaltung mit einem roten Faden und wertvollen Impulsen für die tägliche Arbeit – es hat sich gelohnt.“
bd

Landesgruppe Bayern

Fachkräfteeinwanderung in die Langzeitpflege – Bayern setzt auf beschleunigte Verfahren und die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Ausland



An der Fachkräfteeinwanderung sind in der Regel viele unterschiedliche Stellen beteiligt. Neben den Auslandsvertretungen sind dies die Ausländerbehörden, die Bundesagentur für Arbeit sowie weitere Stellen für die Anerkennung beruflicher Qualifikationen. Durch eine engere Zusammenarbeit im In- und Ausland sowie ein beschleunigtes Anerkennungsverfahren in der

Pflege erwartet sich die Bayerische Staatsregierung verstärkt qualifizierte Zuwanderung. Die neue „Fast Lane“ für Pflegeberufe in Bayern startete am 1. Juli 2023. Im gleichen Monat eröffnete die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft ein Verbindungsbüro in Tirana. Und der Freistaat Bayern gründete mit Albanien erstmals eine gemeinsame Regierungskommission.

Am 17. Juli 2023 hat der bpa Bayerns Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales, Melanie Huml, auf der Bayerischen Wirtschaftsnacht der vbw getroffen und mit ihr die Perspektiven für die Pflege erörtert.

Beschleunigungsmaßnahmen im Bereich des aufenthaltsrechtlichen Verfahrens und der berufsrechtlichen Anerkennung erfolgreich

Schon seit 2020 ist die Zentrale Stelle für die Einwanderung von Fachkräften (ZSEF) in Nürnberg angesiedelt und nunmehr auch als Ausländerbehörde bayernweit zuständig für die Durchführung des beschleunigten Fachkräfteverfahrens. Die ZSEF ist zentraler Ansprechpartner und führt Erstberatungen für Arbeitgeber durch, leitet die für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen erforderlichen Verfahren ein und sorgt für die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit im aufenthaltsrechtlichen Verfahren.

Eine wichtige Neuerung stellt jedoch die Zentralisierung des Anerkennungsverfahrens für Pflegefachkräfte beim Landesamt für Pflege (LfP) in Amberg dar. Damit wurden mit Wirkung zum 1. Juli 2023 die Grundlagen für ein bayernweit einheitliches, digitalisiertes und zügiges Verfahren geschaffen. Bisher waren hierfür die sieben Bezirksregierungen zuständig, was bedingt durch einen höchst unterschiedlichen Verwaltungsvollzug erhebliche Nachteile für die Pflegekräfte und die Pflegeeinrichtungen mit sich brachte.

Insgesamt sind im ersten Monat der Zuständigkeit knapp 300 Anträge beim LfP eingegangen. Die Anträge stammen von Pflegekräften aus Ländern wie Bosnien und Herzegowina, Indonesien, Philippinen und Ungarn. Die Bilanz nach dem ersten Monat ist sehr positiv. Bereits über 50 Pflegekräfte aus dem Ausland mussten zu diesem Zeitpunkt nur noch letzte Unterlagen einreichen oder eine Anpassungsmaßnahme absolvieren, wenn noch vorhandene Unterschiede zur deutschen Ausbildung auszugleichen waren.



Sprachen über Perspektiven für die Pflege: Staatsministerin Melanie Huml mit Kai Kasri, bpa-Landesvorsitzender in Bayern und Mitglied des bpa-Präsidiums, sowie Joachim Görtz, Leiter der bpa-Landesgeschäftsstelle Bayern

Initiativen der Wirtschaft und Bayerischen Staatsregierung gutes Vorbild

Wie aber werden die veränderten und verschlankten Zuständigkeiten so miteinander verzahnt, dass man tatsächlich von einer „Fast Lane“ sprechen kann? Seit Jahren setzt sich der bpa für eine Beschleunigung der Aufenthalts- und Anerkennungsverfahren ein sowie für gesicherte Anwerbe- und Qualifizierungsstrukturen, die in den Herkunftsländern und über Vermittlungsabsprachen aufgebaut werden müssen, sogenannte „One-Stop-Anlaufstellen“. Einen zentralen Baustein stellt deshalb die Initiative des Freistaats dar, eigene Anwerbezentren auf dem Balkan errichten zu wollen. Zunächst wurde die Zusammenarbeit zwischen Bayern und Albanien formalisiert und eine gemeinsame Regierungskommission gegründet.

Geht es nach dem Vorbild der gemeinsamen Regierungskommission mit Rumänien, dient auch diese Kommission vorrangig der fachlichen Zusammenarbeit zwischen den Ministerien und den nachgeordneten staatlichen Einrichtungen beider Seiten, etwa in den Bereichen Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft oder

auch im Bereich Gesundheit und Pflege. Die Initiative der vbw, ein eigenes Büro in der albanischen Hauptstadt Tirana zu unterhalten, kann dabei nur hilfreich sein.

Bei der Eröffnung am 12. Juli 2023 im Beisein von Bayerns Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales, Melanie Huml, wies vbw-Präsident Wolfram Hatz darauf hin, dass die Arbeit des Büros auf drei Säulen basiere: Die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Bayern und Albanien, die berufliche Bildung und Weiterbildung sowie verbunden mit der dritten Säule, albanischen Fach- und Arbeitskräften Beschäftigungsperspektiven in Bayern aufzuzeigen.

Perspektiven für die Pflege erörtert

Am 17. Juli 2023 hat der bpa die Ministerin auf der Bayerischen Wirtschaftsnacht der vbw getroffen und mit ihr die Perspektiven für die Pflege erörtert. Nach Auffassung des bpa könnten Einreisewillige sowohl die deutsche Sprache als auch Grundlagen des deutschen Pflegewesens in den Herkunftsländern wie Albanien erlernen und darüber hinaus auch auf das Alltagsleben in Deutschland vorbereitet werden. Denkbar ist zudem eine intensivierte Zusammenarbeit mit den Schulen zur Ausbildung nach deutschem Recht. Dafür zeigte sich Ministerin Huml offen und bot an, im Gespräch zu bleiben.

Für die Pflege wird nun ein Prozess aufzusetzen sein, der den Aufgaben des Büros in Tirana entspricht, aufeinander abgestimmt mit den Beschleunigungsmaßnahmen im Bereich der aufenthaltsrechtlichen Verfahren und der Anerkennung im Inland. Das A und O für den Erfolg der Fachkräftezuwanderung stellen verlässliche Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen dar. Das scheint mit den Initiativen in Bayern der Fall zu sein und könnte ein Vorbild für weitere Anwerbezentren in möglichst vielen Herkunftsländern sein. jg

Landesgruppe Bayern

Mitgliederversammlung und Fachtag – Verbesserungen bei der Gewinnung von ausländischen Pflegekräften als zentrales Thema

Die Mitgliederversammlung der bpa-Landesgruppe Bayern fand am 29. und 30. Juni 2023 in Sonthofen statt. Der Einladung in den Ort im Oberallgäu waren mehr als 100 Mitglieder gefolgt. Während am ersten Tag die Vorstandswahlen im Vordergrund standen, rückten am zweiten Tag bei der Fachtagung die anstehenden Verbesserungen bei der Gewinnung von ausländischen Fachkräften in den Mittelpunkt des Interesses.

Bei ihrer Ankunft in Sonthofen hatten die Mitglieder zunächst die Möglichkeit, sich mit den Vorstandsmitgliedern über die jeweiligen Fachgebiete (ambulant, stationär, teilstationär, Eingliederungshilfe, außerklinische Intensivpflege, alternative Wohnformen) auszutauschen und machten von diesem Angebot rege Gebrauch. Anschließend gaben der Vorsitzende der bpa-Landesgruppe und bpa-Präsidiumsmitglied Kai Kasri und der Leiter der Landesgeschäftsstelle Joachim Görtz den Mitgliedern in ihrem Tätigkeitsbericht einen Überblick über die umfassenden Aktivitäten der bpa-Landesgruppe in den vergangenen zwei Jahren.

bpa-Landesgruppe hat jetzt über 1.600 Mitglieder

Es konnten zahlreiche neue Mitglieder gewonnen werden, denn der bpa wuchs im Berichtszeitraum zweistellig und vertritt mittlerweile mehr als 1.600 Einrichtungen im Freistaat. Darauf folgte als Redner Norbert Grote, der als Hauptgeschäftsführer des bpa die Mitglieder insbesondere über die neuesten bundespolitischen Entwicklungen informierte. Dabei kritisierte er insbesondere die unzureichende Anhebung der Sachleistungshöchstbeträge im Rahmen der jüngsten Pflegereform (PUEG).



Fotos: Stefan Hahnemann

Der neu gewählte Vorstand (von links): Thomas Pape (stellv. Vorsitzender SGB VII), Fabian Franke, Kai Kasri (Vorsitzender), Thomas Hauptenthal, Peter Haile (stellv. Vorsitzender stationär), Bettina Plettl (stellv. Vorsitzende ambulant), Helmut Schneiderat, Sabine Helmer, Hermann Gstöttner, Monika Nirschl, Christoph Fischereeder, Abdul Kadir Örs, Stefan Hille

Viel Kontinuität: Ehrungen für Gisela Zöller und Stefan Mayer und ein neuer Vorstand

Bei den Vorstandswahlen wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder mit jeweils großer Mehrheit von den Mitgliedern in ihren Ämtern bestätigt. Der ebenfalls wiedergewählte Vorsitzende Kai Kasri bedankte sich im Anschluss bei zwei ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für ihr langjähriges und erfolgreiches Engagement im Vorstand: Gisela Zöller bekam für ihre Verdienste die bpa-Ehrennadel in Silber überreicht. Sie war seit 2000 Mitglied des Vorstandes der Landesgruppe, 2002 wurde sie erstmals zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Bis 2014 hatte sie dieses Amt inne und wurde seitdem durch die Mitglieder regelmäßig als Beisitzerin im Vorstand bestätigt. Daneben hat sie Bayern auch im Gesamtvorstand von 2002



Fotos: Stefan Hahnemann

Kai Kasri überreichte Gisela Zöller die bpa-Ehrennadel in Silber



Joachim Görtz, Leiter der Landesgeschäftsstelle Bayern, und Kai Kasri, bpa-Landesvorsitzender und bpa-Präsidiumsmitglied, stellten den Tätigkeitsbericht vor

bis 2014 als stellvertretende Landesvorsitzende vertreten.

Ein ebenso großer Dank gilt Stefan Mayer. Er wurde im Jahr 2006 neu in den Landesvorstand des bpa gewählt und übernahm darüber hinaus vor einigen Jahren auch das Amt des stellvertretenden Landesvorsitzenden für den stationären Bereich sowie die Vertretung des bpa in der Bezirksgruppe Oberbayern der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw).

Zudem wurden zahlreiche Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft im bpa geehrt. Abgerundet wurde der erste Tag mit einer gemeinsamen Wanderung zur Sonnenkopfalmhütte. Hier konnten die Mitglieder bei zahlreichen kulinarischen Köstlichkeiten die Möglichkeit nutzen, weitere Kontakte zu anderen Kolleginnen und Kollegen zu knüpfen.

Staatsminister Holetschek verspricht Engagement beim Bürokratieabbau

Zu Beginn des zweiten Tages zeigte sich der Vorsitzende Kai Kasri zuversichtlich, dass sich die Situation für die Einrichtungsträger wieder bessern werde. Er trete die neue Amtsperiode trotz der für viele Einrichtungen sicherlich nicht einfachen Situation mit großer Zuversicht an und versprach den Mitgliedern, dass er die Interessen der privaten Pflege vehement vertreten werde.



Staatsminister Klaus Holetschek in der Diskussion mit den Mitgliedern

Daraufhin hielt der Bayerische Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek sein Grußwort und legte sofort den Finger in die Wunde, indem er die überbordende Bürokratie in der Pflege kritisierte. Im anschließenden Austausch mit den Mitgliedern zeigte sich eindrucksvoll, dass diese Einschätzung absolut zutreffend ist. Der Staatsminister sicherte den Mitgliedern jegliche nur erdenkliche Unterstützung zu, um ihre Arbeit zu erleichtern. Dabei stellte er auch in Aussicht, sich in einer Einrichtung ein Bild von den täglichen Problemen in der Praxis zu machen.

Bürokratieabbau durch die „Fast Lane“ bei der Anerkennung von ausländischen Pflegekräften

Der folgende Fachtag stand unter dem Motto „Wirtschaftlichkeit und Fachkräftesicherung in Einrichtungen der Pflege und für Menschen mit Behinderung“. Hierzu referierten Vertreter der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, des Bayerischen Landesamtes für Pflege, der Zentralen Stelle für Einwanderung von Fachkräften des Freistaats Bayern und der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit.

Hier zeigte sich ganz aktuell, wie die Bürokratie durch die Zentralisierung der Anerkennung von ausländischen Pflegekräften in Bayern abgebaut werden kann. Mit der Schaffung einer zentralen Stelle sollen parallel drei Ziele verfolgt werden:



Von links: bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote, Dr. Sven Halldorn, bpa AGV-Geschäftsführer des bpa-Arbeitgeberverbandes und Gisela Zöller

Die Beschleunigung, die Harmonisierung und die Digitalisierung des entsprechenden Verfahrens. Mit der neuen „Fast Lane“ für Pflegefachberufe wird zudem das Zusammenspiel zwischen der Zentralen Stelle für die Einwanderung von Fachkräften (ZSEF) und der Koordinierungs- und Beratungsstelle Berufsanerkennung (KuBB) optimiert. Konkret bedeutet das für die Alten- und Pflegeheime sowie die Kliniken, dass sie in Zukunft im Rahmen des beschleunigten Verfahrens nur noch einen Ansprechpartner sowohl für die aufenthaltsrechtliche Prüfung als auch im Rahmen des Anerkennungsverfahrens haben, nämlich die ZSEF.

Vorgeschaltet gibt es mit der KuBB eine Stelle, die die Arbeitgeber in allen Fragen des Verfahrens berät. Mit der Zentralisierung der Anerkennungsverfahren beim LfP erhalten die Arbeitgeber darüber hinaus die Sicherheit, dass für jedes Herkunftsland einheitliche Entscheidungen ergehen. Das erleichtert ihnen die Planung. Noch in der Fachtagung bot der bpa den Akteuren an, gemeinsam das Einwanderungsverfahren und die Anerkennung an einem konkreten Beispiel zu erproben und fand dafür breite Zustimmung.

Mit einem gemeinsamen Mittagessen ging eine rundum gelungene Veranstaltung nach zwei Tagen zu Ende. sha

Landesgruppe Bayern

Wohnraum für Pflegekräfte und Fachkräfteeinwanderung



Von links: Bernhard Seidenath, Vorsitzender des Landtagsausschusses Gesundheit und Pflege in Bayern, Kai Kasri, bpa-Landesvorsitzender und Präsidiumsmitglied des bpa, sowie Joachim Görtz, Leiter der bpa-Landesgeschäftsstelle Bayern

Wie man das Thema auch bespricht: Es braucht nicht nur mehr Pflegekräfte, sondern auch mehr verfügbaren Wohnraum. Mit Erreichen der Ziele der Fachkräfteeinwanderung wird sich die ohnehin angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt noch einmal deutlich verschärfen, auch für die Pflege. Einer so gesteigerten und nötigen Anzahl an Bestands- und zugewanderten Arbeitskräften (aller Branchen) steht bestenfalls eine vergleichbar niedrige Anzahl an Wohnungen gegenüber. Wie die Wohnraumproblematik auch im Bestand angegangen werden könnte, zeigt ein Beispiel im Landkreis Dachau. Hierzu war der bpa am 17. August 2023 im Gespräch mit Bernhard Seidenath, MdL CSU, bayerischer Landtagsabgeordneter für den Stimmkreis Dachau und Vorsitzender des Landtagsausschusses Gesundheit und Pflege.

Bestandsanalyse

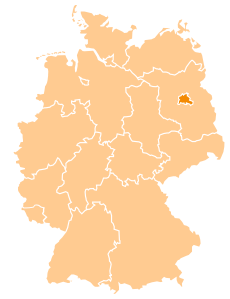
Ohne die bestehenden einkommensorientierten Förderprogramme in Bayern schlecht reden zu wollen: Die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum hängt zunächst ab von einer entsprechenden Bautätigkeit. Laut Immobilienverband Deutschland Süd wurden im ersten Halbjahr 2023 30 Prozent weniger Baugenehmigungen erteilt als im Vorjahreszeitraum. Die Gründe hierfür liegen nach Einschätzung des Handwerks an zu niedriger Förderung für den energetischen Neubau, unzureichenden Abschreibungsregelungen für Baukosten und einer zu hohen Mehrwertsteuer auf Bauleistun-

gen und – wie sollte es auch anders sein – an fehlenden Fachkräften. Was sich aber einerseits ohne verstärkte Zuwanderung kaum mehr bewerkstelligen ließe, hätte auch in der Bauwirtschaft zur Folge, dass sich die ohnehin angespannte Situation im Wohnungsmarkt noch einmal sprunghaft verschärfen würde. Will heißen: Selbst dann, wenn mehr ausländische Fachkräfte für die Bauwirtschaft gewonnen werden könnten, benötigten diese unmittelbar Wohnraum – ein Zirkelschluss oder fast schon Ironie. Und für die Pflege verstärkt sich das Wohnraumproblem im Wettbewerb mit anderen Branchen erheblich. Es gelingt zwar dem ein oder anderen Betreiber, Wohnraum für ausländische Pflegekräfte zur Verfügung zu stellen. Das ist jedoch insbesondere kleineren Einrichtungen aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich und im Übrigen kein Lösungsansatz in der Fläche.

Wohnungsgenossenschaft „Habt ein Herz für soziale Berufe“ gegründet

In dem Gespräch mit Seidenath machten der bpa-Landesvorsitzende Kai Kasri und Landesgeschäftsstellenleiter Joachim Görtz deutlich, dass die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum eine entscheidende Rolle beim Gewinnen und Halten von Pflegekräften spiele, egal ob diese aus dem Ausland kommen oder bereits in Bayern leben würden. Genau da soll nun ein gutes Beispiel in Dachau ansetzen. Mit der Genossenschaft zur Vermittlung von Wohnungen „Habt ein Herz für soziale Berufe“, die 2019 unter der Leitung von Seidenath gegründet wurde, soll Abhilfe geschaffen werden. Die bayernweit einmalige Initiative wird durch den Freistaat mit 60.000 Euro gefördert. Seidenath schätzt, dass allein im Landkreis Dachau rund 1.800 Wohnungen leer stehen. Die Vermittlungsinitiative will ungenutzten Wohnraum ermitteln und an Menschen in sozialen Berufen weitervermieten. Gründungsmitglied ist auch ein Mitglied des bpa, der Pflegeheimbetreiber Kursana. Das Anmieten der Wohnungen durch die Genossenschaft schafft für die Eigentümer auch Erleichterungen und Sicherheit: Diese müssen sich nicht um Kauttionen oder die Miete kümmern, die Genossenschaft tritt diesen gegenüber ein und vermittelt ihrerseits die Wohnungen an die Beschäftigten. Der bpa und Seidenath wollen auch zu diesem Thema weiter im Gespräch bleiben. Denn die Initiative soll sich als gutes Beispiel entwickeln und schließlich erfolgreich sein bei der Anwerbung von ausländischen Fachkräften. jg

Landesgruppe Berlin



„Die Landesregierung muss bei der Pflege auf die Überholspur wechseln“

Neu gewählter Vorstand stellt zentrale Forderungen an die Politik

Nach drei Jahren Pandemie konnte die bpa-Landesgruppe im SANA Hotel Berlin endlich wieder eine Mitgliederversammlung in Präsenz durchführen. Am 19. Juni 2023 waren die Mitglieder der bpa-Landesgruppe Berlin aufgefordert, einen neuen Vorstand für die zweijährige Amtsperiode zu wählen. Dabei erlebten die Teilnehmenden ein Novum: In Berlin fand bundesweit die erste Landesgruppenversammlung statt, auf der die Mitglieder in digitaler Form mittels ihrer Smartphones bei der Vorstandswahl abstimmen konnten.

Die Berliner Mitglieder bestätigten Oliver Stemmann im Amt des Vorsitzenden der Landesgruppe. Als neuer stellvertretender Vorsitzender wurde mit Dr. Jan Basche ein langjähriges Vorstandsmitglied gewählt. Den Vorsitzenden zur Seite stehen die ebenfalls wiedergewählten Vorstandsmitglieder Anett Hüssen, Jens



Fotos: Michael Lomb

Der neu gewählte Landesvorstand (von links): Jens Bauermeister, Anett Hüssen, Oliver Stemmann (Vorsitzender), Cedric Macia und Dr. Jan Basche (stellv. Vorsitzender)

Bauermeister und Cedric Macia. Alexander Waldow und Marie Sieprath hatten nicht mehr kandidiert. Mit großem Dank und unter Applaus wurde die stellvertretende Vorsitzende Marie Sieprath verabschiedet.

Der neu gewählte Landesvorstand nutzte die Mitgliederversammlung, um zentrale Erwartungen und Forderungen aus der Mitgliedschaft an die Politik zu stellen. Denn ein massiver Personalmangel und steigende Pflegekosten gefährden die Versorgung von Pflegebedürftigen in Berlin. „Zuhause gepflegte Menschen können sich die benötigte Pflege nicht mehr leisten und in vollstationären Einrichtungen oder Tagespflegeeinrichtungen ist kaum noch ein Platz zu bekommen“, sagte Oliver Stemmann und forderte: „Die Landesregierung muss bei der Pflege auf die Überholspur wechseln“.

Auch in der ambulanten Pflege spitze sich die Lage in Berlin weiter zu. Medien hatten zuvor darüber berichtet, dass die Kosten für ambulante Pflege in den letzten fünf Jahren in Berlin um fast 40 Pro-

zent gestiegen sind, während die Leistungen für Pflegebedürftige kaum angehoben wurden. „Da müssen die Familien nachrechnen, wie oft die pflegebedürftige Mutter in der Woche noch versorgt werden kann“, so Stemmann. „Daran ändert auch die aktuelle Pflegereform der Bundesregierung nichts.“

Als Gastredner konnte die Landesgruppe bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote sowie den Geschäftsführer des bpa-Arbeitgeberverbandes Dr. Sven Halldorn gewinnen. Aktuelle Themen wie die wirtschaftliche Sicherung der privaten Pflegeeinrichtungen, aktuelle Gesetzgebungsverfahren oder Neuerungen im Arbeitsrecht waren interessante Beiträge für die Mitglieder. Joachim Görtz, Leiter der bpa-Landesgeschäftsstelle Bayern, war ebenfalls zu Gast und stellte in seinem Vortrag das Projekt „PFLEGEprevent“ zum betrieblichen Gesundheitsmanagement vor.

Der Abend klang aus mit der Gelegenheit zu lockeren Gesprächen bei Getränken und einem Fingerfood-Buffer. imh



bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote berichtete über Aktuelles von der Bundesebene und ging in seinem Vortrag auch auf die neue Pflegereform ein.

Landesgruppe Berlin

Richtfest des Seniorenwohn- und Pflegequartiers „Katharinenhof in Pankow“

Am 28. Juni 2023 erlebte Pankow ein ganz besonderes Schauspiel, als sich beim Richtfest des Seniorenwohn- und Pflegequartiers „Katharinenhof in Pankow“ die Baukräne zu Klängen von beliebten Rock- und Pop-Klassikern in Bewegung setzten.

Um der stetig wachsenden Nachfrage nach Wohnmöglichkeiten für Senioren zu begegnen, entsteht hier ein modernes Seniorenwohn- und Pflegequartier bestehend aus einer stationären Pflegeeinrichtung mit 120 Plätzen, 91 Wohnungen für Senioren, einer Cafeteria, einer Tagespflege sowie einem ambulanten Dienst.

Annett Pohler, Geschäftsführerin des Katharinenhofs, verwies bei ihrer Dankesrede auf die Wichtigkeit von Lebensqualität im hohen Alter und dem menschlichen Bedürfnis, einen Beitrag zu einem gemeinsamen Ziel beizusteuern. Ihr Dank galt allen Mitwirkenden, die durch Vision, Beharrlichkeit und Fleiß das Fundament für die Pflege hilfedürftiger Menschen in Pankow geschaffen haben. Nach einem symbolischen Nagelschlag wurde unter großem Applaus der Richtkranz gehoben, begleitet von den Worten eines traditionellen Zimmermanns.

Mehr als 250 Gäste, darunter auch Vertreterinnen und Vertreter aus der Politik und viele Anwohnerinnen und Anwohner, erhielten anschließend die Gelegenheit zu einer Führung mit den Initiatoren über das Gelände in der Romain-Rolland-Straße/Ecke Idunastraße.

Von Seiten des bpa-Landesvorstands gratulierte Jens Bauermeister dem Katharinenhof, bpa-Mitgliedseinrichtung in Berlin, sehr herzlich zu diesem Neubauprojekt. „Eines der wenigen Projekte in Berlin, bei denen neue Pflegeplätze entstehen. Auch im Namen des bpa alles Gute für den weiteren Baufortschritt und einen guten Start im nächsten Jahr.“ Die ersten Bewohnerinnen und Bewohner sollen zum Oktober 2024 einziehen.

In Berlin geht die Anzahl der Pflegeplätze in den letzten Jahren zurück, obwohl der Bedarf deutlich zunimmt. Durch die hohen Baupreise, deutlich gestiegenen Zinsen und die geringe Bereitschaft, diese Kosten von Seiten der öffentlichen Hand über die Investitionskosten auch zu refinanzieren, ist der Bau von Pflegeeinrichtungen kaum mehr wirtschaftlich interessant. Katharinenhof ist einer der wenigen Träger, die in dieser Zeit ein solches Projekt realisiert. jba



Annett Pohler, Geschäftsführerin Katharinenhof, dankte allen Mitwirkenden, die zur Errichtung des Seniorenwohn- und Pflegequartiers beigetragen haben

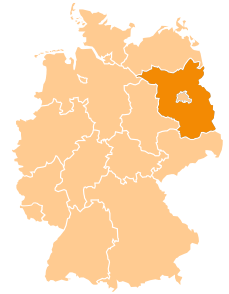


Es gab viel Applaus beim Heben des Richtkranzes

Landesgruppe Brandenburg

30-jähriges Firmenjubiläum der Michael Bethke Unternehmensgruppe

Sommerkonzert mit dem Orchester Ronny Heinrich
und den Comedian Harmonists



Fotos: Ihre Komplizin@UG, Sascha Funke

Live aus dem Garten der Seniorenresidenz „Haus Louise Henriette von Oranien“: Das große Sommerkonzert der Michael Bethke Unternehmensgruppe

Mit einem großen Sommerkonzert hat die Michael Bethke Unternehmensgruppe am 24. Juni 2023 ihr 30-jähriges Firmenjubiläum gefeiert. Mehr als 700 Gäste hatten sich im Garten der Seniorenresidenz „Haus Louise Henriette von Oranien“ in Oranienburg eingefunden, um Ronny Heinrich und seinem Orchester sowie hervorragenden Solisten mit dabei Sophie-Magdalena Reuter (Sopran), Eric Fenell (Tenor) und Kevin Pabst (Trompete) zu lauschen. Special Guests waren die Berlin Comedian Harmonists, die extra für diese Veranstaltung ange-reist waren. Nach 30 Jahren der kontinuierlichen Entwicklung ist eine Unternehmensgruppe mit 16 Gesellschaften entstanden, welche in sieben Bundesländern aktiv ist und mehr als 1.000 Mit-

arbeitende beschäftigt. Ihr Anspruch: den anvertrauten Menschen einen schönen Herbst des Lebens zu gestalten.

Mit dem Leitsatz „Mitten im Wir – Wir pflegen Menschlichkeit“ verbindet Michael Bethke die Verpflichtung für die Unternehmensgruppe und seine Mitarbeitenden zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Menschen in einer bestimmten Lebensphase. „Unser Ziel ist es, mit Herz und Verstand die Menschen in der Umgebung zu begeistern“, sagte Bethke. „In den letzten Jahren konnten wir eine umfangreiche Angebotspalette am Markt platzieren. Wir bieten ein breites Sortiment und bauen weitere Dienstleistungen auf. Denn Vielfalt ist unsere Stärke.“

Und so hatte alles angefangen ...

Am 1. Juli 1993 hatte Michael Bethke in der Lehnitzstraße in Oranienburg mit drei Mitarbeitern seinen ersten ambulanten Pflegedienst gegründet. Knapp zwei Jahre später, am 1. Mai 1995, eröffnete er seinen ersten ambulanten Pflegedienst in Berlin. In den folgenden Jahren stand die Entwicklung verschiedener Wohnformen im Fokus. Hierzu gehörten Kurzzeitpflege und Wohngemeinschaften, aber auch vielfältige Beratungs- und Serviceangebote, etwa ein Fahrdienst. Zur Abrundung der Angebotspalette wurde auch die Entwicklung von Pflegeberatungszentren erfolgreich etabliert. In den folgenden Jahren konnte sich die Unterneh-

mensgruppe Bethke in Berlin und Brandenburg zu einem verlässlichen Partner entwickeln und beschäftigte zur Jahrtausendwende mehr als 400 Mitarbeitende. In den Jahren 2001 bis 2006 kam es zu weiteren Gründungen von Wohngemeinschaften in Brandenburg und Berlin.

Mit der Übernahme der Häuser „Reicker Blick“ in Dresden und „Herbstzeitlose“ in Hessen im Jahre 2008 wurde der Grundstein für den Einstieg in die vollstationäre Pflege gelegt. Mit der Eröffnung des ersten Neubaus, der Seniorenresidenz „Haus Louise Henriette von Oranien“ in Oranienburg, bestehend aus stationärer Pflege, Betreutem Wohnen und Tagespflege, gelang es der Unternehmensgruppe neue Wege zu beschreiten und neue Wohnkonzepte und Lebensräume zu entwickeln.

Aufbauend auf dieser positiven Erfahrung führte die Gruppe das Konzept der Entwicklung von Seniorenresidenzen mit angegliederten ambulanten Pflegediensten sowie Tagespflegeeinrichtungen fort und hat seit 2020 weitere Einrichtungen nach diesem Vorbild in Brandenburg, Berlin und Sachsen eröffnet.

In Rahmen der Zusammenarbeit mit der HP&P-Architektengruppe aus Gießen

und dem Pensionsfond PAT-BVG (ab 2020) wurden die „Casa de la vida“ (Häuser zum Leben), gegründet. Dabei haben komfortables Wohnen, Mobilität, Digitalität als auch Sicherheit und Service Priorität.

Verlässlicher Partner der Wirtschaft

Neben der Pflege und Betreuung von Menschen ist die Unternehmensgruppe Michael Bethke auch verlässlicher Partner der Wirtschaft in den Regionen. Hans-Joachim Laesicke, Bürgermeister der Stadt Oranienburg von 1993 bis 2018, bedankte sich bei Michael Bethke persönlich für eine erfolgreiche Arbeit, insbesondere für den Einsatz für die älteren Menschen von Oranienburg und Umgebung. Er würdigte das wirtschaftliche Engagement der Unternehmensgruppe sowie die partnerschaftliche Zusammenarbeit im Sinne der Entwicklung der Stadt Oranienburg. Laesicke hob das Seniorenzentrum „Haus Louise Henriette von Oranien“ mit seinen vielfältigen Angeboten, auch für die Bürger im Zentrum von Oranienburg, hervor.

Glückwünsche aus Berlin und Brandenburg

Im Jahr 2000 wurde Michael Bethke Mitglied in der bpa-Landesgruppe

Brandenburg und engagierte sich sofort – und bis zum Jahr 2006 – auch im Vorstand. Als Leiter eines bpa-Qualitätszirkels engagierte er sich für den Aufbau von Qualitätsmanagement und förderte mit verschiedenen Ideen die Umsetzung einer qualitativen Versorgung der Pflegebedürftigen bei privaten Pflegeunternehmen im Land Brandenburg. Der Brandenburger Landesreferent Uwe Mahrla und die Berliner Sekretärin Sabine Zeinert überbrachten zum 30-jährigen Betriebsjubiläum die Glückwünsche der bpa-Landesgruppen Brandenburg und Berlin.

Das Sommerkonzert als Auftakt zum 30-jährigen Betriebsjubiläum war ein voller Erfolg und wurde von den Zuschauern vor Ort begeistert gefeiert. Das Konzert wurde live geteilt, so dass auch 1.300 Zuschauer über Livestream das Event verfolgen konnten. „Das große Sommerkonzert der Michael Bethke Unternehmensgruppe“ kann auch über YouTube abgerufen werden.

Wir wünschen Michael Bethke mit seiner Unternehmensgruppe weiter viel Erfolg bei der verantwortungsvollen Arbeit und gute Inspirationen im Bestreben, pflegebedürftigen Menschen ein würdevolles Zuhause zu bieten. mah

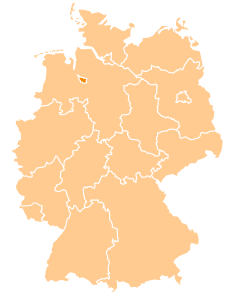


Funken sprühten beim gemeinsamen Auftritt der Comedian Harmonists mit den Interpreten des Orchesters Ronny Heinrich



Hans-Joachim Laesicke, Bürgermeister der Stadt Oranienburg von 1993 bis 2018, hielt die Festrede zum 30-jährigen Bestehen der Unternehmensgruppe von Michael Bethke (rechts)

Landesgruppe Bremen/Bremerhaven



Nach der Wahl im Land Bremen: Die neuen Koalitionspartner sind die alten – steht die Pflege angemessen im Fokus?

Pflegeexperte Prof. Dr. Heinz Rothgang, Abteilungsleiter Gesundheit, Pflege und Alterssicherung am Socium Forschungszentrum der Universität Bremen, stellte sich den Fragen der bpa-Landesgeschäftsstelle Bremen/Bremerhaven.

bpa-Magazin: Im kleinsten Bundesland Bremen wurde jetzt gewählt und die Parteien SPD, die Grünen und die Linke regieren uns weiter. Neu ist, dass für den Fachbereich Pflege nun die Gesundheitsministerin von der Partei „Die Linke“ zuständig ist. Das könnte großes Konfliktpotenzial für die privaten Träger von Pflegeeinrichtungen bedeuten, denn die Linkspartei will Pflege rekommunalisieren. Was halten Sie davon als Pflegeexperte?

Prof. Rothgang: Die Gesundheitsministerin hat in der Corona-Pandemie einen sehr guten Job gemacht. So war Bremen – was ja nicht oft vorkommt – etwa bei der Impfquote führend. Ihre Leistungen haben sich auch in einem sehr guten persönlichen Wahlergebnis der Ministerin niedergeschlagen. Ich denke daher, dass sie einen gewissen Vertrauensvorsprung verdient hat – auch im Bereich der Pflege.

Eine vollständige Rekommunalisierung der privaten Pflegeeinrichtungen ist natürlich vollkommen illusorisch. Bei bundesweit 6.570 Pflegeheimen in privater Trägerschaft und mehr als 10.000 priva-

ten ambulanten Pflege- und Betreuungsdiensten würde die notwendige Finanzsumme zum Aufkauf dieser Einrichtungen die kommunalen Budgets um Dimensionen überschreiten.

Tatsächlich fordert die Bremer Linke in ihrem Programm „nur“ die Rekommunalisierung der Heime, die Finanzinvestoren gehören. Das ist ein wichtiger Unterschied. Traditionell ist der Markt privater Pflegeanbieter mittelständisch geprägt – mit Anbietern, die zum Teil schon sehr lange in der Pflege tätig sind und gute Pflegequalität gewährleisten. In jüngster Zeit haben aber insbesondere Private Equity-Gesellschaften an Bedeutung gewonnen, die Heime als Renditeobjekte in schneller Folge kaufen und verkaufen und dabei kurzfristig Renditen maximieren. Wenn die Erzielung dieser Renditen zu Lasten der Pflegebedürftigen und/oder der Beschäftigten geht, muss Politik reagieren.

Sinnvoller als teure Aufkäufe sind dabei aber Regulierungen, die eine angemessene Personalausstattung und Entlohnung sicherstellen. Der bereits erwähnte Tariftreuegrundsatz und die in Bremen noch festzulegenden Personaluntergrenzen sind dabei wichtige Instrumente. Für die Bestandseinrichtungen sollte daher nicht über Enteignungen und den – teuren – Aufkauf von Einrichtungen diskutiert werden, sondern über die Spielregeln, die dafür sorgen, dass Pflegeanbieter jeglicher Trägerschaft gute Pflege und gute Arbeitsbedingungen anbieten.



Foto: Heinz Rothgang

Prof. Dr. Heinz Rothgang, Socium
Forschungszentrum, Universität
Bremen

bpa-Magazin: Nicht nur in Bezug auf Pflegebetriebe will die mitregierende Partei die Linke möglichst ohne Private auskommen, sie fordert auch (laut Wahlprogramm) den gezielten Aufbau einer öffentlichen Pflege- und Gesundheitsversorgung, z. B. sogenannte Gesundheits- und Sorgezentren in öffentlicher Hand. Private Träger werden nicht erwähnt. Wie soll das funktionieren, wo doch die Privaten gerade im ambulanten Bereich mehr als die Hälfte aller Angebote vorhalten und im vollstationären Bereich die meisten Investitionen tätigen?

Prof. Rothgang: Der Ausbau der Pflegeinfrastruktur erfolgte nach Einführung der Pflegeversicherung fast ausschließlich durch private Träger. Das ist der Grund dafür, dass deren Marktanteile inzwi-

„Eine vollständige
Rekommunalisierung
der privaten Pflegeein-
richtungen ist natürlich
vollkommen illusorisch“

schen so hoch sind. Gemäß § 11 Abs. 2 SGB XI haben „[f]reigemeinnützige und private Träger ... Vorrang gegenüber öffentlichen Trägern.“ Diese bundesrechtliche Norm bindet natürlich auch Bremen, so dass die Gründung kommunaler Pflegeeinrichtungen in Konkurrenz zu freigemeinnützigen und privaten Trägern schon rechtlich problematisch ist. Das schließt aber nicht aus, dass die Kommunen in Erfüllung des Infrastrukturauftrags der Länder nach § 9 SGB XI und ihres grundgesetzlichen Auftrags zur Daseinsfürsorge dann selbst tätig werden, wenn andere Träger dies nicht tun. Hierbei ist etwa an Kurzzeitpflege oder Tagespflege zu denken, wenn dort nur unzureichende Kapazitäten vorhanden sind.

„**Der Ausbau der Pflegeinfrastruktur erfolgte nach Einführung der Pflegeversicherung fast ausschließlich durch private Träger**“

Bei den im Wahlprogramm der Linken angesprochenen Gesundheits- und Sozientzen, insbesondere in benachteiligten Stadtteilen, handelt es sich nicht um Anbieter von Versorgungsleistungen, sondern im Wesentlichen um Beratungs- und Vernetzungsstellen. Da diese Koordinierungsleistungen nicht über die Sozialversicherungszweige finanziert werden, hat sich dafür auch kein Marktangebot gefunden, so dass eine öffentliche Bereitstellung gerechtfertigt erscheint.

bpa-Magazin: Es gibt aber auch Übereinstimmungen zum Thema Pflege bei den drei Koalitionspartnern, z.B. dass die Zuwanderung von Fachkräften dringend beschleunigt werden muss. Erwähnt in den Wahlprogrammen werden schlankere Anerkennungsverfahren, Zulassung von mehr Qualifikationen, berufsbegleitender Spracherwerb, in-

tenzivere Unterstützung bei der Integration nach der Zuwanderung. Das sind bekannte Maßnahmen, die bislang nicht wirklich zu nennenswerter Zuwanderung geführt haben. Was muss Ihrer Meinung nach sofort realisiert werden?

Prof. Rothgang: Die gezielte Anwerbung von Pflegekräften kann insbesondere kurz- und mittelfristig einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Versorgung leisten. Dabei sollte es nicht ausschließlich um Pflegefachkräfte gehen, sondern auch um Pflegeassistentenkräfte, die bei den bisherigen Versuchen, die Zuwanderung zu erleichtern, teilweise übersehen wurden. Allerdings besteht auch in anderen Ländern eine erhebliche Nachfrage nach ausländischen Pflegekräften. Die Bereitschaft von Pflegekräften, nach Deutschland zu kommen, darf daher nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Vielmehr müssen die Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz und auch in Bezug auf die Integration in die Gesellschaft wirklich attraktiv gestaltet werden.

Noch sinnvoller als die Anwerbung von Pflegekräften sind Projekte, bei denen deutsche Pflegeeinrichtungen und -schulen – kombiniert mit der Unterstützung des Spracherwerbs – die Ausbildung zu großen Teilen in den Herkunftsländern durchführen und nur der letzte Teil der Ausbildung in Deutschland erfolgt. So kommt es nicht zu einem internationalen Wettbewerb um die knappe Ressource „Pflegekräfte“, der für Deutschland schwer zu bestehen ist, sondern zu einer Steigerung der Zahl der international verfügbaren Pflegekräfte. Das würde auch Probleme der Anerkennungsverfahren lösen.

Unabhängig davon müssen Anerkennungsverfahren natürlich beschleunigt werden und müssen unsinnige Regelungen gestrichen werden. Hierbei hakt es oft im Detail. Hier ist zu wünschen, dass die Behörden nicht nur Probleme finden, sondern sich davon leiten lassen, dass die Zuwanderung sinnvoll und notwendig ist und nachhaltig gefördert

Anzeige



**IHR
ABRECHNUNGS
EXPERTE**

**Moin! Ich bin
Jennifer Menzel,
Teamleiterin bei der
AS AG für den Raum
Nordrhein-Westfalen.**

IHRE VORTEILE MIT UNS**Persönlicher Ansprechpartner****Keine Vertragslaufzeiten****Auszahlung ab 48 Stunden****Keine Grundgebühren**

AS | **ABRECHNUNGSSTELLE**
für Heil-, Hilfs- u. Pflegeberufe AG

www.as-bremen.de/abrechnung-pflege.html
0421 303 83 149 | info@as-bremen.de

werden muss – und sie bestehende Regelungen vor diesem Hintergrund anwenden.

bpa-Magazin: Der Pflegeberuf ist trotz gestiegener Gehälter nach wie vor nicht sehr attraktiv bei der Berufswahl von jungen Leuten. Beschäftigte, potenzielle Auszubildende und/oder Berufsrückkehrerinnen und -rückkehrer legen v.a. Wert auf verlässliche Arbeitszeiten, Wertschätzung und Vertrauen sowie auf Übertragung von mehr Kompetenzen.

**Wichtigste Aspekte:
verlässliche Arbeitszeiten,
Wertschätzung und
angemessene
Kompetenzen**

Vor dem Hintergrund Ihres derzeit laufenden Projektes „Pflege 2030“: Was kann die neue Koalition hier initiieren bzw. die Umsetzung in der Praxis wirkungsvoll unterstützen?

Prof. Rothgang: In der Frage sind die wichtigsten Aspekte ja bereits angesprochen: verlässliche Arbeitszeiten, Wertschätzung und angemessene Kompetenzen.

Die Sicherstellung von Wertschätzung ist eine Führungsaufgabe. Hier sind die Leitungskräfte in den Einrichtungen und beim Träger gefordert, dies intern deutlich zu machen und entsprechende Bildungsangebote zu unterbreiten.

Alle verbale Wertschätzung nutzt aber nichts, wenn sich diese nicht in den Arbeitsbedingungen niederschlägt. Verlässliche Dienstpläne, Berücksichtigung der individuellen Präferenzen der Pflegekräfte bei der Dienstplanung, kein „Holen aus dem frei“ sind leichter realisierbar, wenn mehr Personal vorhanden ist. Einrichtungen sollten daher so schnell wie möglich versuchen, die Personalobergrenzen des § 113c SGB XI auszureizen. Diese Mehrpersonalisie-

rung führt insbesondere dann zu höherer Pflegequalität und gesteigerter Mitarbeiterzufriedenheit, wenn die Pflegekräfte kompetenzgerecht eingesetzt werden – also weder über- noch unterfordert werden.

Dazu muss in den Einrichtungen zunächst eine Kompetenzanalyse durchgeführt werden, in deren Rahmen, Weiterbildungsbedarfe erkannt werden, für die dann entsprechende Angebote geschaffen werden. Gleichzeitig kann analysiert werden, welche Pflegekräfte womöglich für eine Ausbildung auf das nächste Qualifikationsniveau infrage kommen. Schließlich sollten die Präferenzen der Pflegekräfte in Bezug auf ihre Aufgaben bei der Aufgabenverteilung berücksichtigt werden. All das sind Dinge, die auf Einrichtungsebene erfolgen sollten.

Politik muss dies flankieren durch Bereitstellung entsprechender Ausbildungsplätze. Bei berufsbegleitender Weiterbildung muss sichergestellt werden, dass die Pflegekräfte keine Gehaltseinbußen erleiden und auch die Pflegeeinrichtung keine Verluste. Hier ist zu prüfen, inwieweit die Bundesagentur für Arbeit noch stärker in die Pflicht genommen werden kann.

bpa-Magazin: Politik, Träger von Pflegeeinrichtungen, Kostenträger und Wissenschaft sind die wichtigsten Akteure für ein gutes und auskömmliches Angebot für pflegebedürftige Menschen im Land Bremen. Die Schnittstellen müssen funktionieren, dabei sollten alle auf gleicher Augenhöhe miteinander umgehen. Ein Blick in die Wahlprogramme hat gezeigt: Hier wird es Reibungsverluste geben. Haben Sie Handlungsempfehlungen?

Prof. Rothgang: Das vielleicht zentrale Problem in der deutschen Pflegepolitik liegt darin, dass sich die „Vertragspartner“ meist nicht wie Partner verhalten. Vielmehr ist eine Misstrauenskultur entstanden, bei der sich die Leistungsanbieter und Kostenträger als Antagonis-

ten gegenüberstehen und bei Vorstößen der anderen Seite häufig das Schlimmste annehmen. Die Politik zieht sich teilweise zurück und verweist dann auf die Selbstverwaltung als zuständige Lösungsinstanz, die aber bestenfalls Lösungen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner liefert – und das gerne mit Verspätung.

So wurden beispielsweise im Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (GVWG) im Juli 2021 die seit Juli 2023 geltenden neuen Personalobergrenzen festgelegt. Alle Akteure hatten also zwei Jahre Zeit, sich darauf vorzubereiten. Die Länder, die eigene Ausführungsbestimmungen, insbesondere zu den Personaluntergrenzen, erarbeiten sollen, haben aber auf die Empfehlung der gemeinsamen Selbstverwaltung gewartet, die eigentlich nur für den Fall greifen soll, dass die Länder noch keine eigenen Regelungen haben. Diese Empfehlung war zum 30. Juni 2022 vorzulegen – wurde dann aber erst im Februar 2023 veröffentlicht und hat sich – trotz weitgehendem Handlungsspielraum – nur auf die allernotwendigsten Regelungen beschränkt.

Erst danach haben die Länder ernsthaft mit der Erarbeitung eines eigenen Regelwerks begonnen – und die Kostenträger haben die Aufnahme von Pflegegesetzverhandlungen teilweise mit dem Argument abgelehnt, dass es noch keine Länderregelungen gibt. Obwohl zwei Jahre Zeit zur Vorbereitung war, waren die Akteure zum 1. Juli dann nicht auf die neuen Chancen vorbereitet.

Gerade im Land Bremen, in dem jeder jeden kennt, sollte es möglich sein, diesen Teufelskreislauf des Misstrauens zu durchbrechen und konstruktiv gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Das ist zumindest meine Hoffnung. Wissenschaft kann dabei insbesondere in Bezug auf Wirkungsanalysen hilfreiche Informationen liefern und steht dazu auch bereit. Entscheidungsträger sind aber die anderen genannten Akteure.

Hannelore Bitter-Wirtz/Johanna Kaste

Landesgruppe Hamburg

Verabschiedung von Uwe Clasen

Empfang in der bpa-Landesgeschäftsstelle

Eine große Zahl an Mitgliedern der bpa-Landesgruppe Hamburg und des bpa-Landesvorstandes hatten sich am 27. Juni 2023 in der bpa-Landesgeschäftsstelle Hamburg eingefunden, um den langjährigen Geschäftsstellenleiter Uwe Clasen zu verabschieden.

Bei kühlen Getränken und Snacks wurden Erinnerungen an fast 26 Jahre bpa und Vorgängerverbände wach. Für viele Mitglieder war dies auch die Gelegenheit, die Räume der bpa-Landesgeschäftsstelle in der Süderstraße erstmalig besuchen zu können.

Uwe Clasen hatte die Tätigkeit bereits aufgenommen, als die Pflegeversicherung noch in den Kinderschuhen steckte. Zum 1. Januar 1997 startete er bei der Arbeitsgemeinschaft Hauskrankenpflege (AGH), welche später mit dem bpa fusionierte. Gewohnt durchsetzungsstark und engagiert setzte er sich seitdem für die Belange der Pflegeeinrichtungen und sozialen Dienste ein und hatte dabei stets für jedes noch so kleine Problem der Mitglieder ein Ohr und eine Idee zur Hilfe. Diesen Punkt machte Frank Wagner, der Vorsitzende der bpa-Landesgruppe Hamburg, in seiner Rede deutlich: „Ist der Dienst auch noch so klein, der Uwe setzt sich ein.“

Die Mitglieder erinnerten sich gemeinsam an den enormen Einsatz, welchen Uwe Clasen teilweise in mehreren Bundesländern gleichzeitig aufgebracht und damit einen Grundstein dafür gelegt hatte, dass in der bpa-Landesgruppe Hamburg heute mehr als 400 stationäre, teilstationäre und ambulante



In der bpa-Landesgeschäftsstelle (von links): Karin Kaiser (stellv. Vorsitzende bpa-Landesgruppe), Uwe Clasen, Philip Eckhardt (Leiter der bpa-Landesgeschäftsstelle) und Frank Wagner (Vorsitzender bpa-Landesgruppe)

Pflegeeinrichtungen sowie soziale Dienste aus der Hansestadt Mitglied sind.

Der Landesvorsitzende Frank Wagner dankte Uwe Clasen im Namen aller Mitglieder und des Landesvorstandes für dessen unermüdliche Arbeit in Verhandlungen mit Kostenträgern, den Einsatz für die private Pflegewirtschaft und die stets den Mitgliedern zugewandte Art.

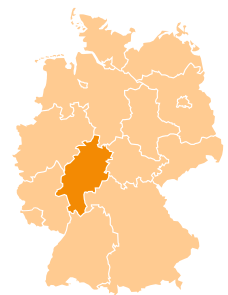
Uwe Clasen bleibt dem bpa weiterhin in Funktion als Dozent erhalten. In seinen Fortbildungen erhalten Mitglieder hilfreiche Tipps und Hinweise rund um den Betrieb von stationären Pflegeeinrichtungen, ambulanten Diensten und Tagespflegen. ml

Landesgruppe Hessen

Gelungene Auftaktveranstaltung der „AG Fachkräfte Eingliederungshilfe“

Im Bereich der Pflege und auch in der Kinder- und Jugendhilfe, speziell im Kita-Bereich ist der Fach- und Arbeitskräftemangel überall präsent. Die Eingliederungshilfe fand hierbei bisher in Politik und Öffentlichkeit weniger Aufmerksamkeit. Um auch dort Möglichkeiten zur Abhilfe zu erarbeiten, hat das Hessische Ministerium für Soziales und Integration

(HMSI) unter anderem auf Initiative der Leistungserbringer und deren Verbände zu einer Auftaktveranstaltung der „AG Fachkräfte Eingliederungshilfe“ eingeladen. Um die Bedeutung der Fach- und Arbeitskräftesicherung in der Eingliederungshilfe im bpa auszudrücken, war der bpa durch das Präsidiumsmitglied Christof Schaefers sowie Stefan Hißnauer



und Mirjam Abraham aus der Landesgeschäftsstelle Hessen vertreten.

Im Rahmen von Workshops wurden zunächst Themen identifiziert, wie dem Fachkräftemangel begegnet werden könnte. Als ein Kernpunkt wurde hier die Attraktivität der Arbeitgeber genannt, um die Fachkräfte zu binden und zu halten. Übereinstimmend haben die Teilnehmenden jedoch beschlossen, sich zunächst mit der Ausbildung und den Zugängen dazu zu befassen. Wie

können diese Berufe schon in den allgemeinbildenden Schulen vorgestellt werden? Können Lehrpläne geändert werden? Wie können Anforderungen und Qualifikationsvoraussetzungen so gestaltet werden, dass mehr junge Menschen eine Ausbildung im Bereich der Eingliederungshilfe beginnen? Wie kann die berufsbegleitende Nachqualifikation so organisiert werden, dass sie für Mitarbeitende in ihren unterschiedlichen Lebensumständen besser umsetzbar wird? Um solche Fragen anzu-

gehen, bedarf es der übergreifenden Zusammenarbeit mehrerer Ministerien, unter anderem muss das Kultusministerium eingebunden werden.

Insgesamt war es aus unserer Sicht eine gelungene Auftaktveranstaltung mit sehr konstruktivem Austausch. Es wurden zwei Unterarbeitsgruppen gebildet, die zeitnah erste Ergebnisse erarbeiten sollen.

abr/hiss

Landesgruppe Hessen

Landesvorsitzender Ralf Geisel auf Podium der Jahrestagung des MD Hessen

Der hessische bpa-Landesvorsitzende Ralf Geisel war anlässlich der 30. Jahrestagung des Medizinischen Dienstes Hessen zur Podiumsdiskussion geladen. Zur Tagung Anfang Juni in Frankfurt/Main hatten sich rund 500 Gutachterinnen und Gutachter des Medizinischen Dienstes (MD) sowie Vertreter der Pflegeverbände und der Krankenhäuser eingefunden.

Neben dem fachlichen Austausch ging es um den demografischen Wandel, den Fachkräftemangel und den Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI). Prof. Dr. Volker Nürnberg, Leiter des Gesundheitsbereichs der Unternehmensberatung „Bearing-Point“ referierte über die Globalisierung, die beschleunigte Gesellschaft und New Work und die damit einhergehenden Herausforderungen für Arbeitgeber. Eine seiner Kernaussagen war „Ohne Wertschätzung keine Wertschöpfung“.

In der anschließenden Podiumsdiskussion waren neben Ralf Geisel auch Sötkin Geitner (Vorstandsvorsitzende, Medizinischer Dienst Hessen), Prof. Dr. Steffen Gramminger (Geschäftsführender Direktor, Hessische Krankenhausgesellschaft e.V.), Prof. Dr. Uta Meyding-Lamadé (Chefärztin Neurologie, Krankenhaus Nordwest) und Prof. Dr. Volker Nürnberg vertreten.

Geisel brachte die spezifische Sicht der Pflegeeinrichtungen in die Debatte ein, die ganz besonders unter dem zunehmenden Fachkräftemangel leiden. Dabei spannte er den Bogen zu den negativen Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation in der Gesamtwirtschaft. Denn wenn eine verlässliche Pflege und Betreuung immer schwieriger organisiert werden könne und Angehörige in der häuslichen Pflege einspringen müssten, dann stünden diese dem Arbeitsmarkt auf Jahre hinaus nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung. abr



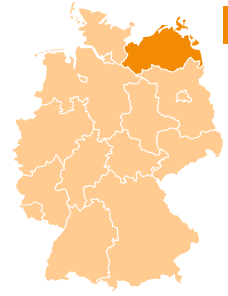
Fotos: Marvin Schäfer/MD

Podiumsdiskussion bei der Jahrestagung des MD Hessen mit Ralf Geisel (rechts), dem Vorsitzenden der bpa-Landesgruppe Hessen



Die Diskutanten (von links): Sötkin Geitner, Prof. Dr. Uta Meyding-Lamadé, Prof. Dr. Volker Nürnberg, Prof. Dr. Steffen Gramminger und Ralf Geisel

Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern



Netzwerken ist entscheidend

Teilnehmerrekord bei 17. bpa-Qualitätskonferenz in Linstow

Seit Jahren ist die bpa-Qualitätskonferenz die mit Abstand landesweit größte Veranstaltung zur Qualität in der Pflege in Mecklenburg-Vorpommern. Mit mehr als 560 Teilnehmenden verzeichnete die 17. Qualitätskonferenz vom 20. bis zum 21. Juni 2023 in Linstow einen Teilnehmerrekord.



Fotos: Sabrina Marcks

bpa-Qualitätskonferenz 2023 in Linstow

In zwanzig Vorträgen und Workshops beschäftigten sich die Teilnehmenden der Qualitätskonferenz mit konzeptionellen und fachlichen Weiterentwicklungen in der Pflege. Dabei ging es um Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ebenso wie um das neue Personalbemessungssystem, eine moderne Organisationsentwicklung und die Mitarbeiterführung.

Die Konferenz startete symbolisch mit einem Schuss Humor im Eröffnungsvortrag von Matthias Prehm „Sei es Dir wert!“ Angesichts der aktuellen Herausforderungen in der Pflege ist der Arbeitsalltag oft nicht leicht. Umso wichtiger ist es, auf sich, Mitarbeitende und Kollegium so zu achten, dass Arbeitstage nicht nur Arbeit sind, sondern ein gemeinsames Lösen der anstehenden Aufgaben und Probleme sein können. Die dafür manchmal nötige „Humorpille“ haben dann auch alle gerne geschluckt und konnten so gut eingestimmt in die weiteren Vorträge und Workshops starten.

Auch wenn es das Wetter an diesem Tag sehr gut meinte und allen durchaus eine weitere (Hitze-)Herausforderung auferlegte, ließen es sich die allermeisten Teilnehmenden nicht nehmen, in der Abendveranstaltung bei gutem Essen, kühlen Getränken und beim Tanzen, die Sorgen der letzten Monate ein wenig auszuklammern und Kraft zu sammeln. Die über die Jahre fast schon zur „Hausband“ erklärten Musiker von „Tripod“ aus Hamburg heizten

ordentlich ein, so dass die Tanzfläche ab der ersten Note stets gut gefüllt war.

Betriebliches Gesundheitsmanagement und Gewalt in der Pflege waren am Folgetag weitere Themenfelder, die bearbeitet wurden. bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote und Sven Wolfgram, Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter ambulante Versorgung, schlugen mit ihren Vorträgen die Brücken von der Landes- auf die Bundesebene und gaben den Teilnehmenden zum Abschluss damit ein Update zum aktuellen Stand der Gesetzgebung und der Neuregelungen.

Bei der Vielzahl aktueller Themen, ob Pflegereform (die keine ist), Tariftreue und deren mangelnder Refinanzierung durch die Kostenträger, die Ergänzungshilfen zur Abfederung der Energiekrise sowie die zunehmend wirtschaftlich prekäre Lage der Pflegeeinrichtungen, hat die Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern in Linstow einmal mehr festgestellt, wie wichtig es ist, nicht nur gut informiert, sondern auch gut vernetzt zu sein. Und vor allem dieser Netzwerkgedanke stand neben Fortbildung und Ausstellung in diesem Jahr im Rahmen der Qualitätskonferenz in Linstow im Vordergrund, denn die Veranstaltung bot Unternehmerinnen und Unternehmern eine gute Plattform, um sich auszutauschen und gemeinsam Strategien zu entwickeln, wie sie sich die Pflege in Mecklenburg-Vorpommern in den kommenden Jahren vorstellen. ksc, leh



Michael Beermann, Vorsitzender der bpa-Landesgruppe MV



Norbert Grote, bpa-Hauptgeschäftsführer



bpa-Geschäftsführer Sven Wolfgram, Geschäftsbereichsleiter ambulante Versorgung

Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

Eine besondere Schlossführung –
Verabschiedung von Geschäftsführer Bernd Tews

Die Vorstandssitzung der bpa-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern im April 2023 stand unter besonderen Vorzeichen. Nach einer straffen Tagesordnung verabschiedeten sich der Vorstand und die Mitarbeiter der bpa-Landesgeschäftsstelle mit einer besonderen Führung durch das Schweriner Schloss vom langjährigen bpa-Geschäftsführer Bernd Tews, der Ende April in den Vorruhestand ging.

Bei dieser kurzweiligen Führung durch die nicht öffentlichen Bereiche im Schweriner Schloss gab es neben spektakulär schönen Ausblicken in den Schlossgarten auch einiges an historischem Wissen aufzusaugen. Das Schloss, auf der Schlossinsel im Stadtzentrum von Schwerin gelegen, war jahrhundertlang die Residenz der mecklenburgischen Herzöge und Großherzöge und ist heute Sitz des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern.

Dabei beherbergte das Schweriner Schloss auch die erste protestantische Kirche Norddeutschlands und der Legende nach sogar bis heute den berühmten Schlossgeist „Petermännchen“, den die Gruppe allerdings trotz aller Bemühungen nicht ausfindig machen konnte. Die zwergenähnliche Gestalt, die mit Laterne, Schwert und Schlüsselbund ausgerüstet war, soll Diebe und Eindringlinge mit Plagen, Späßen und nächtlichem Poltern bestrafen und in die Flucht getrieben haben, während sie ehrliche Menschen belohnte.

Aber nun gut; da dieser gutmütige Kobold ja auch eher in den Kellergewölben des Schlosses anzutreffen sein sollte, standen



Fotos: Katrin Schönrock

Das Schweriner Schloss, Sitz des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern



Der Vorstand der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern, Mitarbeitende der Landesgeschäftsstelle und der ehemalige bpa-Geschäftsführer Bernd Tews im Schweriner Schloss (von links): Carolin Möller, Kathrin Rehe, Rona Lehmköster, Carolin Lubetzki, Michael Beermann, Hauke Hahme, Raik Radloff, Petra Boden, Dietmar Schmidt, Anja Welenz, Cathérine Tiede, Katrin Gräfe und Bernd Tews

die Chancen an diesem Tage wohl auch nicht ganz so gut, denn der Weg führte die Gruppe in die andere Richtung. Über gewendelte Treppenaufgänge – viele Stufen galt es dabei gemeinsam zu erklimmen – gelangte man bis in die Prunkkuppel des Schlosses, um von dort oben auf die Stadt Schwerin zu blicken. Auch der Schlossgarten und der Schweriner See mutete aus der Vogelperspektive besonders und nicht alltäglich an.

Wieder im Heute angekommen, führte die Tour zunächst in das Ältestenratszimmer, auch ein zu diesem Anlass nicht ganz unpassender Ort. Sehr beeindruckend war, dass alles hier Beratene und Besprochene unter den Punkt „Top-Secret“ fällt und nichts nach außen dringt; vielleicht das ein oder andere Mal auch ganz praktisch. Der Rundgang und damit auch diese besondere Schlossführung endete dann im Landtag verbunden mit einem Blick in den Plenarsaal.

Mit dieser Führung nahm der Vorstand von dem historisch sehr interessierten bpa-Geschäftsführer Bernd Tews Abschied. Die Landesgruppe dankte ihm für die langjährige gute Zusammenarbeit und für den unermüdlichen Einsatz insbesondere für die ambulante Pflege. Bei einem gemeinsamen Abendessen ließ man den Tag ausklingen und alle Beteiligten tauschten noch einmal Anekdoten über die vergangenen Jahre aus. Katrin Schönrock

Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

Erfolgreiche Anwerbung und Ausbildung vietnamesischer Auszubildender – gemeinsames Projekt wird fortgeführt

Manche Wege sind weit und viele Ziele sind nur zu erreichen, wenn man sowohl Unterstützung von verschiedener Seite hat als auch großes eigenes Engagement zeigt. Den vorläufigen Abschluss eines solchen Weges konnten am 30. Juni 2023 insgesamt 17 Vietnamesinnen und Vietnamesen in Schwerin feiern. Mit der Notenbekanntgabe stehen sie kurz vor Ausfertigung ihrer Fachkrafturkunden und können schon bald als Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner bei ihren Ausbildungsbetrieben wichtige Aufgaben übernehmen.

Während 2019 Debatten in Deutschland über den Fachkräftemangel und die Einwanderung ausländischer Fachkräfte noch den Eindruck erweckten, dass sich die Unternehmen im Land gut ausgebildete Menschen aus dem Ausland aussuchen können, hatte der bpa bereits erkannt, dass man auch ausbildungswillige Einwanderinnen und Einwanderer für eine Ausbildung in der Pflege gewinnen muss.

Aus diesem Grund hatte die bpa-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit der SAWOS-Pflegeschule am Ziegelsee in Schwerin und der „CMind Solution GmbH“ aus Hamburg ein gemeinsames Projekt gestartet, eine Klasse mit Pflegeschülerinnen und Pflegeschülern aus Vietnam zu starten. Als Träger der praktischen Ausbildung wurden Mitgliedseinrichtungen des bpa gewonnen.

Nach einjähriger Vorbereitung reisten im Frühjahr 2020 dann 20 Pflegeschülerinnen und Pflegeschüler aus dem mehr als 9.300 Kilometer entfernten Vietnam an. In ihrem Heimatland hatten sie bereits an einer Partner-Sprachschule Deutsch auf B1-Niveau erlernt. Sowohl der Beginn der



Schülerinnen und Schüler der Abschlussklasse „Pflege 01“ der SAWOS-Pflegeschule am Ziegelsee

Einreise als auch der der Ausbildung hatte sich jedoch um mehr als einen Monat verzögert, da wenige Wochen zuvor die Ausbreitung des Corona-Virus zu ersten strengen Maßnahmen geführt hatte, um die Verbreitung des Virus einzuschränken.

So standen die jungen Auszubildenden vor mehreren Herausforderungen gleichzeitig: Ihre Klasse war die erste Klasse mit dem neuen Ausbildungsziel Pflegefachfrau/-mann. Sowohl die Lehrkräfte an der Schule als auch die auszubildenden Betriebe mussten hier große Umstellungen in der Ausbildung vornehmen. Zudem grassierte in den ersten beiden Jahren der Ausbildung das Corona-Virus. Dies war eine Zeit größter Anstrengungen in den Einrichtungen, zudem waren Kontakte abseits der Schule und Ausbildung nur sehr eingeschränkt möglich, was eine besondere Herausforderung für den weiteren Spracherwerb darstellte. Hinzu kam die Ankunft in einem fremden Land mit entsprechend großen Unterschieden in Sprache und Lebensweise.

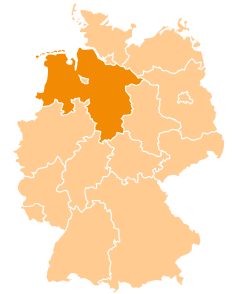
Dass Ende Juni 2023 dennoch fast die gesamte Klasse zusammen feiern konnte, zeigt den ungebrochenen, großen Willen dieser jungen Menschen, hier Fuß zu fassen. Und es ist auch ein Kompliment an die auszubildenden Einrichtungen, die

motivierten Lehrerinnen und Lehrer und die Tutorinnen und Tutoren der „CMind Solution GmbH“, die alle ihren Teil dazu beigetragen haben, dass diese jungen Menschen die Ausbildung erfolgreich durchlaufen haben.

Anke Markewiec, Lehrerin an der SAWOS-Pflegeschule, stellte mit Blick auf die Schülerinnen und Schüler fest: „Wir konnten von euch ebenso lernen wie ihr von uns“. Derart motiviert sollte dies auch für die Zukunft gelten. Sowohl die Arbeitgeber, das unmittelbare Umfeld als auch das Land werden von den frisch ausgebildeten Fachkräften aus Vietnam lernen und ihnen im Gegenzug Wissen vermitteln können. So stand diese Feier auch ganz im Lichte einer hoffnungsfrohen Zukunft für alle Beteiligten.

Dietmar Schmidt, Leiter der bpa-Landesgeschäftsstelle Mecklenburg-Vorpommern, war daher froh, auf der Feier die Fortsetzung dieses Projektes ankündigen zu können. Auch in Zukunft wird die bpa-Landesgruppe sich bei der Gewinnung ausländischer Auszubildender besonders engagieren und mit Partnern in der Vermittlung und kooperierenden Pflegeschulen einen Teil dazu beitragen, dass junge Menschen aus dem Ausland in der Pflege in Mecklenburg-Vorpommern ihre berufliche Zukunft sehen. dsch

Landesgruppe Niedersachsen

Landesgruppenversammlung in Hannover:
Ricarda Hasch als Vorsitzende bestätigt

Ricarda Hasch, Vorsitzende der
bpa-Landesgruppe Niedersachsen

Rund 120 Teilnehmer konnte der Vorstand Niedersachsen zur Landesgruppenversammlung Mitte Juni in Hannover begrüßen. Auf dem Programm stand u.a. die turnusgemäße Wahl des Vorstands für die kommenden zwei Jahre. Dabei wurde Ricarda Hasch als Vorsitzende bestätigt, Thorsten Meilahn konnte sich ebenfalls über seine Wiederwahl als stellvertretender Vorsitzender freuen. Als Beisitzer wiedergewählt wurden Kai Dase, Ulrich Kruthaup, Dirk Ammann, Lars Wöhler, Volker Schulze, Sebastian Dücker, Guido Reisener und Diana Neumann. Neu im Vorstand sind Timo Rittgerodt und Mathias Salomé.

„Das Haus der Pflege ist aktuell stark sanierungsbedürftig und die letzte Pflege-reform der Bundesregierung war bestenfalls ein hübscher Anstrich“, betonte Ricarda Hasch. „Es fehlt überall an Kräften und Händen, die Pflegeeinrichtungen arbeiten trägerübergreifend immer

weiter am Limit und die zunehmenden Insolvenzen in der Pflegebranche sind ein mehr als deutliches Warnzeichen“, fasste die alte und neue Landesvorsitzende die Situation in der Pflegebranche in ihrer Begrüßungsrede zusammen.

Sie forderte die Politik und Kostenträger zu weiteren gemeinsamen Anstrengungen im Rahmen der Kap.NI auf und drängte nochmals auf eine jetzt schnelle und vor allem unbürokratische Umsetzung der in Teilen bereits besprochenen Maßnahmen.

Aus Berlin angereist war Pascal Tschörtner, bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter stationäre Versorgung, der über aktuelle Entwicklungen in der Pflegebranche berichtete. bpa-Arbeitgeberpräsident Rainer Brüderle sprach ein Grußwort und Dr. Sven Hall-dorn referierte als Geschäftsführer des bpa-Arbeitgeberverbandes (bpa AGV) über aktuelle Themen und Fragestellungen aus Sicht des AGV.

Nach den Formalien des ersten Tages wurde den Teilnehmern erstmals ein Abendprogramm geboten: Im Restaurant XII Apostel wurde ausgiebig gefei-

ert – bei gutem Essen und Musik von DJ Jörg, der mit seiner Musik bis spät in die Nacht Tänzer auf das Parkett zog.

Nicht nur die Außentemperaturen waren hoch, auch das Thema am folgenden Fachtag entfachte eine hitzige Diskussion: „Wer pflegt in Zukunft unsere Kunden?“, so lautete das Motto des Fachtages, der am 21. Juni 2023 in dieser Form seine Premiere hatte. Verschiedene Beiträge, die auch wie die von Hans-Georg Lipp und Ulrich Zerhusen an Selbstkritik nicht sparten, beleuchteten das Thema Arbeitskräftemangel in der Pflege. Doch es wurde auch nach vorne geschaut: Jasmin Friedrichs-Schmidt stellte anschaulich und praxisnah dar, wie ein gelungenes und geeintes Arbeitszeitmodell mit der Belegschaft erarbeitet werden kann. Die Anregungen aus den Vorträgen wurden abschließend im Rahmen einer lebhaften Podiumsdiskussion aufgenommen und weiterentwickelt.

Das Feedback aus dem Publikum zeigte deutlich, dass wir mit dieser Art der Veranstaltung auf dem richtigen Weg sind. Das gelungene Konzept des Fachtags möchte der bpa in Niedersachsen gerne fortführen. hgh/ivc



bpa-Geschäftsführer
Pascal Tschörtner,
Geschäftsbereichsleiter
stationäre
Versorgung



Von links: bpa-Vizepräsidentin Margit Benkenstein, bpa-Arbeitgeberpräsident Rainer Brüderle, Volker Müller, Geschäftsführer des Unternehmerverbandes Niedersachsen (UVN) und Dr. Sven Halldorn, Geschäftsführer des bpa-Arbeitgeberverbandes



Der neu gewählte Vorstand der bpa-Landesgruppe Niedersachsen (von links): Kai Dase, Ulrich Kruthaup, Dirk Ammann, Timo Rittgerodt, Lars Wöhler, Mathias Salomé, Volker Schulze, Sebastian Dücker, Ricarda Hasch (Vorsitzende), Guido Reisener, Thorsten Meilahn (stellv. Vorsitzender); nicht auf dem Foto: Diana Neumann



Landesgruppenversammlung in Niedersachsen: bpa-Vizepräsidentin Margit Benkenstein richtete ein Grußwort an die Mitglieder



Erstmals mit Abendprogramm, das gut angenommen wurde. Es freuten sich (von links): Die Vorstände Sebastian Dücker und Lars Wöhler, bpa-Mitarbeiterin Regine Arnold (Bundesverwaltung Bonn), bpa-Landesbeauftragter Jens Krüger und Kai Dase (Vorstand)

Fotos: Heide Grimmelmann-Heimburg

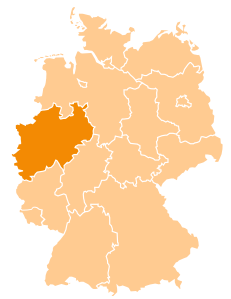


Ulrich Zerhusen sprach über den Arbeitskräftemangel in der Pflege.



Wer pflegt in Zukunft unsere Kunden? – Podiumsdiskussion mit Moderator Martin von Berswordt-Wallrabe (Kommunikationsmanager bpa), Volker Müller (Geschäftsführer UVN), Guido Reisener (bpa-Vorstand und bpa-Präsidiumsmitglied), Ulrich Zerhusen (Geschäftsführer Zerhusen & Blöhmer GmbH und care & creation), Hans-Georg Lipp (Inhaber der Hans-Georg Lipp GmbH) sowie Jasmin Friedrichs-Schmidt (Geschäftsführerin Ambulante Krankenpflege Bettina Harms)

Landesgruppe Nordrhein-Westfalen



Neue Tagespflege entsteht im Oberbergischen Kreis



Gäste bei der Eröffnung: Unter anderem Christine Strobel (4. von links), Leiterin der bpa-Landesgeschäftsstelle NRW und Bernhard Rappenhöner (5. von rechts), Geschäftsführer Lebensbaum und Vorsitzender der bpa-Landesgruppe NRW

Mit der Eröffnung der Tagespflege „An der Wupper“ in Wipperfürth konnte jetzt ein weiteres Angebot im Oberbergischen Kreis geschaffen und so eine umfassende Unterstützung pflegender Angehöriger sichergestellt werden. Die neue Tagespflege wurde im Rahmen einer Feier durch den Geschäftsführer der Lebensbaum GmbH Bernhard Rappenhöner, der zugleich Vorstandsvorsitzender der bpa-Landesgruppe NRW ist, offiziell eröffnet.

Die teilstationäre Betreuungsform „Tagespflege“ ist ein wichtiges Entlastungsangebot für pflegende Angehörige und ein zentraler Stützpfiler der häuslichen pflegerischen Versorgung. Ohne das unermüdliche Engagement pflegender Angehöriger wäre das pflegerische Versorgungssystem in NRW und bundesweit bereits seit langem vollständig zusammengebrochen. Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, alle Anstrengungen zu unternehmen, pflegenden Angehörigen die Entlastungsmöglichkeiten zukommen zu lassen, die sie für eine nachhaltige und gute pflegerische Versorgung der Pflegenden benötigen.

Claudia Simmerl (Pflegedienstleitung) und Gina Flashaar (stellv. Pflegedienstleitung) freuten sich zusammen mit Robert Scheuermeyer (Projektleiter) darüber, dass so viele Besucher zur Eröffnung der Tagespflege angereist waren. Auch die Bürgermeisterin von Wipperfürth Anne Loth und der Landtagsabgeordnete Christian Berger (CDU) sowie der Bundestagsabgeordnete Dr. Carsten Brodesser (CDU) schauten sich die Tagespflege mit 26 Plätzen mitten in Wipperfürth an und sprachen Grußworte.

Die Leiterin der bpa-Landesgeschäftsstelle NRW, Christine Strobel, dankte dem Betreiber und Vorsitzenden der bpa-Landesgruppe NRW für die gelungene Umsetzung dieses Projektes. „Allein dank solch tatkräftiger Unternehmer hat unsere Pflegebranche die Chance auf Entwicklung und Modernisierung und unsere

pflegebedürftigen Menschen im Land und deren Angehörige eine Aussicht auf Versorgungssicherheit.“

Bei einem Rundgang sorgten vor allem die liebevoll gestalteten Milieuräume – das „Café Klatsch“ und die Kneipe „Wupperstube“ – für Aufmerksamkeit. Der alte Schellack-Plattenspieler im Café drehte sich dabei unter dem Kronleuchter, spielte historische Schlager und an der Theke in der „Wupperstube“ wurden frische Getränke angeboten. Ein schönes Ambiente, das den Tagespflegegästen ein „Daheimgefühl“ vermitteln möchte. ipo



Fotos: Jörg Zülich/Lebensbaum

Schauten sich in der neuen Tagespflege um (von links): Anne Loth (Bürgermeisterin von Wipperfürth), Christian Berger (CDU, MdL NRW) und Christine Strobel (Leiterin der bpa-Landesgeschäftsstelle NRW)

Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

Bekanntes Format in neuem Gewand

Kolloquium des bpa zu Digitalisierung und Nachhaltigkeit in der Pflege



Foto: Sabine Baro

Dr. Jeannette Winkelhage, GKV-Spitzenverband

Der bpa NRW hat seine Mitglieder mit einer speziellen Veranstaltung zu Digitalisierung und Nachhaltigkeit informiert. Damit wurde die Veranstaltungsform des „Kolloquiums“ wieder aufgenommen, deren Ziel es ist, Mitglieder und interessiertes Fachpublikum zu aktuellen und wegweisenden Themen aus den unterschiedlichen Blickwinkeln zu informieren. Digitalisierung und Nachhaltigkeit werden den Alltag im Bereich der Pflege maßgeblich verändern. Konsequenterweise schien es dann auch, die Veranstaltung in hybrider Form anzubieten und den Teilnehmern die Entscheidung zu überlassen, ob sie sich persönlich vor Ort oder online informieren wollen. Dabei war der Anspruch an die Technik, eine Kommunikation zwischen allen Teilnehmern sicherzustellen.

Der bpa-Landesvorsitzende Bernhard Rappenhöner eröffnete die Veranstaltung, die im Folgenden von der Leiterin der bpa-Landesgeschäftsstelle Christine Strobel moderiert wurde. Rappenhöner begrüßte alle Anwesenden und brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, dass so zahlreiche Mitglieder der Einladung gefolgt waren.

Im Anschluss hob die NRW-Wirtschaftsministerin und stellv. NRW-Ministerpräsidentin Mona Neubaur mit einer Videobotschaft die Bedeutung beider Themen für

den Bereich der Pflege aus der politischen Perspektive hervor. Dabei betonte sie die Chancen und Arbeitserleichterungen, die durch die Telematikinfrastruktur (TI) ermöglicht werden. Sie verwies auf die virtuelle Visite, die u.a. für das Pflegepersonal und die Fachärzte die Kommunikation vereinfachen und somit die medizinische Versorgung und Begleitung verbessern soll.

Die positiven Entwicklungen, die sich für die Arbeitsbedingungen in der Pflege ergeben, lassen annehmen, dass sich die Attraktivität für den Berufsbereich erhöht. Zum Thema Nachhaltigkeit betonte Ministerin Mona Neubaur die Bedeutung des sozialen Aspektes, der im öffentlichen Diskurs weniger deutlich formuliert wurde.

Die stellv. Referatsleiterin des Bundesgesundheitsministeriums Doreen Klepzig gab einen Überblick zu den Chancen und Möglichkeiten, die sich aus der Nutzung der TI ergeben können. Sie sprach die opti-



Foto: Hans Peter Knips

Simon Maria Kremer, Leitung EDV, digitale Prozesse, Lebensbaum GmbH

mierte Arbeitsorganisation an, die eine verbesserte Versorgungs- und Arbeitssituation zur Folge haben werde. Mit Hilfe der elektronischen Patientenakte (ePA) oder dem elektronischen Medikationsplan (eMP) stehe eine Vereinfachung der Kommunikation im Vordergrund. Deutlich

wurde, dass die Zukunft der Pflege digital fußen wird, auch wenn für die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen nach SGB XI eine Fristverlängerung für die Erfüllung aller technischen Voraussetzungen bis zum 1. Juli 2025 anberaumt wurde.

Dr. Jeannette Winkelhage vom GKV-Spitzenverband widmete sich den Modellprogrammen, die die Einbindung der Pflege in die Telematik-Infrastruktur im Umsetzungsprozess fördernd begleiten. Über einen Förderzeitraum von drei Jahren werde das Ziel verfolgt, Standards für eine strukturierte und automatisierte Datenübertragung zwischen Pflegediensten und Ärzten durch die digitale Vernetzung sicherzustellen. So sei eine zuverlässige und patientenorientierte Versorgung zu erreichen und der Abbau von Bürokratie werde erleichtert. Die damit einhergehende Zeitersparnis wäre ein Gewinn für alle Beteiligten. Von Bedeutung sei hier insbesondere, dass der Austausch von Kundendaten gesichert sei. Es wurde empfohlen, mit der Einführung zeitnah zu beginnen, um allen Beteiligten ein ausreichendes Zeitfenster für die Umsetzung zu geben. Dies schliesse die Unternehmen ein, die mit der technischen Bereitstellung beauftragt seien, berücksichtige die medizinischen Dienstleister und die Mitarbeitenden in den jeweiligen Unternehmen.

Simon Maria Kremer, Leitung EDV, digitale Prozesse der Lebensbaum GmbH, stellte das Projekt „Docs and Care Network“ vor, an dem sich der Träger beteiligt. Kremer beschäftigte sich mit der Frage, inwieweit die Telematikinfrastruktur, die Schnittstellenarbeit und die Kommunikation zwischen der Einrichtung und den medizinischen Dienstleistern tatsächlich optimieren kann. Gleichzeitig gehe es darum, die Wirksamkeit der Förderungsmöglichkeiten zu evaluieren sowie mögliche Hürden im Umsetzungsprozess zu erheben.



Fotos: Hans Peter Knips

Hans-Christoph Reese, Geschäftsführer EB Consult



Jörn Pötting, Pötting Architekten



Christine Strobel, Leiterin der bpa-Landesgeschäftsstelle, überreicht Rechtsanwalt Dr. Lukas Kalkbrenner ein kleines Präsent

In diesem Projekt werde die Datenübertragung von Vitalwerten und Medikamentenplänen zwischen beteiligten Arztpraxen und den Pflegediensten erprobt, um wichtige Erkenntnisse zur Umsetzung der Telematikinfrastruktur zu liefern, die für zukünftige Vernetzung und Arbeit der unterschiedlichen Dienstleister mehr als hilfreich sein werde. Schon jetzt zeige sich auf der technischen Ebene, das zum Beispiel pro Institutionskennzeichen ein Kartenterminal erforderlich oder der Betrieb mehrerer Einrichtungen mit getrennten Modulen möglich sei. Man darf auf die weiteren Erkenntnisse zum Abschluss des Projektes im Jahr 2024 gespannt sein.

Rechtsanwalt Dr. Lukas Kalkbrenner von der Sozietät Friedrich Graf von Westphalen sorgte für „etwas Licht im Paragraphen Dschungel“ beim Thema Digitalisierung in der Pflege. Nach einer Einführung zum gesellschaftspolitischen Hintergrund der digitalen Entwicklung, stellte er die einzelnen Elemente der Telematikinfrastruktur mit den jeweiligen Zuständigkeiten, die aktuellen Entwicklungsstände sowie die weiteren Planungen dar.

Vom elektronischen Rezept (E-Rezept), über den elektronischen Medikamentenplan (eMP) bis zur elektronischen Patientenakte und der digitalen Pflegeanwendung (DiPA) sei allen gemein, dass sich in der Umsetzung noch zahlreiche Herausforderung stellten, sowohl auf der technischen Ebene als auch aufgrund der unterschiedlichen Strukturen der verschiedenen Dienstleister, die sich hier neu vernetzen müssten. Rechtlich blieben hier noch Fragen offen, wie etwa zu den Einwilligungserklärungen, den Verantwortlichkeiten bei der Sicherung des Daten-

transfers vor allem auch dann, wenn sich ein Dienstleister außerhalb der Gematik-Infrastruktur befinde. Kalkbrenner schloss seinen Vortrag mit einem Ausblick auf die Digitalisierungsstrategie des BMG und den Verweis auf das PUEG. Hier soll der Prozess mit Beratung, Information und Förderung etabliert werden.

Zum Thema Nachhaltigkeit nahm Dipl.-Ingenieur Jörn Pötting von Pötting Architekten den Faden auf und stellte sich der Frage, welche Fördermittel für den Effizienz-Neubau oder die Sanierung genutzt werden können. Dass die klimatischen Veränderungen ein Umdenken auch in der Gebäudebranche erfordern, sei bekannt, dass es dabei zur Erreichung des Emissionsminderungszieles dem Klimaschutzgesetz folgend um eine Einsparung von 43 Prozent in nur zehn Jahren gehe, sei eine sportliche Aufgabe, die jeder denkbaren Unterstützung bedürfe. Der Bund stelle dazu verschiedene Wohngebäude-Kredite bereit. Voraussetzung in der Umsetzung sei, dass die EU-Taxonomie für Nachhaltigkeit im Bausektor erfüllt werde – sowohl ökologisch, sozial wie auch ökonomisch. Dies bedeute, dass sich die Finanzierungen nicht nur darauf ausrichteten, dass die Gebäude zum Beispiel nach einer Sanierung dem Klima- und damit Umweltschutz nützlich seien. Man betrachte die Finanzierung umfassend. In der Vorbereitung und Umsetzung von Neubau- oder Sanierungsmaßnahmen gelte es, das Bewahrende mit zu berücksichtigen. Erfolge dies nachweislich, sei eine Förderung möglich.

Hans-Christoph Reese, Geschäftsführer der EB Consult, hob die Unternehmens-

kultur als relevanten Aspekt der Arbeitsrahmenbedingungen hervor, die von elementarer Bedeutung für den Erfolg eines Unternehmens sei, insbesondere wenn es darum gehe, Veränderungsprozesse zu gestalten. Er nahm Bezug zur Nachhaltigkeit, die nicht mehr nur als ideeller und philosophischer Aspekt zu betrachten sei, sondern auch bei der Finanzierung von Vorhaben und Projekten an Bedeutung gewinne. Begegne man diesen Anforderungen mit Konstruktivität, so könne man sich entscheiden, die Nachhaltigkeit im Unternehmen als Kultur zu etablieren, in dessen Prozess alle Mitarbeitenden eingebunden und beteiligt sind.

Abschließend griff Magdalena Berberich vom Steinbeis Forschungsinstitut Solites das Thema Nachhaltigkeit im Arbeitsalltag auf. Sie leitete die Notwendigkeit der Ressourcenschonung für die stationären Pflegeeinrichtungen vom durchschnittlichen ProKopf-Verbrauch von Wärme der Bewohner ab, der dem Verbrauch einer vier- bis sechsköpfigen Familie entspreche. Ebenso sei das Aufkommen von Restmüll, Speiseresten und Einmalprodukten hoch. Über die gezielte Entwicklung eines Konzeptes zur Ressourcenschonung konnte in elf Piloteneinrichtungen durchschnittlich eine Reduzierung des Verbrauches von Wasser (21 %), Strom (12 %) und Wärme (12 %) erreicht werden. Das habe gelingen können, weil die Mitarbeitenden beteiligt wurden, sich mitgenommen fühlten und sich in ihrer Wirksamkeit erleben konnten. Mit diesem Beispiel zu einem erfolgreichen, ressourcenschonenden und damit umweltfreundlichen Veränderungsprozess endete das Kolloquium in Dortmund 2023. sb

Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

Seniorenzentrum Eichenhof feierte sein 10-Jähriges

Das Seniorenzentrum Eichenhof konnte jetzt sein 10-jähriges Bestehen feiern. Hans Peter Knips, der bereits vor zehn Jahren als bpa-Landesbeauftragter zur Eröffnung der bpa-Mitgliedseinrichtung in Warendorf gekommen war, richtete lobende Worte an die Träger Michael Kamp und Gunnar Sander. „Ziel war es, eine Einrichtung zu schaffen, die den pflegebedürftigen Menschen bestmögliche Unterstützung und Hilfe bietet.“ Dies sei den Pflegeunternehmern sehr gut gelungen, so Knips, der die Glückwünsche des bpa überbrachte. Das Seniorenzentrum Eichenhof war die erste erfolgreiche Station auf dem Weg zu einer mittelständischen Pflegegruppe im Münsterland, die heute mit 20 Einrichtungen und Diensten als AP-Pflegedienste GmbH erfolgreich arbeitet.

Michael Kamp freute sich über die Ehrenurkunde des bpa, die im Seniorenzentrum Eichenhof einen würdigen Platz finden soll: „Für uns ist diese An-

erkennung auch eine Bestätigung dafür, dass wir es gut und richtig gemacht haben.“ Sein Dank galt in besonderer Weise den Mitarbeitenden der Einrichtung. Unter tosendem Applaus wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ersten Stunde hervorgehoben, darunter die PDL Susanne Dierkes, die nun ihr Zepter weitergeben wird.

Die Unternehmensgruppe AP-Pflegedienste werde weiterwachsen, kündigte Michael Kamp an. „Sorgen macht uns die Personalsituation. Zwar haben wir im Warendorfer Seniorenzentrum Eichenhof die Personalknappheit noch immer im Griff, uns geht es da besser als anderen, dennoch liegt unser Hauptaugenmerk auf der Gewinnung junger Leute, die sich für den Pflegeberuf begeistern lassen.“

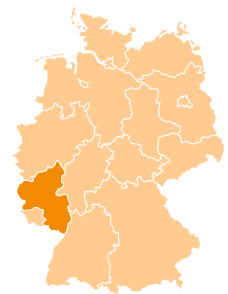
Insofern begrüße er das Engagement des bpa und der apm (Akademie für Pflegeberufe und Management), die ab Oktober 2023 auch am Standort Müns-



Foto: Anette Klips

Jubiläumsurkunde des bpa überreicht (von links): Hans Peter Knips (bpa), Susanne Dierkes (PDL der ersten Stunde) und Pflegeunternehmer Michael Kamp

ter neben der Ausbildung zur Pflegefachassistentin/zum Pflegefachassistenten auch die dreijährige Ausbildung zur Pflegefachfrau/zum Pflegefachmann anbieten wird. „Das hilft uns sehr und gibt den Schülerinnen und Schülern eine ortsnahe Ausbildungsperspektive des eigenen Verbandes.“ hpk



Landesgruppe Rheinland-Pfalz

Endlich wieder in Präsenz – Mitgliederversammlung und Fachtag in Ingelheim



Foto: IKUM/HeikeRost.com

Die „KING Kultur- und Kongresshalle“ in Ingelheim am Rhein

Nach pandemiebedingter Pause konnten die rheinland-pfälzische Mitgliederversammlung und die Fachtagung des bpa in diesem Jahr endlich wieder in Präsenz stattfinden. Das Team der bpa-Landesgeschäftsstelle in Mainz, der Vorstand und rund 100 Mitglieder freuten sich über das Zusammenkommen und den Austausch untereinander in der „KING Kultur- und Kongresshalle“ in Ingelheim am Rhein. Auch den Referenten auf der Bühne merkte man die Freude an, ihre Vorträge live vor Publikum halten zu können.

Nach der Eröffnung durch Bernd Meurer, bpa-Landesvorsitzender und bpa-Präsident, flankierten die anschließenden Vorträge das diesjährige Schwerpunktthema der Versammlung: „Damit aus dem Personalmangel kein Angebotsmangel wird – Strategien gegen die Überlastung der Einrichtungen“.

Dr. Sven Halldorn, Geschäftsführer des bpa Arbeitgeberverbandes, hob aktuelle und zukünftige arbeitsrechtliche Herausforderungen für Arbeitgeber in seinem kurzweiligen Vortrag hervor und gab den Mitgliedern dazu wichtige Hinweise an die Hand.

Wie kann ich mein Personal besser schützen? Joachim Görtz, Leiter der bpa-Landesgeschäftsstelle Bayern, stellte Tipps zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement vor, um präventiv der Arbeitsbelastung der Pflegekräfte entgegenzuwirken.

Über die Themenschwerpunkte seiner Arbeit in den vergangenen Monaten sprach der Vorstand der bpa-Landesgruppe Rheinland-Pfalz, wobei das GVWG (Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz) im Vordergrund stand. Jutta Schier, Leiterin der bpa-Landesgeschäftsstelle Rheinland-Pfalz berichtete über die Tätigkeit der Pflegegesellschaft Rheinland-Pfalz. Schier war im Dezember 2022 zur Vorsitzenden der Pflegegesellschaft Rheinland-Pfalz an der Seite von Gerhard Lenzen vom Deutschen Roten Kreuz gewählt worden.

Pflegebedürftige von Ausbildungs- und Behandlungskosten entlasten

Nach dem Mittagsimbiss eröffnete Bernd Meurer gemeinsam mit Dr. Fedor Ruhose, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung des Landes Rheinland-Pfalz, die Fachtagung, die vor allem die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen der Pflegeeinrichtungen in den Mittelpunkt stellte und Lösungsansätze aufzeigte.



Foto: Barbara Goetsch

Diskussionsrunde mit (von links): Martin von Berswordt-Wallrabe, Bernd Meurer, Dr. Fedor Ruhose und Martin Kowalik

„Es gibt Lösungen – wenn alle mitziehen“ – Mit seinem Vortrag stellte Markus Kowalik, Leiter Personal- und Integrationsmanagement Creatio GmbH, seine Erfahrungen rund um das Thema ausländische Fachkräfte vor. Im Anschluss diskutierten Dr. Fedor Ruhose, Bernd Meurer und Markus Kowalik über den Fachkräftemangel sowie die hohe Kostenbelastung für pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige.

Der Anstieg der Eigenanteile in der stationären Pflege lasse sich nicht umkehren, aber mit konkreten Maßnahmen des Bundes erheblich bremsen, betonte der bpa-Landesvorsitzende und Präsident Bernd Meurer. „Die Ampelkoalition muss endlich umsetzen, was sie in ihrem eigenen Koalitionsvertrag versprochen hat: Pflegebedürftige müssen von den Ausbildungskosten entlastet

werden, die derzeit auch über die Eigenanteile finanziert werden.“ Damit könnten die Eigenleistungen der Pflegebedürftigen spürbar gebremst werden, so Meurer.

Er erinnerte auch an eine seit Jahren bestehende Ungerechtigkeit: „Wer in einer stationären Pflegeeinrichtung Behandlungspflege benötigt, muss diese über die Eigenanteile selber bezahlen. In jedem anderen Lebensbereich ist das Aufgabe der Krankenkassen. Diese Ungleichbehandlung muss beendet werden“, forderte Meurer. Der Schlüssel zur Entlastung der Pflegebedürftigen liege in Berlin. Immer allein auf die Länder zu zeigen, helfe nicht weiter.

Digitale Pflegehelfer können unterstützen

Das Thema Fachkräftemangel von einer anderen Seite angehen – und zwar mit Unterstützung digitaler Helfer: Hans Jürgen Neffgen, Leiter IT und Baumanagement AWO Kreisverband Neuwied, und Anja Jung, Vorstandsvorsitzende AWO Kreisverband Neuwied, stellten den Mitgliedern ihre digitalen Pflegehelfer vor und zeigten auf, welche Hilfen und Möglichkeiten im Arbeitsalltag unterstützen können. Beide haben sich intensiv in das Thema eingearbeitet und zahlreiche Möglichkeiten zusammen mit Mitarbeitern ausprobiert. Eine Auswahl der „Best of Practice“ stellten sie dem staunenden Publikum auf der Fachtagung vor.



Foto: Barbara Goetsch

Jutta Schier, bpa-Landesgeschäftsstellenleiterin, Geschäftsbereichsleiterin Wirtschaft des bpa und Vorsitzende der Pflegegesellschaft Rheinland-Pfalz

Wie finde ich meine Kräfte von morgen in den sozialen Netzwerken? Als Kommunikationsmanager weiß Martin von Berswordt-Wallrabe worauf es beim Social Recruiting ankommt. Mit wissenswerten Fakten und einer Prise Humor zog er am Ende eines langen Tages nochmal alle Aufmerksamkeit auf ein wichtiges Thema: „Wie gelingt es mir, zukünftige Mitarbeiter für mein Unternehmen in den sozialen Medien anzusprechen und ihr Interesse zu wecken?“

Wie erhofft, spielte bei der Abendveranstaltung das Wetter mit: Bei sommerlichen Temperaturen konnten die Gäste bis nach Mitternacht im Weingut Wassem in Ingelheim unter freiem Himmel die kühlen Weine zum Abendessen und Musik genießen und den Tag ausklingen lassen.

Workshops zu rechtlichen Rahmenbedingungen

Am zweiten Tag folgten die Workshops: Katja König, Mitglied des Landesvorstands, Dieter Hewener, stellvertreten-

der Vorsitzender, und Jutta Schier stiegen in ein für stationäre Mitglieder wichtiges Thema ein: Das neue Personalbemessungsinstrument und seine Umsetzung § 113 c SGB XI. Sie zeigten die rechtlichen Rahmenbedingungen auf und gaben den Mitgliedern praktische Umsetzungsmöglichkeiten mit auf den Weg.

Parallel erläuterte Uwe Clasen, Geschäftsführer Genussvoll Vital UG, wie Pflegedienste selbst einen Betriebscheck durchführen können, um sich noch besser aufzustellen: Wertvolle Tipps zur Analyse des eigenen Pflegedienstes und zur Reduzierung der Kosten konnten hierbei die ambulanten Mitglieder mit in ihre Unternehmen nehmen.

Aktuelles aus der Hauptstadt

Danach teilten sich die Mitglieder noch einmal in zwei Workshops auf: In rheinland-pfälzischer Tradition nahmen Pascal Tschörtner, bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter stationäre

Versorgung, sowie Sven Wolfgram, bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter ambulante Versorgung, die Mitglieder parallel mit in ihre Vorträge zu aktuellen Neuigkeiten aus der Pflegepolitik direkt aus Berlin.

Wirtschaftlichkeit sichern

Den Abschlussvortrag hielt Nico Kling, Leiter der Geschäftsstellen Ost & Nord der bpa-Servicegesellschaft zu einem Thema, das ambulante wie stationäre Mitglieder gleichermaßen interessierte: Wie sichere ich die Wirtschaftlichkeit von Pflegediensten und Einrichtungen in herausfordernden Zeiten ab? Dabei gelang es ihm hervorragend, mit seinem Vortrag an die der beiden Veranstaltungstage inhaltlich gekonnt anzuknüpfen.

Wer sich den Termin der Mitgliederversammlung und Fachtagung 2024 in den Kalender eintragen möchte – er steht schon fest: Es ist der 2. und 3. Juli 2024 – wieder in der „KING Kultur- und Kongresshalle“ in Ingelheim. goe

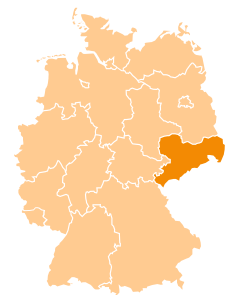
Landesgruppe Sachsen

Leinen los! Weitere 30 Jahre mit voller Kraft voraus!

Mitglieder des bpa in Sachsen waren Ende Juni in Dresden zu gleich drei Veranstaltungen im Rahmen des 30-jährigen Jubiläums der bpa-Landesgruppe zusammengekommen: Mitgliederversammlung, Jubiläums-Schiffahrt und Sächsischer Unternehmertag Pflege.

Zum Auftakt der Veranstaltungsreihe informierte der bpa-Landesvorstand auf der Mitgliederversammlung am 21. Juni 2023 in Dresden vor fast 110 Mitgliedern über die Schwerpunkte der Aktivitäten des bpa im vergangenen Jahr, das von der Umsetzung der sogenannten Tariftreueregelung des GVWG geprägt war. Pascal Tschörtner, bpa-Geschäftsführer und Leiter des Geschäftsbereichs stationäre Versorgung, be-

richtete anschließend über das Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG) sowie über weitere aktuelle bundespolitische Themen wie das Pflegestudiumstärkungsgesetz, den Stand der Digitalisierung in der Pflege und die alarmierende wirtschaftliche Situation von Pflegeeinrichtungen in Deutschland, wonach sich aktuell fast 70 Prozent in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sehen.



Bei der Vorstandswahl wurden Igor Ratzenberger als Vorsitzender und Frank Zwinscher als stellvertretender Vorsitzender sowie die weiteren Beisitzer in ihren Ämtern bestätigt. Neu in den Vorstand gewählt wurden Jens Bretschneider (Dr. W. Schwabesche Heimstättenbetriebsgesellschaft gGmbH) und Ralf Stähler (advita Pflegedienst GmbH).

30-jähriges Jubiläum mit prominenten Gästen

Auf dem Elbdampfer „August der Starke“ feierten die bpa-Mitglieder abends bei bestem Wetter das 30-jährige Jubiläum der bpa-Landesgruppe Sachsen. Prominente Gäste waren die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Petra Köpping, die Verbandsdirektorin des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen (KSV S) Christin Wölk und bpa-Präsident Bernd Meurer.

In ihren Grußworten würdigten sie den bpa als konstruktiven Partner in der Selbstverwaltung und die kontinuierliche, erfolgreiche Arbeit der Landesgruppe mit ihren inzwischen über 900 Mitgliedereinrichtungen, die sich im zunehmend verschärfenden Wettbewerb nicht nur in beeindruckender Weise behaupten, sondern ihre Marktanteile auch kontinuierlich ausbauen konnten und aus der hiesigen Pflegelandschaft längst nicht mehr wegzudenken sind. Angesichts der bekannten Probleme in der Pflege bekräftigte Staatsministerin Köpping, dass Pflegenden die Bedingungen bekommen sollten, die sie brauchen. So solle in Sachsen unter anderem die Pflegehelferausbildung vereinfacht werden, im Herbst wolle sie des Weiteren eine neue Kampagne zur Bewerbung des Pflegeberufs initiieren.

Verbandsdirektorin Christin Wölk wies auf die zunehmende Anzahl älterer Menschen mit Behinderungen sowie die Problematik steigender Eigenanteile in der Pflege hin, die letztlich von den Trägern der Sozialhilfe getragen würden. Um diese Schwierigkeiten tatsäch-

lich in den Griff zu bekommen, brauche es politisch den großen Wurf, wobei auch „out of the box“ gedacht werden müsse. Gemeint ist damit: offen für Neues zu sein und auch mal über den Tellerrand zu schauen.

Es gibt zu viele Vorschriften und Beschränkungen

bpa-Präsident Meurer knüpfte direkt hieran an und erwiderte, dass den Einrichtungen diese Möglichkeiten längst genommen worden seien, vielmehr befänden sich die Unternehmen in einem Korsett, ohne die Möglichkeit zu haben, kreativ agieren zu können. So sei viel zu viel vorgeschrieben, wie etwa die Qualifikation und Vorhaltung des Personals sowie dessen Bezahlung.

Die Pflegeeinrichtungen seien erheblichen Kostensteigerungen ausgesetzt. Gründe dafür seien anhaltende Folgen der Pandemie, hohe Energiekosten, Inflation sowie die Pflicht zur Zahlung nach Tarif ohne Refinanzierung. Denn trotz monatelanger Verhandlungen mit den Kranken- und Pflegekassen konnten diese Kosten nicht überall angemessen refinanziert werden. Viele Pflegeunternehmen gerieten dadurch in wirtschaftliche Existenznot bezie-

hungsweise mussten inzwischen Insolvenz anmelden.

Leider sei ein Großteil dieser Entwicklungen von den Kostenträgern nicht rechtzeitig erkannt worden, der Politik würde jedweder Weitblick fehlen. Meurer appellierte daran, den Pflegeeinrichtungen ihre unternehmerischen Freiheiten zurück zu geben. Um den Personalmangel in den Griff zu bekommen, bedürfe es keiner Kampagnen, sondern einer schnellen Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte in die Pflege. Ansonsten „saufe das Schiff im wahrsten Sinne des Wortes ab“, so der bpa-Präsident.

Sächsischer Unternehmertag Pflege

Beim zwölften „Sächsischen Unternehmertag Pflege“ im historischen Güterbahnhof in Radebeul standen am Folgetag die Themen Arbeitgeberattraktivität, Markenpflege und Unternehmensnachfolge im Mittelpunkt.

Felix Anrich, Geschäftsführer der „Fairfamily GmbH“, stellte die branchenübergreifende Unternehmensberatung mit dem Schwerpunkt Arbeitgeberattraktivität vor und wies die rund 170 Teilnehmer auf die Punkte hin, mit denen sich Arbeitgeber von ihren Mitbe-



Foto: Antje Kunde

Dresdner Altstadt mit Elbdampfer „August der Starke“ (rechts): Hier feierten die Mitglieder das 30-jährige Jubiläum der sächsischen bpa-Landesgruppe.

werberrn abheben können. Speziell zum Unternehmertag erhielten sie die Möglichkeit, einen „Online-Benefit-Check“ mit individueller Auswertung durchzuführen.

Im Anschluss sensibilisierte der Coach, Fotograf und Bildexperte Lars Neumann anhand verschiedener Beispiele, wie subtil mit Bildern kommuniziert, welche Inhalte transportiert werden können. Da dies nicht nur eine sachliche, sondern immer auch eine persönliche Seite beinhaltet, müssten sich Einrichtungen von vornherein im Klaren darüber sein, was wirklich kommuniziert werden sollte.

Die immer wichtiger werdende Frage der richtigen Gestaltung der Unternehmensnachfolge waren danach Gegenstand der Ausführungen von Grit Fischer von der IHK Dresden, Leiterin des Referats Wirtschaftsförderung. Allein in Sachsen stünden im Zeitraum 2022

bis 2026 7.600 Unternehmensnachfolgen an, auf die sich rechtzeitig und vor allem strukturiert vorbereitet werden müsste.

Denis Spatzier, Vertreter der gesetzlichen Krankenversicherung der BGF-Koordinierungsstelle Sachsen, stellte die betriebliche Gesundheitsförderung als Teil des betrieblichen Gesundheitsmanagements vor. Der Mehrwert für Unternehmen könne sein: Besseres Betriebsklima, höhere Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit, Vorteile beim Recruiting, weniger Arbeitsausfälle, positiveres Unternehmensimage sowie eine geringere Mitarbeiterfluktuation.

Steffen L. Schlatter, Head of Sales and Marketing von Great Place to Work, und Olav Sehlbach, Initiator des Branchenprüfsystems „Attraktiver Arbeitgeber Pflege“ warben jeweils für die beiden Zertifizierungsmöglichkeiten. Dabei betonten sie, dass die Siegelerlangung

nicht Selbstzweck sein dürfe, sondern es vielmehr darauf ankomme, dass der Prozess der Fragebogenausfüllung zum einen transparent kommuniziert werde und zum anderen aus den gewonnenen Ergebnissen gelernt und die entsprechenden Konsequenzen abgeleitet würden.

Abgerundet wurde das Programm von Jan Slanina, Geschäftsinhaber der Unternehmensberatung für Heilberufe „Comes Medicorum“. Dieser lenkte den Blick auf die „Selbst“-Optimierung des Unternehmers und die unter anderem damit verbundenen Fragestellungen: Wie geht es mir? Bin ich zufrieden? Was treibt mich an? Erst die Kenntnis der eigenen Motive, Motivation und Persönlichkeitseigenschaften seien die Voraussetzungen, so Slanina, um die persönliche und kommunikative Kompetenz zu verfeinern, die es wiederum erleichtere, sich selbst oder andere zu führen und ein erfolgreiches Miteinander zu pflegen. os

Anzeige



DIE KONGRESSMESSE
DER SOZIALWIRTSCHAFT
Einzigartig vielfältig.

INNOVATION X SOZIAL: MITEINANDER NACH VORN.

**Treffpunkt der sozialen Szene.
Ganz persönlich, von Mensch zu Mensch!**

25.–26. Oktober 2023
NürnbergMesse



Folgen Sie uns auf







[consozial.de](https://www.consozial.de)

Veranstalter

Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales



#BAYERN.
GEMEINSAM.
STARK.

NÜRNBERG MESSE



Foto: Olaf Schwabe

Der neue Landesvorstand (von links): Stefan Vogler, Judith Richter, Frank Zwinscher, Igor Ratzemberger, Angelika Benkenstein, Andreas Märten, Jens Bretschneider, Christian Timm und (nicht im Bild): Ralf Stähler



KSV S-Verbandsdirektorin Christin Wölk, bpa-Vorstandsmitglied Stefan Vogler und bpa-Präsident Bernd Meurer



Fotos: Antje Kunde

Stellvertretender bpa-Vorsitzender Frank Zwinscher und KSV S-Verbandsdirektorin Christin Wölk



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Unternehmertages im historischen Güterbahnhof in Radebeul



Staatsministerin Petra Köpping und bpa-Vorsitzender Igor Ratzemberger

Landesgruppe Sachsen

Landesrechtlich geprüfte Pflegehelfer sind die Berufsgruppe der Stunde

Externenprüfung bestanden – 31 Absolventinnen und Absolventen konnten ihre Berufsurkunden in Empfang nehmen

Durch Umsetzung des neuen Personalbemessungssystems werden in stationären Pflegeeinrichtungen deutlich mehr Pflegekräfte mit einem staatlichen Abschluss benötigt. Derzeit sind diese aber kaum zu finden. Die sächsischen bpa-Mitgliedsbetriebe aus Bildung und Praxis haben deshalb ein Pilotprojekt auf den Weg gebracht, in welchem sich bereits beschäftigte Pflegekräfte auf eine Externenprüfung an der Berufsfachschule für Pflegehilfe vorbereiten und dann ihren Abschluss als Pflegehelfer in Sachsen ablegen können.

Die BIP Chemnitz gGmbH hat dafür einen achtmonatigen Vorbereitungskurs zertifizieren lassen, sodass die Teilnehmenden größtenteils in voller Höhe durch das Qualifizierungschancengesetz über die Bundesagentur für Arbeit gefördert werden konnten. Insgesamt stellten sich 37 Personen der sogenannten Schulfremdenprüfung, welche in Sachsen in der Berufsfachschulordnung geregelt ist.

Die Hürden auf dem Weg zum Berufsabschluss sind dabei äußerst hoch: Die Prüflinge müssen in allen Lernfeldern der Stundentafel eine Prüfung ablegen. Liegt nur der Hauptschulabschluss vor, müssen die Prüflinge auch noch die berufsübergreifenden Fächer Deutsch, Englisch und Gemeinschaftskunde als mündliche Prüfungen ablegen. Insgesamt stehen dann bis zu zehn Prüfungen auf dem Programm.

31 Personen haben diese Hürden genommen und konnten am 7. Juli 2023 glücklich und stolz ihre Berufsurkunden in Empfang nehmen. Die sächsischen Einrichtungen der „Katharinenhöfe“ konnten eine eigene Klasse bilden und haben nun zwölf ausgebildete Pflegehelferinnen und Pflegehelfer mehr in ihren Reihen.

Das Projekt findet auch leistungserbringerübergreifend großen Zuspruch. Der nächste Kursstart im September 2023 ist mit 50 Anmeldungen bereits ausgebucht.

Der bpa Sachsen engagiert sich weiterhin für deutliche Vereinfachungen im Rahmen der Externenprüfung (sog. Schulfremdenprüfung) und setzt seinen Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern der zuständigen Sozial- und Kultusministerien stetig fort. jr



Absolventin Jasmin Bräckle (Mitte) mit ihrem Chef Christian Timm (Geschäftsführer Landpflegeheim Timm) und Judith Richter (Schulleiterin BIP Chemnitz gGmbH), beide Vorstandsmitglieder in der bpa-Landesgruppe Sachsen



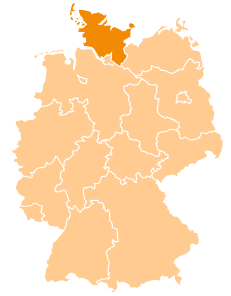
Absolventin Monique Kilchmann von der Mitgliedseinrichtung K&S Rodewisch mit Schulleiterin Judith Richter



Fotos: Judith Richter

Glückliche Absolventen der sächsischen „Katharinenhöfe“ mit extra für den Abschluss gestalteten T-Shirts

Landesgruppe Schleswig-Holstein



Virtueller Fachtag zur Digitalisierung in der ambulanten Pflege

Der bpa setzt sich im Rahmen der AG Pflegequalität des Landespflegeausschusses in Schleswig-Holstein verstärkt dafür ein, dass die notwendigen Schritte getan werden, um die Digitalisierung in der ambulanten Pflege voranzubringen. Im Rahmen eines virtuellen Fachtages mit mehr als 120 Teilnehmenden am 13. Juni 2023 wurden wirkungsvolle Ansätze und Finanzierungsmöglichkeiten sowie technisch mögliche Lösungen verschiedener Softwarehersteller vorgestellt.

In Zeiten von Personalknappheit und Kostenexplosionen ist es umso wichtiger, die Einsparpotenziale zu nutzen, die durch digitale Anwendungen Arbeitsprozesse erleichtern können. Die ambulante Pflege könnte bereits jetzt verstärkt von digital gestützten Prozessen, zum Beispiel in der Kommunikation, der Einsatz- und Tourenplanung, der Dokumentation und Leistungserfassung profitieren. Der Gesetzgeber hat etwa mit dem Beschäftigtenverzeichnis, der Telematikinfrastruktur und digitalen Pflegeanwendungen weitere digitale Ansätze auf den Weg gebracht. Dennoch hinkt die Digitalisierung in der ambulanten Pflege auch im internationalen Vergleich hinterher.

Vor allem kleinere ambulante Pflegedienste werden vor enorme Herausforderungen gestellt. Denn zur Umsetzung sind nicht nur umfangreiche Investitionen und der sichere Umgang mit den Rechtsgrundlagen erforderlich, auch die Bereitschaft der Kostenträger, in den eigenen Strukturen die Digitalisierung voranzubringen, ist unabdingbar.

Daniel Zwick vom „Pflege- und Beratungszentrum Zwick GmbH“, bpa-Mitgliedseinrichtung in Bargteheide, hat sich am bundesweiten Telematikmodellprojekt beteiligt und die Umstellung auf eine digitale Pflegeakte ist beim Pflegedienst Zwick bereits erfolgt. „Eine Entwicklung, die die Kostenträger allerdings überwiegend noch nicht mitgehen“, bedauerte Zwick. Allerdings bringen Rahmenvertragsveränderungen allein auch keine Dynamik in die Umsetzung von digitalen Anwendungen. Dies zeigte der Blick über die Landesgrenze, wie Berthold Denzel, Landesbeauftragter des bpa Baden-Württemberg, ernüchtert berichten konnte.



Foto: Daniel Zwick

Daniel Zwick hat seinen ambulanten Pflegedienst bereits auf die Nutzung der digitalen Pflegeakte umgestellt.

Mit den Änderungen im § 105 Abs. 2 SGB XI zur Abrechnung pflegerischer Leistungen im Rahmen des Bürokratieentlastungsgesetzes II ist bereits im Mai 2017 ein erster Schritt erfolgt. Spätestens jetzt ist darauf hinzuwirken, dass auch die Kostenträger (Pflegekassen/Sozialhilfeträger) durchgängig die Möglichkeit der digitalen Datenübertragung einführen.

Für den bpa in Schleswig-Holstein heißt dies auch, sich mit Nachdruck im Landespflegeausschuss für die weiteren Umsetzungen, hin zu einer voll digitalisierten Leistungs- und Abrechnungsmöglichkeit für Schleswig-Holstein einzusetzen. Für den Vorstand Landespflegeausschuss wird aktuell mit Unterstützung des bpa eine Empfehlung zur weiteren Umsetzung der digitalen Abrechnung erarbeitet. Ziel der gemeinsamen Initiative soll sein, den digitalen Austausch mit den Kostenträgern zukunftsfähiger und unbürokratischer zu gestalten. Dazu gehört es auch, die händische Unterschrift durch digitale Formen zu ersetzen. abu

Landesgruppe Schleswig-Holstein

Markt der Möglichkeiten – Demenz und Ernährung



Fotos: Lars Tosch

Die Messestände mit ihren verschiedensten Informations- und Hilfsmittellangeboten stießen auf großes Interesse bei den Besucherinnen und Besuchern

„Das Leben und der Umgang mit Demenz ist eine der größten Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Wir können die Krankheit nicht verhindern, aber wir können durch gezielte Maßnahmen den Verlauf beeinflussen und die Betroffenen und ihre Angehörigen unterstützen. Die Ernährung spielt dabei eine entscheidende Rolle.“ Mit dieser Botschaft hat Sozialministerin Aminata Touré am 9. Mai 2023 den „Markt der Möglichkeiten“ zum Thema Demenz und Ernährung im Wissenschaftszentrum Kiel eröffnet. Das Sozialministerium hat die Veranstaltung finanziell gefördert. Der vom bpa als geschäftsführendem Verband vom Forum Pflegegesellschaft e.V. gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Ernährung/Vernetzungsstelle Seniorenernährung mitgestaltete Fachtag war ein voller Erfolg.

Über 200 Teilnehmende, darunter auch einige Ausbildungsjahrgänge der Pflege, besuchten die Veranstaltung, bei der neben fachlichen Kurzvorträgen zur veränderten Ernährung bei Demenz, Mundgesundheit, Mangel- und Unter-

ernährung auch pflegerische und therapeutische Ansätze vorgestellt und diskutiert wurden.

Vor allem die Messestände wurden stark frequentiert. Hier konnten sich pflegende An- und Zugehörige, Interessierte, Auszubildende und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Pflege- und Gesundheitsbereich rund um das Themenfeld „Demenz und Ernährung“ informieren. Hilfsmittel für den Alltag wurden ebenso gezeigt, wie die richtige Anwendung und Wirkung von Nahrungsergänzungs- und Andickungsmitteln. Pflegerische Betreuungsangebote, ein Demenz-Parcours und das spezifische Kochbuch „...aber bitte mit Sahne“ wurden von der Alzheimer Gesellschaft und dem Kompetenzzentrum Demenz in Schleswig-Holstein vorgestellt.

„Dieser Fachtag hat viele Impulse und Anregungen für die Praxis gebracht. Die begeisterte Rückmeldung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer hat deutlich gemacht, dass gerade nach den Erfahrungen in der Pandemie, der Wunsch nach persönlichem Austausch und

fachlichem Input mit Messecharakter erheblich ist“, so Mathias Steinbuck, Vorsitzender der bpa-Landesgruppe Schleswig-Holstein und bpa-Präsidiumsmitglied. „Die Planungen für eine Folgeveranstaltung laufen bereits.“



Markt der Möglichkeiten eröffnet (von links): Dr. Petra Schulze-Lohmann (Sektionsleiterin DGE SH), Schleswig-Holsteins Sozialministerin Aminata Touré, Anette Langner (Sprecherin Forum Pflegegesellschaft e.V.) und Mathias Steinbuck, Vorsitzender der bpa-Landesgruppe Schleswig-Holstein

Landesgruppe Schleswig-Holstein

Von der Ukraine ins Pflegeheim in Heide – Die Landeskoordinierungsstelle hilft

Seit Kriegsbeginn im Februar 2022 sind die Lebensbedingungen für Menschen in der Ukraine schwierig bis unerträglich geworden. Gerade für Menschen mit Behinderung und Menschen mit einem Hilfe- oder Pflegebedarf stellt die Ausreise beziehungsweise Flucht eine besondere Herausforderung dar. Seit März 2022 wird die Einreise nach Deutschland für Personen mit einem Bedarf an professioneller Unterstützung durch eine landesweite Koordinierungsstelle begleitet.

„In der Ukraine werden die Evakuierungen vorbereitet und wir von der Landeskoordinierungsstelle suchen für diese Menschen bedarfsgerechte Plätze in Einrichtungen und übernehmen alle notwendigen bürokratischen Schritte“, sagt Anna Meiners, die Leiterin der Landeskoordinierungsstelle für geflüchtete Menschen mit Behinderungen und/oder Pflegebedarf aus der Ukraine in Schleswig-Holstein.

Die Landeskoordinierungsstelle für geflüchtete Menschen mit Behinderungen und/oder Pflegebedarf aus der Ukraine wurde 2022 vom Forum Pflegegesellschaft e.V. ins Leben gerufen. Bisher konnten fast 50 Menschen mit Hilfe- oder Pflegebedarf erfolgreich in Pflegeeinrichtungen in ganz Schleswig-Holstein vermittelt werden.

Erst kürzlich konnten erneut schutzbedürftige Menschen aus der Ukraine nach Deutschland evakuiert werden. Drei der ukrainischen Geflüchteten haben bei der bpa-Mitgliedseinrichtung „Domicil Seniorenpflegeheim Am Markt“ in Heide einen Pflegeplatz bekommen. „Die Zusammenarbeit mit al-



Foto: Monika Radau/Domicil

Mitarbeitende des Seniorendomicils in Heide

len Behörden war reibungslos. Innerhalb einer Woche war alles geregelt. Ob die Ausländerbehörde, das Amt für soziale Teilhabe, der Fachdienst für Ordnung und Sicherheit, das Bürgerbüro der Stadt Heide – alle haben in kürzester Zeit die benötigten Papiere ausgestellt, sodass die ukrainischen Geflüchteten in Ruhe ankommen konnten“, berichtet Monika Radau, die Leiterin des Seniorenpflegeheims.

Sie hebt die gute Zusammenarbeit mit der Landeskoordinierungsstelle, der DRK-Bundesgeschäftsstelle Berlin und

dem Ukraine-Ankunftszentrum in Berlin Tegel hervor. „Alle standen uns für Fragen und Problemlösungen zur Seite.“ Auch das Team der Pflegeeinrichtung in Heide habe sich mit viel Kreativität und Verständnis dafür eingesetzt, den neuen Bewohnerinnen und Bewohnern das Ankommen fernab der Heimat zu erleichtern.

„Um die ukrainischen Menschen leichter zu integrieren, haben wir per Translator die Verständigung gesucht, aber auch unsere russisch sprechenden Kolleginnen und Kollegen kümmerten sich rührend um die Neuankömmlinge, die allesamt eine schwere Zeit mit Entbehrungen, Bombenangriffen und täglichem Überlebenskampf hinter sich haben“, so Monika Radau. „Sie sind jetzt in einem fremden Land, hilfebedürftig, der Sprache nicht mächtig und können nur schwer mit den neuen Gegebenheiten umgehen.“

Ihre Betreuungskräfte entwickelten Karten für eine leichtere Verständigung und klebten Landkarten zusammen, damit die ukrainischen Bürger wissen, wo sie hingezogen sind, wie weit es von der Ukraine entfernt ist und in welchem Bundesland sich Heide befindet.

„In täglichen Gesprächen versuchen wir, das Vertrauen der ukrainischen Flüchtlinge zu erlangen, sind diese doch durch die schrecklichen Erlebnisse traumatisiert und unsicher. Wir werden alles dafür tun, diesen Menschen einen guten Aufenthalt mit der bestmöglichen Integration in unseren Alltag zu ermöglichen“, verspricht die Heimleiterin.

Anna Meiners/abu

Verdiente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

In den vergangenen Monaten konnten zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des bpa ihr Betriebsjubiläum feiern

Norbert Grote, 20 Jahre bpa



Bernd Meurer ehrte Norbert Grote am Rande der Präsidiums Klausur im Juli in Köln persönlich und sprach ihm auch im Namen des Präsidiums seine Anerkennung aus. „Ihr langjähriges Engagement, ihre Ideen und ihre Leidenschaft für die private Pflege haben den bpa erfolgreich gemacht. Dafür danken wir Ihnen sehr herzlich.“

Seit zwei Jahrzehnten gestaltet Norbert Grote den bpa mit – nach Stationen in den Bundesländern inzwischen als Hauptgeschäftsführer an der Spitze der Bundesgeschäftsstelle. Zu diesem Dienstjubiläum gratulierte ihm bpa-Präsident Bernd Meurer jetzt herzlich: „Seit inzwischen 20 Jahren gestalten Sie die

Entwicklung des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste in verschiedenen Funktionen auf der Landes- und Bundesebene und jetzt als Hauptgeschäftsführer entscheidend mit. Vielen Dank für Ihren Einsatz, lieber Norbert Grote, wir freuen uns auf die nächsten 20 Jahre!“

Dr. Oliver Stegemann, 20 Jahre bpa



Foto: Susanne Jauch

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin: bpa-Präsident Bernd Meurer gratulierte Dr. Oliver Stegemann auch im Namen des gesamten Präsidiums zum 20-jährigen Dienstjubiläum beim bpa

Am 1. September 2003 hießen unsere Gesundheitsministerin Ulla Schmidt und der neue Justitiar beim bpa Oliver Stegemann. 20 Jahre, fünf Gesundheitsminister und eine Promotion später sind wir sehr froh, dass Dr. Stegemann dem bpa all die Jahre treu und unser „Mann fürs Ambulante“ geblieben ist. Wir gratulieren Oliver Stegemann ganz herzlich zum 20-jährigen Dienstjubiläum! Und uns selbst gratulieren wir zu einem humorvollen Kollegen, einem sprintstarken Team-Staffel-Läufer und vor allem zu einem Ass in allen rechtlichen Fragen, mit denen sich unsere ambulanten Mitglieder immer wieder neu herumschlagen müssen. Seit zwei Jahrzehnten können wir uns darauf verlassen, dass sein klarer Kopf dafür sorgt, dass der bpa bei alten und neuen juristischen Herausforderungen, die Politik und Gesetzgebung für uns bereithalten, das Beste für die Pflegedienste herausholt.

Danke für zwanzig Jahre begeisternde und erfolgreiche Arbeit im bpa, lieber Herr Dr. Stegemann. Wir freuen uns sehr auf die weitere Zusammenarbeit!

Ihre Ansprechpartner beim bpa

Bundesgeschäftsstellen

Friedrichstraße 148 · 10117 Berlin
 Hauptgeschäftsführer: **Norbert Grote**
 Geschäftsführer: **Pascal Tschörtner** (Leiter des Geschäftsbereichs stationäre Versorgung)
Sven Wolfram (Leiter des Geschäftsbereichs ambulante Versorgung)
 Leiterin Geschäftsbereich Recht: **Ise Neumann**
 Leiter der Bundesgeschäftsstelle: **Axel Schnell**
 Telefon: +49 30 308788-60
 Telefax: +49 30 308788-89
 bund@bpa.de

Leiterin Geschäftsbereich Zentrale Dienste und Organisation: **Monika Weber-Beckensträter**
 Oxfordstraße 12–16 · 53111 Bonn
 Telefon: +49 228 60438-0
 Telefax: +49 228 60438-99
 info@bpa.de

Leiterin Geschäftsbereich Wirtschaft:
Jutta Schier
 Rheinallee 79–81 55118 Mainz
 Telefon: +49 6131 88032-0
 Telefax: +49 6131 88032-10
 Jutta.schier@bpa.de

Baden-Württemberg

Stefan Kraft
 Mobil: +49 172 4154918
Berthold Denzel
 Mobil: +49 173 5222451
Ronny Brosende
 Mobil: +49 171 6538350
Sven Schumacher
 Mobil: +49 160 98187594
Nicole Küstner
 Mobil: +49 173 2092456
 Marienplatz 8 · 70178 Stuttgart
 Telefon: +49 711 96049-60
 Telefax: +49 711 96049-70
 baden-wuerttemberg@bpa.de

Bayern

Joachim Görtz
 Mobil: +49 174 3463969
Fritz Habel
 Mobil: +49 173 7000943
Stefan Hahnemann
 Mobil: +49 173 9004059
Falk Roßkopf
 Mobil: +49 151 11601408
Johannes Keller
 Mobil: +49 151 23894889
 Westendstraße 179 · 80686 München
 Telefon: +49 89 890448320
 Telefax: +49 89 890448321
 bayern@bpa.de

Berlin

Michael Lomb
 Mobil: +49 175 1091507
Adrian Imhof
 Mobil: +49 172 4154943
Kirsten Müller
 Mobil: +49 171 1271380
 Spichernstraße 12 A · 10777 Berlin
 Telefon: +49 30 338475250
 Telefax: +49 30 338475279
 berlin@bpa.de

Brandenburg

Sabrina Weiss
 Mobil: +49 152 21732243
Uwe Mahrla
 Mobil: +49 172 4154939
Sarah Kolbe
 Mobil: +49 15158441210
Marise Krause
 Schopenhauerstraße 7 · 14467 Potsdam
 Telefon: +49 331 97 92 33 70
 Telefax: +49 331 97 92 33 79
 brandenburg@bpa.de

Bremen/Bremerhaven

Johanna Kaste
 Mobil: +49 151 74128429
 Wachtstraße 17–24 · 28195 Bremen
 Telefon: +49 421 68544175
 Telefax: +49 421 68544177
 bremen@bpa.de

Hamburg

Philip Eckhardt
 Mobil: +49 151 15885353
Michael Lorenz
 Mobil: +49 151 21561400
Sören Fenner
 Mobil: +49 174 1837313
 Süderstraße 24 · 20097 Hamburg
 Telefon: +49 40 25307160
 hamburg@bpa.de

Hessen

Manfred Mauer
Sabine Söngen
 Mobil: +49 172 9911727
Stefan Hißnauer
 Mobil: +49 172 2438503
Oliver Hauch
 Mobil: +49 172 4103485
Markus Ahne
 Mobil: +49 151 72317292
Astrid Jestel-Rücker
 Mobil: +49 173 2751623
Mirjam Abraham
 Mobil: +49 151 41498624
 Schiersteiner Str. 86 · 65187 Wiesbaden
 Telefon: +49 611 341079-0
 Telefax: +49 611 341079-10
 hessen@bpa.de

Mecklenburg-Vorpommern

Dietmar Schmidt
 Mobil: +49 173 5186323
Anja Welenz
 Mobil: +49 172 3275680
Rona Lehmköster
 Mobil: +49 172 5329688
Katrin Schönrock
 Mobil: +40 170 6750336
 Köpmarkt – Am Grünen Tal 19 · 19063 Schwerin
 Telefon: +49 385 3992790
 Telefax: +49 385 3992799
 mecklenburg-vorpommern@bpa.de

Niedersachsen

Carsten Adenäuer
 Mobil: +49 1525 1672305
Jens Krüger
 Mobil: +49 173 6024877
Hinrich Ennen
 Mobil: +49 174 3051402
Björn Aselmeyer
 Mobil: +49 172 2832135
Heide Grimmelmann-Heimburg
 Mobil: +49 173 9138325
Niils Schwichtenberg-Zech
 Mobil: +49 160 92625800
Florian Araschmid
 Mobil: +49 162 1321678
 Herrenstraße 5 · 30159 Hannover
 Telefon: +49 511 123513-40
 Telefax: +49 511 123513-41
 niedersachsen@bpa.de

Nordrhein-Westfalen

Christine Strobel
 Mobil: +49 162 1311314
Iris Potthof
 Mobil: +49 160 92628199
Michael Siering
 Mobil: +49 173 1792829
Ulrich Kochanek
 Mobil: +49 173 6434880
Andrea Grote
 Mobil: +49 173 2062868
Sandra Mertins
 Mobil: +49 151 50945463
Henning Sittlinger
 Mobil: +49 160 3321459
Nathalie Kinder
 Mobil: +49 151 10642636

Sabine Baro

Mobil: +49 171 7796573
Julia Rother
 Mobil: +49 151 70254198

David Schulz

Mobil: +49 162 2431280
 Friedrichstraße 19 · 40217 Düsseldorf
 Telefon: +49 211 311393-0
 Telefax: +49 211 311393-13
 nordrhein-westfalen@bpa.de

Rheinland-Pfalz

Jutta Schier
 Mobil: +49 173 2063932
Petra Therre
 Mobil: +49 151 19115274
Katrin Möller
 Mobil: +49 172 5300969
Jan-Christoph Harnisch
 Mobil: +49 170 8079188
Barbara Goetsch
 Rheinallee 79–81 · 55118 Mainz
 Telefon: +49 6131 88032-0
 Telefax: +49 6131 88032-10
 rheinland-pfalz@bpa.de

Saarland

Angela Eicher
 Mobil: +49 173 7464956
Mechthild Hoffmann
 Mobil: +49 151 15282066
 Heinrich-Barth-Straße 18 · 66115 Saarbrücken
 Telefon: +49 681 9488840
 Telefax: +49 681 9488842
 saarland@bpa.de

Sachsen

Jacqueline Kallé
 Mobil: +49 162 1341356
Olaf Schwabe
 Mobil: +49 173 7053759
Rudolf Pietsch
 Mobil: +49 172 2009392
 Elsterstraße 8a · 04109 Leipzig
 Telefon: +49 341 52904460
 Telefax: +49 341 52904489
 sachsen@bpa.de

Sachsen-Anhalt

Daniel Heyer
 Mobil: +49 172 2690689
Anja Girschik
 Mobil: +49 160 8444538
Fabian Herrmann
 Mobil: +49 175 7227525
 Haeckelstraße 9 · 39104 Magdeburg
 Telefon: +49 391 24358630
 Telefax: +49 391 24358659
 sachsen-anhalt@bpa.de

Schleswig-Holstein

Kay Oldörp
 Mobil: +49 174 3327860
Roland Weißwange
 Mobil: +49 174 3427564
Anke Buhl
 Mobil: +49 160 6698384
Lars Tosch
 Mobil: +49 160 5566654
Dr. Wienke Jacobsen
 Mobil: +49 151 17214324
Irmgard Stremlau
 Mobil: +49 151 40730927
 Hopfenstraße 65 · 24103 Kiel
 Telefon: +49 431 66947060
 Telefax: +49 431 66947089
 schleswig-holstein@bpa.de

Thüringen

Thomas Engemann
 Mobil: +49 172 3167969
Mathias Räder
Nicola Mainz
 Mobil: +49 151 21304878
 Haarbergstraße 61a · 99097 Erfurt
 Telefon: +49 361 6538688
 thuringen@bpa.de

Seminare**Regine Arnhold**

Oxfordstraße 12-16 · 53111 Bonn
 Telefon: +49 228 60438-0
 Telefax: +49 228 60438-99
 seminare@bpa.de

bpa Europavertretung

c/o Deutsche Sozialversicherung
 Europavertretung
 Rue d'Arlon 50 · B-1000 Brüssel
 europa@bpa.de
 Tel. +49 30 30878860
 Fax +49 30 30878889

bpa Servicegesellschaft

Servicegesellschaft mbH des Bundesverbandes
 privater Anbieter sozialer Dienste e.V.

Hauptgeschäftsstelle

Rheinallee 79-81 · 55118 Mainz
 Telefon: +49 6131 93024-0
 Telefax: +49 6131 93024-29
 Hotline: 0800 5005225
 info@bpa-servicegesellschaft.de

Rainer Wiesner

wiesner@bpa-servicegesellschaft.de

Michael Diehl

diehl@bpa-servicegesellschaft.de

Christian Dix

dix@bpa-servicegesellschaft.de

Geschäftsstelle Nord

Süderstraße 24 · 20079 Hamburg
 Telefon: +49 40 253071620
 infoNord@bpa-servicegesellschaft.de

Lars Becker

becker@bpa-servicegesellschaft.de

Lucas Scheybal

scheybal@bpa-servicegesellschaft.de

Geschäftsstelle Süd

Rumfordstraße 10 · 80469 München
 Telefon: +49 89 57879857
 infoSued@bpa-servicegesellschaft.de

Michael O. Haile

haile@bpa-servicegesellschaft.de

Lisa Riehle

riehle@bpa-servicegesellschaft.de

Thomas Geier

geier@bpa-servicegesellschaft.de

Geschäftsstelle West

Werdener Straße 6 · 40227 Düsseldorf
 Telefon: +49 211 59828939
 infoWest@bpa-servicegesellschaft.de

Gunnar Michelchen

michelchen@bpa-servicegesellschaft.de

Arnaud Liminski

liminski@bpa-servicegesellschaft.de

Geschäftsstelle Ost

Mehringdamm 66 · 10961 Berlin
 Telefon: +49 30 30111066
 infoOst@bpa-servicegesellschaft.de

Nico Kling

kling@bpa-servicegesellschaft.de

Dustin Deichsel

deichsel@bpa-servicegesellschaft.de

Versicherungen**Hans-Jürgen Erhard**

Rudolf-Wild-Str. 102 · 69214 Eppelheim
 Telefon: 0800 5005225
 versicherungen@bpa-servicegesellschaft.de

Konzeptionen**Marlies Enneking**

Meyers Grund 14 · 49401 Damme
 Telefon: 0800 5005225
 konzeptionen@bpa-servicegesellschaft.de

Impressum**Herausgeber:**

bpa.Bundesverband
 privater Anbieter sozialer Dienste e.V.
 Friedrichstraße 148, 10117 Berlin

Redaktion bpa:

Norbert Grote (verantwortlich)
 Susanne Jauch

Autoren:

Norbert Grote (ng)
 Pascal Tschörtner (pt)
 Sven Wolfgram (swo)
 Prof. Dr. Heinz Rothgang
 Gernot Kiefer
 Jan Grabow
 Martin von Berswordt-Wallrabe (mvb)
 Susanne Jauch (sj)
 Pia Donnert-Brehm (pdb)
 Berthold Denzel (bd)
 Joachim Görtz (jg)
 Stefan Hahnemann (sha)
 Adrian Imhof (imh)
 Jens Bauermeister (jba)
 Uwe Mahrla (mah)
 Johanna Kaste (jk)
 Hannelore Bitter-Wirtz (hbw)
 Michael Lorenz (ml)
 Stefan Hißnauer (hiss)
 Mirjam Abraham (abr)
 Katrin Schönrock (ksc)
 Rona Lehmköster (leh)
 Dietmar Schmidt (dsch)
 Heide Grimmelmann-Heimburg (hgh)
 Iris van Cleve (ivc)
 Iris Potthof (ipo)
 Sabine Baro (sb)
 Hans Peter Knips (hpk)
 Barbara Goetsch (bg)
 Olaf Schwabe (os)
 Judith Richter (jr)
 Anke Buhl (abu)
 Anna Meiners

Redaktionsanschrift:

bpa.Magazin
 Friedrichstraße 148, 10117 Berlin
 jauch@bpa.de

Redaktionsschluss:

5 Wochen vor Erscheinungstermin

Gestaltung:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
 Betriebsstätte Berlin – Abteilung Grafikdesign
 Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin
 ubg365.de

Fotografen:

Arne Pöhnert
 Meike Kenn
 Susanne Jauch
 Christopher Ratter
 Techniker Krankenkasse
 GKV-Spitzenverband/kuettler
 Heinz Rothgang
 Pia Donnert-Brehm
 Sven Schumacher
 Joachim Görtz
 Stefan Hahnemann
 Michael Lomb
 Jens Bauermeister
 Ihre Komplizin/UG. Sascha Funke
 Michael Lorenz
 Marvin Schäfer/MD
 Sabrina Marcks
 Katrin Schönrock
 Bettina Krebs
 Heide Grimmelmann-Heimburg
 Jörg Zülich
 Sabine Baro
 Hans Peter Knips
 Anette Knips
 iKUM/Heike Rost.com
 Barbara Goetsch
 Antje Kunde
 Olaf Schwabe
 Judith Richter
 Daniel Zwick
 Lars Tosch
 Monika Radau

Die nächste Ausgabe des bpa.Magazins

erscheint voraussichtlich am 15. Dezember 2023
 ISSN 0947-4285 Ausgabe #123

Der bpa auf der **ConSozial 2023**

Sie ist Treffpunkt für soziale Visionäre, Fach- und Führungskräfte aus der Sozialpolitik sowie für Entscheidungsträger aus der Sozialwirtschaft: die ConSozial. In diesem Jahr treffen sich die Fachbesucherinnen und -besucher der Kongressmesse am 25. und 26. Oktober im Nürnberger Messezentrum. „Innovation x Sozial: Miteinander nach vorn“ – lautet das Motto und verweist auf das erklärte Ziel, gemeinsam nachhaltige Perspektiven für eine zukunftsorientierte Sozialwirtschaft zu entwickeln. Der bpa und Dr. Loew Soziale Dienstleistungen sind mit einem Gemeinschaftsstand vertreten (**Halle 7, Stand: 7-427**).



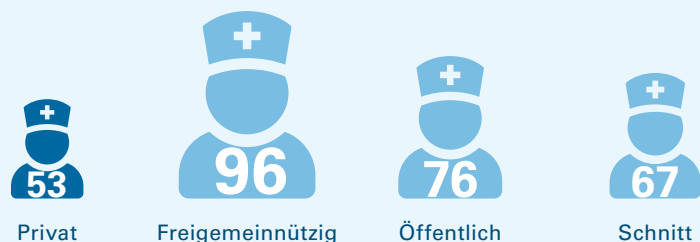
DIE KONGRESSMESSE
 DER SOZIALWIRTSCHAFT
Einzigartig vielfältig.

25. – 26. Oktober 2023 · Messezentrum Nürnberg

Wussten Sie schon?

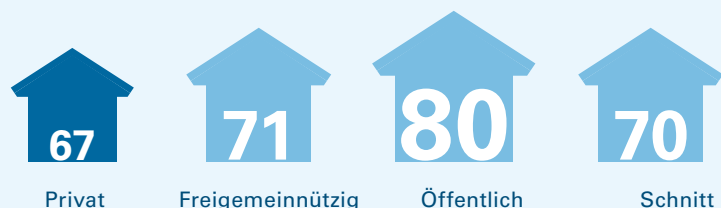
Fakten zur privaten Pflege in Deutschland

Patientenzahlen ambulanter Dienste im Durchschnitt



Quelle: Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik

Platzzahlen vollstationärer Pflegeheime im Durchschnitt



Quelle: Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik

Die 32 größten stationären Betreiber



Quelle: CareInvest TOP 30 Liste

Heime in privater Trägerschaft arbeiten kostengünstiger als öffentlich-rechtliche oder freigemeinnützige Heime – insbesondere in Westdeutschland. Hier liegen ihre Preise inklusive des Investitionskostenanteils **7 Prozent unter dem Durchschnitt.**

Pflegeheim Rating Report 2022